NEUE ZEIT

SIEBEN TAGE WELTPOLITIK

49

DEZEMBER 1977

ALLE KERNWAFFENTESTS VERBIETEN!

Finnlands klare Richtung ★ SOWJETISCHE AUSSTELLUNG IN DEN USA ★ SCHMUGGLER – Dokumentarbericht



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

1415g-49 105 147 652
SEKT.MARX.LENIN
2200-2303 DDM-20

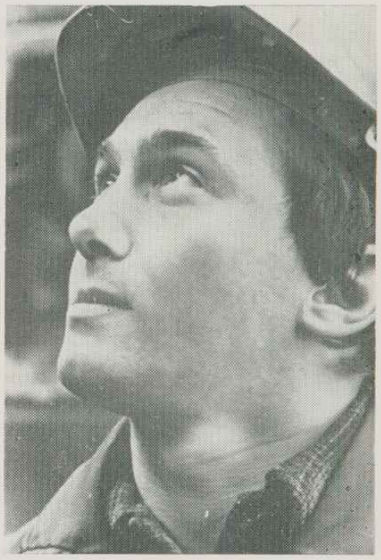


förderungsgebiet der Sowjetunion gemacht.

Dort, wo sich früher nur die Füchse gute Nacht sagten, wuchsen neue Städte empor — Nishnewartowsk, Gornoprawdinsk, Neftejugansk, Uraj, Nadym und Swetly. Auch das alte Surgut, das bereits Ende des 16. Jh. am Ufer des Ob entstand, ist heute nicht wiederzuerkennen: Moderne Wohnviertel mit Geschäften und Dienstleistungskombinaten sind entstanden. Auf dem Wasser- und Luftweg sowie durch eine Bahnlinie ist Surgut mit anderen Städten Sibiriens und des ganzen Landes verbunden.

Unsere Bilder: Eine Bohranlage in Fjodorowka ◆ Der Bohrmeister Sergej Mordwinow ◆ So wird das Öl gewonnen

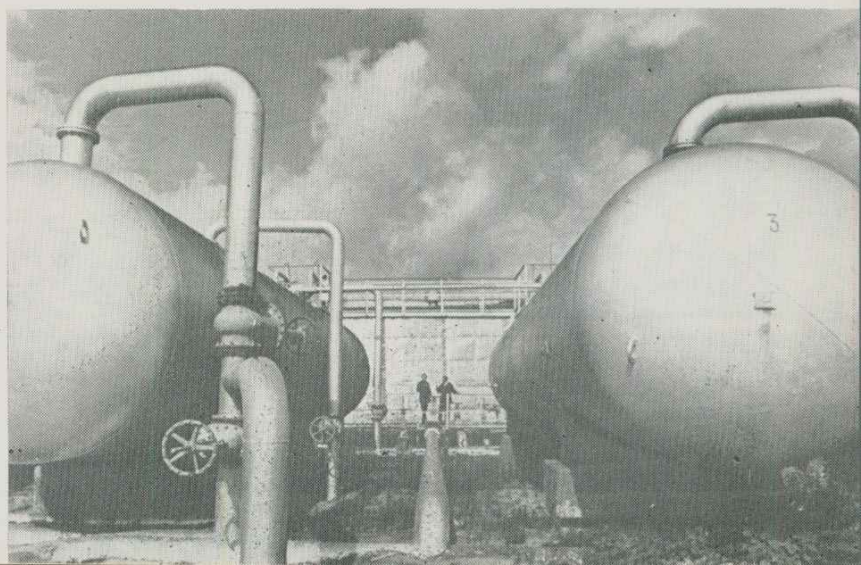
Fotos A. Pachomow



SOWJETUNION IM BILD

Bohrtürme über Bohrtürme — in der Taiga und den Sümpfen, an den Ufern der Flüsse und Seen. Die Bohrtürme sind zu einem Symbol der Region Tjumen geworden.

Die Erschließung der Ölfelder Westsibiriens begann vor wenig mehr als zehn Jahren. Das ganze Land beteiligte sich an diesem grandiosen Vorhaben. In kurzer Zeit hat die selbstlose Arbeit der Geologen und der verschiedenen Formationen der Arbeiterklasse Westsibirien zum wichtigsten Öl- und Gas-



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

MEHR VONEINANDER WISSEN

Die Erfahrungen des Lebens lehren anhand vieler Beispiele: Nur der kann mit vollem Recht sagen, er liebe sein Haus, seine Umgebung und seine Heimat, der alles Gute und Vernünftige in anderen Ländern achtet. Kommunist kann nur werden, wer in sein Denken all das Wissen aufnimmt, das die Menschheit gesammelt hat. Dieser Gedanke Lenins hat uns in all den 60 Jahren des Aufbaus eines neuen Lebens begleitet. Und wenn wir heute von allgemein anerkannten Verdiensten des Sozialismus sprechen, so sagen wir zu Recht, daß es eben der Sozialismus war, der Arbeit und Kultur zusammenführte. Leonid Breshnew nannte das in seiner Rede zum Jahrestag der Oktoberrevolution eine Wende von gewaltiger Bedeutung in der Geschichte unseres Landes sowie in der Geschichte der gesamten Weltkultur.

Wollte man auf der Weltkarte alle Punkte kenntlich machen, wo in diesen Dezembertagen Repräsentanten der sowjetischen Kultur auftreten, ergäbe sich ein reichhaltiges Mosaik. Es würde alle Kontinente, viele Staaten und Länder, vom Norden bis zum Süden, vom Osten bis zum Westen erfassen. In Belgien, Portugal und in Westberlin wurden die besten Räumlichkeiten den „Sowjetischen Wochen" zur Verfügung gestellt. Viel Anklang findet das Festival der sowjetischen Kultur und Kunst in Indien. In der Tokioter internationalen Gemäldegalerie läuft eine Ausstellung von Werken hervorragender sowjetischer Kunstschaffender. Ein armenisches Orchester und das georgische Ensemble „Rustawi" feiern Erfolge in Jugoslawien. Schauspieler aus Abchasien gastieren in Polen. Der Chor der Kubankosaken zeigt den Werktätigen Vietnams sein Können. In der österreichischen Hauptstadt werden Filme aus sozialistischen Ländern gezeigt. Die jetzige Konzert- und Theatersaison in Paris wurde von den Franzosen „Moskau an der Seine" getauft. Im Convention Center in Los Angeles stellt sich die Sowjetunion mit einer Nationalausstellung vor.

Das alles zeigt die wesentlichen Veränderungen, die im Klima der Welt eingetreten sind, in erster Linie infolge des positiven Einflusses des Sozialismus. Die Weltöffentlichkeit stellt schließlich nicht umsonst fest, daß die neue sowjetische Verfassung das erste und in der Geschichte des Völkerrechts einzig dastehende Grundgesetz eines Staates ist, das einen Artikel über die kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Ländern enthält. So eine Zusammenarbeit konnte der Welt allein der Sozialismus bieten. Eben mit der Autorität eines staatlichen Gesetzes sanktioniert er die Entwicklung der Kultur, einer weltoffenen, kontaktfreudigen Kultur, die die Verankerung der Prinzipien der Vernunft und der Humanität fördert.

Kulturelle Beziehungen sind wie alle anderen Formen der Zusammenarbeit zwischen Staaten und Völkern ein für alle beteiligten Seiten vorteilhafter Prozeß. Nicht nur wir in der Sowjetunion sind daran interessiert, daß die Menschen der Erde das Land des entwickelten Sozialismus kennen und verstehen, daß sie davon überzeugt sind, unsere Außenpolitik richtet sich darauf, wie es in Artikel 28 der Verfassung heißt, „Aggressionskriege zu verhindern, die allgemeine und vollständige Abrüstung durchzusetzen und das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung konsequent zu verwirklichen". Alle Staaten sollten sich um die Verbesserung des Verständnisses untereinander bemühen. Das muß immer wieder gesagt werden, weil leider kein einziger Kulturaustausch mit den westlichen Ländern ohne Gegenaktionen reaktionärer Kräfte bleibt. Die Feinde der Entspannung wollen die kulturelle Zusammenarbeit verunglimpfen. Denn nur so kann man ja die skandalöse „Dissidenten-Biennale" in Italien oder die antisowjetische zionistische Show in einem Stockwerk des Ausstellungsgebäudes von Los Angeles bezeichnen. Den Organisatoren solcher Provokationen sollte man die Worte aus dem Aufruf an die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder der Welt ins Gedächtnis rufen, die das ZK der KPdSU, der Oberste Sowjet und der Ministerrat der UdSSR zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution veröffentlichten: „Eine schwere Verantwortung laden jene auf sich, die statt der Wahrheit Lüge ausstreuen, statt der Freundschaft Feindschaft säen, die statt zur Friedenspolitik wiederum zum kalten Krieg tendieren und die Menschheit in eine nukleare Katastrophe drängen."

Der große proletarische Schriftsteller Maxim Gorki hatte seinerzeit verlangt: Menschen, ihr müßt mehr voneinander wissen, mehr! Dieser Satz klingt heute noch genau so aktuell.

WOCHENSCHAU

Vom 22. bis 25. November fand in Leningrad das internationale Treffen „Der Oktober und die Jugend" anläßlich des 60. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution statt. Leonid Breshnew richtete eine Grußbotschaft an seine Teilnehmer. „Möge euer Treffen in der Wiege der Revolution, der Heldenstadt Leningrad", heißt es in der Botschaft, „dazu beitragen, die Freundschaft, das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit der jungen Kämpfer für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt aus verschiedenen Ländern und Kontinenten zu festigen, und die Verwirklichung dieser großen und schönen Ziele fördern!" An dem Treffen beteiligten sich Vertreter von Jugendorganisationen aus über 100 Ländern.

Leonid Breshnew richtete an den Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, den Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz Tito, Glückwünsche anläßlich des Nationalfeiertages der SFRJ, des Tages der Republik, am 29. November. Leonid Breshnew äußerte die tiefe Überzeugung, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen und die allseitige Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien und Ländern auch in Zukunft entwickeln und festigen werden zum Wohl der Völker der Sowjetunion und Jugoslawiens, im Interesse des Triumphes des Friedens, des Sozialismus und Kommunismus. Gleichzeitig übermittelte Alexej Kossygin Glückwünsche an den Vorsitzenden des Bundesexekutivrates der SFRJ, Veselin Djuranović.

Am 23. November empfing Alexej Kossygin im Kreml den Außenhandelsminister Italiens, R. Ossola. Im Gespräch wurden Fragen der sowjetisch-italienischen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen und die Möglichkeiten für ihre weitere Vertiefung erörtert.

Am 28. November empfing Andrej Gromyko den Außenminister Nigerias, Garba, der zu Gesprächen in der UdSSR weilte. Es fand ein Meinungsaustausch zu Fragen der Weiterentwicklung der bilateralen sowjetisch-nigerianischen Beziehungen sowie zu aktuellen internationalen Problemen von beiderseitigem Interesse statt. Garba überreichte Gromyko eine persönliche Botschaft des nigerianischen Regierungschefs, Olusegun Obasanjo, an Leonid Breshnew.

Vom 21. bis 23. November fand in Moskau die 83. Tagung des RGW-Exekutivkomitees statt. Das Exekutivkomitee nahm einen Bericht des Vorsitzenden des RGW-Komitees für die Zusammenarbeit in Planung, Nikolai Baibakow, über die Ausarbeitung langfristiger Zielprogramme für die Zusammenarbeit in der Brennstoff- und Rohstoffindustrie sowie in der Energiewirtschaft, für die Intensivierung der Produktion der wichtigsten Lebensmittel und die Entwicklung des Maschinenbaus entgegen. Ein Generalabkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der vereinigten Stromverbundnetze der RGW-Länder bis 1990 wurde unterzeichnet. Informationen wurden behandelt, die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Hilfe für die Sozialistische Republik Vietnam, die Volksdemokratische Republik Laos und die Volksrepublik Angola betreffen. Das Exekutivkomitee beschloß weitere Schritte für die Entwicklung der Kontakte zwischen dem RGW und den RGW-Ländern sowie der EWG und den EWG-Ländern.

Am 28. November traf das Führungsmitglied der syrischen Baath-Partei, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates und Außenminister der Syrischen Arabischen Republik, Abdel Halim Khaddam, zu freundschaftlichen Gesprächen in Moskau ein.

Vom 25. bis 27. November fand in Brüssel die Herbsttagung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit statt. An ihr beteiligten sich Delegationen von 23 nationalen Komitees und 12 internationalen nichtstaatlichen Organisationen. Die Delegation des Sowjetischen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit wurde vom Komiteevorsitzenden, dem Vorsitzenden des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, Alexej Schitikow, geleitet. Das Internationale Komitee widmete dem Belgrader Treffen große Aufmerksamkeit. Im Kommuniqué heißt es, daß die Fragen der Festigung der Entspannung und eines Fortganges des Prozesses, der von der gesamteuropäischen Konferenz eingeleitet wurde, einen immer größeren Platz auf dem Belgrader Treffen einnehmen müssen. Die Tagungsteilnehmer äußerten sich besorgt über die Gefahr neuer Arten von Massenvernichtungswaffen, insbesondere über die US-Pläne für die Produktion und Stationierung der Neutronenbombe in Europa.

Am 25. November ging ein offizieller fünftägiger Besuch von BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt in Polen zu Ende. Er führte Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek. Ein Memorandum über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der VR Polen und der BRD wurde unterzeichnet. Ferner wurden die Ratifizierungsurkunden des Kulturabkommens ausgetauscht. (Siehe S. 16.)

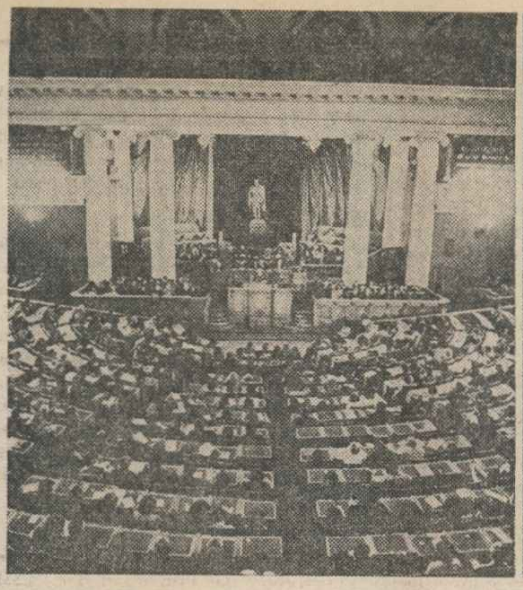
Am 22. und 23. November stattete der Vorsitzende der Regierung der CSSR, Lubomír Strougal, Österreich einen offiziellen Besuch ab. Ein österreichisch-tschechoslowakisches Kulturabkommen wurde unterzeichnet.

Am 24. und 25. November besuchte eine Delegation der Italienischen Kommunistischen Partei unter dem Sekretariatsmitglied der IKP, dem Vorsitzenden des IKP-Ausschusses für internationale Politik, dem Abgeordneten des italienischen Parlaments, Gian Carlo Pajetta, Äthiopien. Er bekundete volle Unterstützung für die äthiopische Revolution und unterstrich, daß die IKP für die Unverletzlichkeit der Grenzen der afrikanischen Länder, für die Einheit und territoriale Integrität der unabhängigen Staaten des Kontinents eintritt.

Die Truppen des unlegitimen rhodesischen Smithregimes unternahmen eine weitere Aggression gegen die VR Moçambique. Sie drangen auf moçambiquanisches Territorium vor und überfielen die Stadt Chimoio. Die Volksbefreiungsstreitkräfte von Moçambique jagten den Aggressor aus dem Lande fort.

Der japanische Premierminister Takeo Fukuda nahm am 28. November eine Kabinettsumbildung vor. Nur drei Minister behielten ihr Ressort. Zum neuen Außenminister wurde Sunao Sonoda, zum Finanzminister Tatsuo Murayama ernannt.

Wie der Außenminister Neuseelands, Brian Talboys, erklärte, hat Frankreich auf dem Mururoa-Atoll eine Kernexplosion durchgeführt.





Leningrad, Taurisches Palais. Links: Eröffnung des internationalen Treffens „Der Oktober und die Jugend". Rechts: Der Veteran der Kommunistischen Partei und des Leninschen Komsomol, der Delegierte des XXV. Parteitages der KPdSU, L. Schuschpanow, unter den Forumsteilnehmern

Fotos I. Gritscher

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 49 DEZEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär), **V. Gustschin, A. Ignatow, G. Kaschojan** (Stellv. Chefredakteur), **W. Kusnezow, B. Pistschik** (Stellv. Chefredakteur), **I. Trofimowa, V. Tschernjawski** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. Wolski**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. Krestjaninow**

Verlag der Zeitung „Trud" Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Mehr voneinander wissen 1
A. Kaljadin — **Sowjetunion schlägt totales Verbot der Kernwaffentests vor** 4
S. Goljakow — **Finnlands klare Richtung** 6
J. Potomow — **Sadats Canossagang** 8
A. Medwedenko — **Spanien: Probleme über Probleme** 10
S. Petuchow — **Die Unabhängigkeit Boputhatswanas — ein Bluff der Rassisten** 12
D. Jefimow — **„Midlink" und andere** 12
J. Gudkow — **USA: Sowjetunion en miniature** 14
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare 16
B. Topornin — **Alle Macht geht vom Volk aus** 18
B. Boran — **Von der Sowjetunion kann man lernen** (Interview) 21
G. Krassin — **Berechtigte Unruhe** 22
A. Pin — **Laos: Die Schritte der Revolution** 23
W. Kusnezow — **Budapest — Weltstadt mit Charme** 26
J. Krasnojarow — **BRD: Vorsicht, Revanchismus!** 28
J. Schestopal — **Schmuggler** 28
Diskussion mit dem Leser 30
PS 32

Am 2. Dezember wird der zweite Jahrestag der Proklamierung der Volksdemokratischen Republik Laos begangen.

Titelbild: Im Zentrum von Vientiane, der Hauptstadt des neuen Laos

Foto A. Stushin (TASS)

SOWJETUNION SCHLÄGT TOTALES VERBOT DER KERNWAFFENTESTS VOR

Alexander KALJADIN, Doktor der Geschichtswissenschaften

Die völlige Einstellung von Kernwaffentests gehört zu den Problemen, deren Lösung für die politische und militärische Entspannung von eminenter Bedeutung ist. Enger gefaßt auch für die nukleare Entspannung. Diese Frage wird auf der UNO-Vollversammlung, im Abrüstungsausschuß sowie bei den in Genf laufenden Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien erörtert.

In dem Wunsch, zur Lösung des Problems beizutragen und die jetzigen Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, erklärte Leonid Breshnew am 2. November, die Sowjetunion sei bereit, zu vereinbaren, daß außer dem befristeten Verbot aller Kernwaffenversuche ein Moratorium für Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken verhängt wird. Er betonte: „Wir hoffen, daß dieser wichtige Schritt der UdSSR von unseren Gesprächspartnern gebührend gewürdigt und somit der Weg zum Abschluß eines von den Völkern schon längst erwarteten Vertrages freigelegt wird."

Diese Initiative fand die Zustimmung der UNO. Sie wird auch von der Weltöffentlichkeit, von Politikern und Staatsmännern verschiedener Länder als neue wichtige Bestätigung dafür angesehen, welche Priorität die Einstellung des nuklearen Wettrüstens besitzt. In vielen Äußerungen dazu wird festgestellt, daß ein Abkommen über ein allumfassendes Verbot von Kerntests real ist. Außerdem wird an die anderen Mächte appelliert, den politischen Willen für die Einstellung von Testexplosionen und zum Vertragsabschluß an den Tag zu legen.

Die neue sowjetische Initiative ergibt sich logisch aus den langjährigen beharrlichen Bemühungen, die Einstellung der Testexplosionen von Kernwaffen durch alle Staaten zu erreichen. Die Sowjetunion war die erste Nuklearmacht, die diesen Gedanken vorbrachte und vorschlug, diese Frage aus dem gesamten Abrüstungsprogramm auszuklammern und gesondert zu lösen.

Unter aktiver Beteiligung der Sowjetunion wurde 1963 der Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser ausgearbeitet und in Moskau unterzeichnet. Damals schon hatte die UdSSR auch das Verbot unterirdischer Tests angeregt, doch dieser Gedanke fand bei den westlichen Gesprächspartnern kein Verständnis.

Der Moskauer Vertrag, dem sich mehr als 100 Staaten angeschlossen haben, hat die Möglichkeiten zur Entwicklung neuer Arten von Kernwaffen, besonders von Superwaffen, etwas begrenzt. Er trug zu einer wesentlichen Verringerung der radioaktiven Verschmutzung der Atmosphäre und der Erdoberfläche bei. (Lediglich die Weigerung Frankreichs und der VR China, sich dem Vertrag anzuschließen, verhinderte es, daß diese Gefahr vollständig gebannt wurde.)

In den darauffolgenden Jahren unternahm die Sowjetunion zahlreiche Anstrengungen, um die Entwicklung des mit dem Abschluß des Moskauer Vertrags eingeleiteten Prozesses zu gewährleisten. Sie fuhr fort, beharrlich auf das Verbot unterirdischer Kerntests zu drängen, wobei sie immer neue Behandlungsmöglichkeiten zur Lösung dieser Frage anbot.

1974 unterzeichneten die Sowjetunion und die USA einen Vertrag über die Einschränkung der unterirdischen Kernwaffenversuche. Er untersagte unterirdische Experimente über der Explosionsschwelle von 150 Kilotonnen. Gegenwärtig unternehmen die UdSSR und die USA keine solchen Versuche. Ein weiterer Schritt zur Lösung dieses Problems war der 1976 zwischen der Sowjetunion und den USA abgeschlossene Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken, mit dem gewisse Regeln zur Durchführung solcher Explosionen aufgestellt wurden.

In den genannten Verträgen allerdings wurde die Aufgabe der Einstellung unterirdischer Versuche lediglich teilweise gelöst.

Um sie radikal zu lösen, konzipierte die UdSSR den Entwurf eines Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffentests, den sie 1975 der UNO vorlegte. Dieser Entwurf sieht vor, alle Versuche und in allen Medien zu verbieten. Die sowjetische Initiative wurde von den meisten Staaten unterstützt. Fast 100 Delegationen stimmten in der UNO dafür. Die Vollversammlung appellierte an die Nuklearmächte, unter Beteiligung einer Gruppe von Nichtnuklearländern Verhandlungen zum Abschluß eines solchen Vertrages aufzunehmen.

Gegenwärtig sind die Voraussetzungen herangereift, diese Sache zum Abschluß zu bringen.

Infolge der Entwicklung seismischer, kosmischer und anderer technischer Kontrollmittel ist eine effektive Kontrolle der Einstellung unterirdischer Kernexplosionen als zuverlässig anzusehen. Damit wurde der von den Westmächten künstlich aufgeblähten Frage über die Kontrolle der Boden entzogen, mit der lange Zeit hindurch die Lösung dieses Problems aufgehalten wurde. Heute teilen praktisch alle Experten die Ansicht, zur Kontrolle der Einhaltung des Vertrags über das Verbot unterirdischer Kerntests reichten nationale Mittel sowie der internationale Austausch seismischer Daten völlig aus. Den Wunsch einiger westlicher Gesprächsteilnehmer in Rechnung stellend, stimmte die Sowjetunion jedoch zu, außer nationalen technischen Kontrollmitteln auf der Basis der Freiwilligkeit die Möglichkeit einer Kontrolle an Ort und Stelle vorzusehen, sofern Zweifel daran auftreten, daß das eine oder andere Land seine Verpflichtungen hinsichtlich der Einstellung von Kernwaffentests auch einhält.

Auf der jetzigen 32. UNO-Vollversammlung unternahm die Sowjetunion einen neuen Schritt, um den Gesprächen zur Einstellung von Kerntests einen neuen Anstoß zu geben. UdSSR-Außenminister Gromyko erklärte die Bereitschaft der Sowjetunion, in Übereinstimmung mit den USA und Großbritannien im Laufe einer bestimmten Zeit keine unterirdischen Versuche vorzunehmen, noch bevor sich die anderen Nuklearmächte in der Zukunft diesem Vertrag anschließen.

In jüngster Zeit haben einige Gesprächspartner im Genfer Abrüstungsausschuß die These vorgebracht, bei einem völligen Verbot unterirdischer Kernwaffentests könnten Explosionen zu friedlichen Zwekken Möglichkeiten dazu eröffnen, Informationen zur Vervollkommnung von Waffen zu erhalten. Der sowjetische Vorschlag eines Moratoriums für Kernexplosionen zu friedlichen

Zwecken würde auch dieses Hindernis beseitigen.

Damit hat die Sowjetunion, indem sie guten Willen und Flexibilität zeigte sowie die Haltungen und Ansichten der Partner in Rechnung stellte, zur Beseitigung vielfältiger Hindernisse objektiven und subjektiven Charakters beigetragen, die in allen vergangenen Jahren den Weg zu einer allumfassenden Einstellung von Kernwaffentests blockierten. Wollen wir hoffen, daß nun kein Platz für Ausflüchte mehr ist, die es verhindern würden, das völlige Verbot unterirdischer Kernwaffentests endgültig zu machen.

Diese Frage ist bereits in ein Stadium eingetreten, da ihre praktische Lösung durchaus möglich ist. Auch die 32. UNO-Vollversammlung hat das bestätigt. In einer Resolution ihres Ersten Ausschusses heißt es: Der Abschluß eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen werde den lebenswichtigsten Interessen der Menschheit entsprechen. Insbesondere wäre es „das beste Vorzeichen für einen Erfolg der Sondertagung der UNO-Vollversammlung zu Abrüstungsfragen", die für Mai/Juni nächsten Jahres geplant ist.

Dieses Dokument fand die Unterstützung von 89 Staaten. Dagegen stimmte nur der Vertreter der VR China. Der französische Delegierte enthielt sich der Stimme. Und damit kommen wir zu dem, was den allgemeinen Bemühungen zur Erzielung eines vollständigen und allgemeinen Verbots von Kernwaffentests noch im Wege steht.

Die Führung der VR China fordert die Weltöffentlichkeit heraus, indem sie die Tests von nuklearen und thermonuklearen Waffen in der Atmosphäre fortsetzt. Das geschieht trotz der Proteste der Öffentlichkeit und der Regierungen vieler Länder. Trotz der Warnungen von Wissenschaftlern, die ihre Beunruhigung über die radioaktive Verseuchung der Erdatmosphäre äußern. Laut Angaben des japanischen Professors Miyake sind 98—99% radioaktiver Niederschläge, die Strontium 90 enthalten und in den 70er Jahren auf Japan niedergingen, eine Folge der in China ausgelösten Kernexplosionen. Nach solchen Tests wurde in Japan eine vielfache Erhöhung der Radioaktivität beobachtet.

Auf der laufenden Tagung der UNO-Vollversammlung hat Peking erneut demonstriert, daß es zum Abschluß eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Nukleartests nichts beitragen will.

Was die französische Haltung betrifft, so hat die Weltöffentlichkeit die Hoffnung nicht aufgegeben, Frankreich werde sich der Haltung der anderen Mächte annähern, die gegenwärtig in Genf verhandeln. Jüngste Verlautbarungen aus Paris lassen vermuten, daß ein Wandel zum Positiven möglich ist.

Auf dem Weg zum vollständigen Verbot von Nukleartests muß auch der Widerstand jener gebrochen werden, die aus dem Nuklearwettrüsten Profit ziehen. Das sind vor allem einflußreiche, mit den Militär-Industrie-Komplexen und den Militaristen der NATO liierte Kreise im Westen.

Es ist kein Geheimnis, daß die qualitative Verbesserung von Kernwaffen, die Entwicklung neuer Arten und Typen in hohem Maße von den Tests abhängen, die es ermöglichen, die Richtigkeit theoretischer Berechnungen von Physikern und Ingenieuren in bezug auf so wichtige Eigenschaften wie Gewicht, Größe und Leistung der Sprengköpfe zu bestätigen. Deshalb setzen die Verfechter des Wettrüstens auch alles daran, um eine Übereinkunft über das vollständige Verbot von Nukleartests zu torpedieren.

Es ist heute besonders dringlich, daß breite Kreise der Weltöffentlichkeit und realdenkende Politiker die Versuche, die Testprogramme für Kernwaffen als unantastbar gelten zu lassen, eindeutig zurückweisen.

Was könnte das Verbot aller Kernwaffenversuche bedeuten?

Vor allem würde der qualitativen Verbesserung solcher Waffen eine Grenze gesetzt. Das Aufkommen neuer Abarten und Typen würde erschwert. Man sollte auch nicht vergessen, daß sich gerade im Prozeß der qualitativen Veränderung von Kernwaffensystemen äußerst gefährliche Tendenzen im Wettrüsten entwickeln. In der Rede des UNO-Generalsekretärs „Die ökonomischen und die sozialen Folgen des Wettrüstens und seine extrem gefährliche Auswirkung auf den Weltfrieden und die Sicherheit" wird hervorgehoben: „Neue Technologien öffnen den Weg für neue Doktrinen. Sie wiederum geben den Anschein einer Rationalität der Entwicklung von Waffen, die solche Technologien enthalten. Gleichzeitig erhöhen sie die Gefahr von Kriegen und verändern die Bedingungen der Gleichheit, die zur Erzielung der Abrüstung nötig sind, wobei sie sie sehr viel komplizierter und unlösbarer machen."

Die Beteiligung aller Staaten an einem Vertrag über das allumfassende Verbot von Kerntests würde es gestatten, der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre und der Erdoberfläche ein Ende zu bereiten. Die Einstellung von unterirdischen Kernexplosionen würde die Gesundung der Umwelt fördern. Denn solche Tests können, wie Wissenschaftler bezeugen, die Natur schädigen, zur Verletzung des seismischen Gleichgewichts, zu Erdbeben, zur Verseuchung des Grundwassers und zur Akkumulation der Radioaktivität durch Kleinstorganismen führen, die sie dann auf Tier und Mensch übertragen könnten.

Die Einstellung aller Kernwaffenversuche würde zur Stärkung des internationalen Regimes der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen beitragen. Bekanntlich gibt es in einigen Nichtnuklearländern, die sich dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen nicht angeschlossen haben, Kräfte, die von solchen Waffen Besitz ergreifen möchten. Die Frage der Explosion zu friedlichen Zwecken wird von ihnen zur Rechtfertigung eines Programms ausgenutzt, das letzten Endes zur Herstellung von Kernwaffen führt. Die Realisierung des sowjetischen Vorschlags eines Moratoriums für Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken würde die Schaffung eines militärischen Nuklearpotentials in solchen Ländern erschweren.

Die Drosselung der Kerntestprogramme zusammen mit Maßnahmen zur Beendigung der Herstellung und zur Beseitigung der Vorräte an Kernwaffen würde es erlauben, wesentliche materielle, wissenschaftliche und technische Ressourcen freizusetzen. Man könnte dann die Bemühungen Tausender Wissenschaftler, Ingenieure und anderer hochqualifizierter Experten von den Kernwaffen auf die Entwicklung friedlicher Formen zur Nutzung der Atomenergie umorientieren, darunter auf friedliche Nuklearprogramme der Entwicklungsländer.

Das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen wäre also ein historischer Schritt auf dem Wege, der die Menschheit zu einem dauerhaften Frieden, zum wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt führt. ■

FINNLANDS KLARE RICHTUNG

Von unserem Sonderberichterstatter
Sergej GOLJAKOW

Finnland duftet nach Wald.

Der Wald ist sein Reichtum, eine unschätzbare Gabe der Natur, das Gründungskapital der finnischen Industrie. Die Kiefern, Tannen und Birken nähren und wärmen noch jetzt den finnischen Bauern, der nicht nur mit Axt und Säge, sondern auch mit Spaten und Düngemitteln in den Wald geht. Das Nutzholz ist nach wie vor das tägliche Brot vieler Industriezweige Finnlands. Finnische Plattenhäuser, finnische Möbel und finnisches Papier sind für ihre erstklassige Qualität allgemein bekannt.

Zu diesen herkömmlichen Exportartikeln sind in den letzten Jahrzehnten viele neue hinzugekommen. Die waldige Republik hat sich in einen entwickelten Industriestaat verwandelt, der fähig ist, moderne Schiffe, Maschinen, LKWs, Lokomotiven, Eisenbahnwaggons, Traktoren, Planierraupen, Fahrstühle, Kabel, Farbstoffe und vieles andere zu erzeugen. Sie zählt zu den größten Kupfer- und Nickellieferanten in Europa. In Finnland haben sich auch Zink, Chrom, Eisen und Kobalt gefunden.

Doch vieles muß Finnland importieren. Seine Wirtschaft funktioniert nach der Formel, zu verkaufen, um zu kaufen, und zu kaufen, um zu verkaufen. Die jetzige Weltmarktlage ist aber keineswegs günstig, und die schwere Wirtschaftskrise in der gesamten kapitalistischen Welt hat auch Finnland nicht verschont. Und dennoch hat dieses Land, das auf eine 60jährige Unabhängigkeit zurückblickt, alle Ursache, optimistisch zu sein. Warum?

Der Ausgangspunkt

Meine Reise nach Suomi, wie Finnland in der Landessprache heißt, begann eigentlich schon in einer stillen Moskauer Gasse am Gartenring. Herr Paasilinna, der Presseattaché bei der finnischen Botschaft in der UdSSR, gab mir bereitwillig Ratschläge, wie ich meine kurze Dienstreise am besten planen sollte.

Außer den Empfehlungen, wen ich aufsuchen sollte, riet er mir, mich mit den Leitern großer Firmen zu treffen, die Finnland auf den Weltmärkten repräsentieren.

Ich folgte seinem Rat.

Zuerst sprach ich in Helsinki bei Herrn Eskelinen vor, dem stellvertretenden Leiter der Wärtsilä, einer der größten Industrievereinigungen Finnlands, sowohl vom Standpunkt ihres Umsatzes als auch ihrer Belegschaft nach. Was sie fabriziert? Alles mögliche, von Hochseeschiffen und riesigen Eisbrechern bis zu Teeservicen und Kunstglas.

„Das Rückgrat meiner Firma ist aber der Schiffbau", sagte mir Herr Eskelinen. „Im Jahre 1975 lieferten unsere Werften zwei Drittel des Ausstoßes des ganzen finnischen Schiffbaus, und wenn man die Eisbrecher allein nimmt, so haben wir in den letzten 30 Jahren mehr als alle Werften der Welt zusammen gebaut.

Unsere besondere Spezialität aber sind sehr komplizierte Schiffstypen, für deren Bau umfangreiche Projektierungsarbeiten geleistet werden müssen."

Wer diese Schiffe kauft? Ein Teil bleibe im Land. Sonst führe die Firma Aufträge aus Schweden, Norwegen, Griechenland, Venezuela und Argentinien aus. In den nächsten Jahren seien aber kaum neue Abschlüsse mit westlichen Ländern zu erwarten — wegen der Krise. Außerdem nehme die Konkurrenz von seiten Japans, Singapurs und Südkoreas zu, die bei ihren billigen Arbeitskräften die Preise drücken können.

Aber trotz dieser komplizierten Verhältnisse bekam der finnische Schiffbau den verhängnisvollen Einfluß der Krise später und nicht so schwer wie andere Länder zu spüren, nicht so, wie es viele erwartet hatten. Wieso? In erster Linie dank den beständigen und langfristigen Aufträgen der UdSSR, auf die etwa 60% der Erzeugnisse der Wärtsilä-Werften entfallen.

Kurz vor dem 60. Jahrestag der Oktoberrevolution trat hier der Eisbrecher „Kapitän Tschetschkin", der für die sibirischen Ströme bestimmt ist, seine Jungfernfahrt an. Bevor er in See stach, gingen wir an Bord. Es war eine Freude, das schneeweiße Fahrzeug mit seinem mächtigen Rumpf und seinen klaren Spantumrissen zu sehen. Auf der Kommandobrücke die modernsten Navigationsgeräte, die Kajüten für die Besatzung bequem und komfortabel wie auf einem Passagierschiff. Alles ließ erkennen, daß sich die Schiffbauer von Wärtsilä ausgezeichnet auf ihre Sache verstehen.

„Dieses und nächstes Jahr liefern wir der UdSSR Dieselelektro-Kabelauslegeschiffe sowie Eisbrecher für die Arktis und für Flüsse. Durch das laufende fünfjährige Handelsabkommen sind wir bis 1980 mit Aufträgen der Schiffimportvereinigung Sudoimport eingedeckt und können dadurch einige Tausend Arbeiter weiter beschäftigen."

Eine ähnliche Berechnung stellte in meiner Gegenwart Herr Peitsara, Manager des Zentralverbandes der finnischen Konfektion, an. Er sagte:

„Finnland war eigentlich das erste kapitalistische Land, das regelmäßig Erzeugnisse seiner Bekleidungsindustrie an die UdSSR lieferte. Jetzt machen diese Lieferungen 20% unseres Exports und 10% unseres Industrieausstoßes aus. Stellen Sie sich das einmal vor: Jedes zehnte unserer Erzeugnisse findet garantierten Absatz! Das ist ganz schön, wenn man bedenkt, wie sehr die Nachfrage auf dem Binnenmarkt abgenommen hat und wie die Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt zunehmen. Unsere Branche beschäftigt übrigens nicht nur Bekleidungs-, sondern auch Textilarbeiter. Rechnen Sie einmal mit: Wenn in unserer Textilbranche rund 35 000 und in der Konfektion etwa 28 000 Personen beschäftigt sind, so geben die sowjetischen Bestellungen über 6000 Arbeitern und Angestellten Beschäftigung."

Ein realer Weg

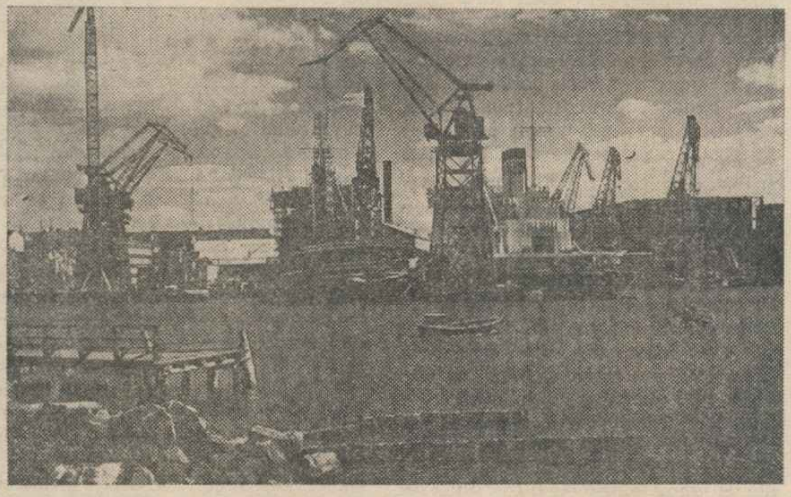
Handel treibt man zum beiderseitigen Vorteil, und es wäre wohl richtiger, die Bilanz in Rubeln oder finnischen Mark zu ziehen. Meine beiden Gesprächspartner wählten jedoch eine andere Maßeinheit: die Zahl der Personen, die bei der Ausführung der sowjetischen Aufträge beschäftigt sind. Das war natürlich kein Zufall.

Über die Beschäftigung wird jetzt in Finnland viel diskutiert und in der finnischen Presse ausführlich geschrieben. Sie ist auch ein Thema von Parlamentsdebatten. Gegen die Arbeitslosigkeit werden stabilisierende Maßnahmen empfohlen. Als sehr wichtige Reserve für die Aufrechterhaltung der Beschäftigtenzahl wird aber ein weiterer Ausbau der kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und

technischen Zusammenarbeit mit der sozialistischen Welt, vor allem mit der UdSSR, angesehen.

Diese ist Finnlands größter Handelspartner, auf sie entfällt ungefähr ein Fünftel seines Außenhandelsumsatzes.

Natürlich haben beide Länder von ihrer Zusammenarbeit einen Nutzen. „Bei der jetzigen Krise in der kapitalistischen Welt ist ihr Nutzen für Finnland aber besonders deutlich erkennbar", schrieb unlängst die



Die Wärtsilä-Werft in Helsinki.
Foto des Verfassers

Tiedonantaja. „Das Projekt von Kostomukscha wird, wenn es ausgeführt ist, rund 15 000 Finnen beschäftigen, und dadurch wird die Arbeitslosigkeit bei uns um 10% abnehmen."

Der Bau des riesigen Erzaufbereitungsbetriebs in Kostomukscha ist der größte Auftrag, den Finnland jemals aus dem Ausland bekommen hat. Dafür ist eine spezielle Körperschaft gebildet worden, die 13 Baufirmen mit 27 000 Arbeitern und Angestellten erfaßt. Dieser Bau symbolisiert den heutigen Stand der sowjetisch-finnischen Geschäftsverbindungen. Er ist aber nur die erste Schwalbe, der Auftakt zur Erfüllung des im Mai in Moskau unterzeichneten Langfristigen Programms für die Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit der UdSSR und Finnlands bis 1990 in Handel, Industrie, Wissenschaft und Technik. Es wird nicht ohne Grund als Gewinn für die große europäische Politik angesehen. Die Geschichte kannte ja noch nie ein derart umfangreiches und langfristiges Programm für ein Zusammenwirken von Staaten verschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Was bedeutet es in der Praxis?

„Erstens gibt uns das Programm die Möglichkeit, unsere Produktion und die Investitionen auf sehr weite Sicht zu prognostizieren", sagt Herr Kairamo, der Präsident einer der führenden, viele Branchen erfassenden Vereinigungen Finnlands, der Nokia.

„Zweitens gestattet die Zusammenfassung des Know-how und der Produktionsanlagen beider Partner im Rahmen einer wissenschaftlichen und technischen Kooperation, die Technologie zu verbessern und neue, hochmoderne Erzeugnisse in Arbeit zu nehmen. Konkrete Beispiele dafür sind die gemeinsam mit sowjetischen Fachkräften entwickelte Linie zur Erzeugung von Telefonkabelleitungen im Schnellverfahren, einige elektronische Ausrüstungen usw."

Und schließlich sagte Herr Kairamo: „Sehr vielversprechend für uns ist die Ausführung internationaler Projekte gemeinsam mit unseren sowjetischen Partnern. Das ist eine ganz neue Form der Zusammenarbeit, die uns den Zutritt zu neuen Märkten in Aussicht stellt."

Optimistisch über das Langfristige Programm äußerten sich noch viele andere meiner finnischen Gesprächspartner. Die Leiter der großen Maschinenbaufirma Tampella in Tampere erwähnten mit besonderer Anerkennung die Aussichten darauf, der UdSSR mehr Anlagen für die Zellulose- und Papierindustrie zu liefern, auf die die Firma spezialisiert ist, und die Schiffbauer in Helsinki erblickten ihren Vorteil in den Programmpunkten, in denen von der Dynamik des Exports von Schiffen und Schiffsausrüstungen nach der UdSSR die Rede ist.

So gut wie kein wichtiger Industriezweig Finnlands ist im Programm übergangen, und das bedeutet, daß die neue Phase der Zusammenarbeit die Wirtschaft Finnlands sanieren und die Beschäftigungslage verbessern wird. Das sagte unlängst Außenminister Väyrynen im Parlament über das Langfristige Programm.

Vertrauen

Die Wirtschaft hat ihre eigene Sprache. Aber in allen Unterredungen, die ich mit Repräsentanten der finnischen Geschäftswelt führte, klang unbedingt das Wort Vertrauen durch. Sie sehen in dem Vertrauensverhältnis, das sich in den letzten Jahrzehnten zwischen unseren Ländern gebildet hat, eine Gewähr dafür, daß alle vorgemerkten Projekte zur Ausführung kommen werden. Fußend auf dem Bestreben, die Probleme des anderen zu verstehen und seine Interessen zu berücksichtigen, hat das sowjetisch-finnische Zusammenwirken bisher gute Dienste geleistet und erweckt Hoffnungen für die Zukunft. Nur eine Erwartung hat es nicht erfüllt: die Erwartung seiner Gegner.

Die gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR, die den Inhalt der Paasikivi-Kekkonen-Linie bilden, haben Rückhalt bei weitesten Kreisen Finnlands. Der neueste Beweis dafür ist das Ergebnis einer Meinungsumfrage, die im Zusammenhang mit den im kommenden Januar und Februar bevorstehenden Präsidentschaftswahlen angestellt worden ist. Von den Befragten haben 89% für die Wiederwahl Präsident Kekkonens Stellung genommen.

Eine Meinungsforschung ist natürlich noch keine Wahl, aber das Ergebnis läßt keinen Zweifel daran offen, daß der Kurs auf friedliche Koexistenz und auf größere Entspannung, für die sich Präsident Kekkonen konsequent einsetzt, vom finnischen Volk wärmstens gutgeheißen wird.

Das an die Wälder und Granitfelsen Nordeuropas geschmiegte kleine Suomi ähnelt ganz und gar nicht einem Schiff auf stürmenden Wogen. Auf seinem Kurs in die Zukunft hat es sichere Wegzeichen.

Helsinki—Moskau

SADATS CANOSSAGANG

Juri POTOMOW

Die Massenmedien vieler Länder widmen weiterhin der Lage im Nahen Osten große Aufmerksamkeit und prophezeien mögliche Folgen von Sadats hochgepriesenem Besuch im besetzten Jerusalem. Selbst in Kommentaren und Artikeln jener Beobachter, die diesen Besuch leidenschaftlich begrüßen, findet man recht häufig skeptische, ja ironische Töne. Anwar Sadat bezeichnete seine Reise in der Rede vor der Knesset als „großes Risiko". Die Beobachter suchen ähnliche Situationen in der jahrhundertealten Geschichte der Diplomatie und der internationalen Beziehungen, versuchen Analogien zu entdecken, die helfen würden, das Treffen von Jerusalem tiefer zu durchdenken. Meistens entsinnt man sich Canossas, das bereits seit neun Jahrhunderten die Erniedrigung symbolisiert, der sich ein einst stolzes und selbstbewußtes Staatsoberhaupt unterzog, das vor seinem ärgsten Gegner Kotau machen mußte. Man erinnert an München, wo eine prinzipienlose und schmähliche Absprache mit dem Aggressor getroffen wurde, die dann zum Vorspiel des zweiten Weltkrieges geworden ist.

Wir werden uns nicht mit der Frage befassen, wie berechtigt und begründet derartige Vergleiche sind. In der Geschichte hat es so manches gegeben. Es steht fest: Manchmal ist es vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt.

Doch lassen wir die Geschichte ruhen. Sadat ist also zu Kreuze gekrochen. Er hat sich durch seine Jerusalemreise mit den Folgen der israelischen Aggression abgefunden: mit der Annexion angestammter arabischer Gebiete, die seit 1967 besetzt sind, damit, daß dem arabischen Volk von Palästina seine legitimen nationalen Rechte genommen wurden und es für die Zugeständnisse, die in den meisten arabischen Ländern als Kapitulation vor dem Aggressor charakterisiert wurden, so gut wie nichts erhalten hat. So sehr sich die offiziele ägyptische Propaganda auch ins Zeug legen mag, um das Gegenteil zu beweisen, Tatsachen bleiben Tatsachen — Sadat selbst erklärte vor der Knesset: „Die Hauptfrage muß Sicherheit für Israel sein. Ich stimme Ihnen voll und ganz zu... Wir sprechen uns nicht gegen Maßnahmen aus, über die eine Vereinbarung erzielt werden kann, um Ihnen volle Sicherheit zu garantieren." Bezeichnenderweise wiederholte Sadat mehrmals während seines Israel-Aufenthalts die These, daß die Sicherheit Israels eine vorrangige Frage sei. Natürlich ist das kein Zufall.

Was man in Kairo auch von einer angeblichen Verteidigung der gesamtarabischen Interessen sagen mag — diese Haltung bedeutet den Verzicht auf die Forderung, solche Schwerpunktfragen des Nahostkonflikts zu lösen wie die Befreiung aller 1967 besetzten arabischen Gebiete und die Verwirklichung der legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich seines Rechtes auf die Bildung eines eigenen Staates. Für niemanden, auch in Kairo, ist es ein Geheimnis, daß unter Sicherheit in Israel verstanden wird — und man macht kein Hehl daraus —, die israelische Okkupation und die Annexion arabischer Gebiete aufrechtzuerhalten und dem arabischen Volk von Palästina die Wiederherstellung seiner nationalen Rechte und die Schaffung seines eigenen Staates zu verweigern (übrigens auf der gleichen juristischen Grundlage, auf der auch der israelische Staat gebildet wurde). Es wird immer deutlicher, daß Sadat und Begin eine gemeinsame Meinung über die PLO gefunden haben. Seit dem Jerusalembesuch erwähnen weder Sadat noch seine Presse die PLO — als ob es sie nicht gäbe.

Je weiter die aufgezogene Schau voranschreitet, deren erster Akt die sensationellen Gespräche in Jerusalem waren, desto klarer wird, daß ein Fernhalten des wahren Vertreters des arabischen Volkes von Palästina, der PLO, von einer Nahostregelung ein vorher geplantes und formuliertes Ziel war und bleibt. Heute zweifelt niemand daran, daß die kürzliche Einladung palästinensischer Politiker aus dem besetzten Westjordanland zu Gesprächen nach Kairo nichts anderes ist als ein offener Versuch, die PLO zu umgehen. Ein solcher Versuch wird nicht weiter bemäntelt — trotz der vielen Beschlüsse von Konferenzen arabischer Länder auf verschiedenen Ebenen, der zahlreichen Versicherungen von Sprechern der ägyptischen Regierung, auch von Sadat selbst, man erkenne die PLO als einzigen legitimen Vertreter der palästinensischen Araber an.

Der Empörungssturm in der arabischen Welt über die Politik der ägyptischen Führung hat offensichtlich die Pläne jener, die das Treffen von Jerusalem inszenierten, durcheinandergebracht. Wenn man die selten intensive und immer noch nicht nachlassende Propagandakampagne im Westen und in Israel für die antiarabische Aktion des ägyptischen Präsidenten verfolgt, drängt sich der Schluß auf, daß es sich hier um eine Rettungsaktion fast globalen Ausmaßes handelt. Um Sadats Prestige zu retten, werden Rundfunk, Fernsehen und Presse mobilisiert, wird auf die Verantwortlichen, die schwanken oder zweifeln und sich aus den einen oder anderen Gründen von den sehr riskanten Schritten distanzieren, deren Erfolg sehr unsicher ist, Druck ausgeübt.

In der lautstarken Propagandakampagne für den ägyptischen Präsidenten, die im Westen und in Israel angelaufen ist, fällt die Absicht auf, die Vorbereitung auf die Genfer Nahostfriedenskonferenz als eigentliches Hauptziel der Begegnung Sadat—Begin darzustellen. Damit diese Version „echter" wirkt, wird jetzt die Farce aufgezogen, die Vertreter der Teilnehmerstaaten dieser Konferenz nach Kairo einzuladen. Man rechnet zweifelsohne von vornherein damit, daß das Ergebnis dieser Initiative faktisch nur eine Fortführung der ägyptisch-israelischen Separatgespräche sein würde — diesmal schon in einem arabischen Land.

Doch wie stehen sie wirklich zur Genfer Konferenz? Wohl kaum zweifelt heute jemand daran, daß die israelische wie die ägyptische Führung und auch einige hinter diesem Treffen stehende westliche Kreise es entweder in eine „gute" Tarnung für bilaterale Separatabmachungen verwandeln, die die Schlüsselfragen des Konflikts ungelöst lassen, oder die Konferenz überhaupt auf den Sankt-Nimmer-

leinstag verschieben wollen. Wie übereifrig sind ja diese Kreise bemüht, die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Nahosterklärung vom 1. Oktober d. J. in Vergessenheit zu bringen, die bei einer gewissenhaften Einstellung zu den in ihr fixierten Abmachungen den Weg zu einer erfolgreichen Durchführung der Genfer Konferenz, zur Gesundung der Lage im Nahen Osten und zur Schaffung der Voraussetzungen für einen wirklich gerechten und dauerhaften Frieden in diesem Raum eröffnen würde.

Schließlich zeigt die Stimmabgabe der Vertreter der USA und Israels auf der 32. UNO-Vollversammlung gegen den Resolutionsentwurf für die schnellstmögliche Einberufung der Genfer Konferenz deutlich genug — und das nur einige Tage nach Sadats Jerusalemreise! —, wie die jetzige politische Linie der israelischen Aggressoren und ihrer Beschützer wirklich aussieht.

In letzter Zeit wurde durch das aktive, konsequente Wirken der Friedenskräfte eine Atmosphäre geschaffen, die günstig ist für die Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz und für die Suche nach Wegen zu einer gerechten Nahostregelung, unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Konfliktseiten. Doch diese Entwicklung mißfällt offensichtlich gewissen Kreisen, die keineswegs die Folgen der israelischen Aggression gegen die arabischen Staaten beseitigen, sondern sie vielmehr verewigen wollen.

Der Kurs auf eine Annäherung der herrschenden Kreise Ägyptens und Israels auf separater Grundlage paßt voll und ganz hierzu. In diesem Zusammenhang müssen auch die Sadat-Reise nach Jerusalem und seine anschließenden „Initiativen" gesehen werden wie die von ihm geäußerte Bereitschaft zur Fortsetzung der ägyptisch-israelischen Separatverhandlungen in Kairo.

Die Welt ist jetzt Zeuge einer politischen Schau, die man als „historisches Ereignis" darstellen möchte, doch in Wirklichkeit ist sie nichts als ein Glied in der Kette von Versuchen, die Anstrengungen zu einer dauerhaften und gerechten Lösung des Nahostkonflikts zu untergraben, die für alle interessierten Seiten annehmbar ist und das Pulverfaß im Nahen Osten beseitigt. Vor allem ist merkwürdig, daß es den Drahtziehern dieser Schau gelungen ist, Ausführende zu finden, die bereit sind, offen einen Weg zu gehen, der den nationalen Interessen aller Völker des Nahen Ostens widerspricht und der von den nationalpatriotischen Kräften in den Ländern dieses Raums abgelehnt wird. Doch selbst eine Herostratostat mag für manche ein Vorbild sein.

Der Kampf für einen gerechten Nahostfrieden ist in eine neue Phase getreten. Die nationalpatriotischen Kräfte in den arabischen Ländern stehen einem starken Druck der vereinten Kräfte des Imperialismus, der israelischen Extremisten und der arabischen Reaktion gegenüber, die die Schwierigkeiten der arabischen Länder und ihre Differenzen ausschlachten wollen.

Gewisse Hoffnungen wurden offensichtlich auch darauf gesetzt, daß auch andere arabische Staatsmänner Sadats Beispiel folgen würden. Es ist kein Geheimnis, daß in den letzten Jahren imperialistische und reaktionäre Kreise nicht wenige Bemühungen unternahmen, um mit politischem wie wirtschaftlichem Druck nicht nur Ägypten, sondern auch die anderen arabischen Länder zu bewegen, auf eine aktive Verteidigung ihrer nationalen Interessen zu verzichten und vor dem Aggressor zu kapitulieren, der sich auf freigebige Wirtschafts- und Militärhilfe aus Übersee stützt. Mancher hat wohl gemeint, jetzt in dieser Richtung mit offenem Visier vorgehen zu können, ohne nennenswerten Widerstand befürchten zu müssen.

Doch die Tatsachen zeigen, daß die Gegner eines gerechten Friedens und des Fortschritts im Nahen Osten wohl ihre Möglichkeiten überschätzt und folglich die Kraft der antiimperialistischen Stimmungen in der arabischen Welt unterbewertet haben. Diese Fehlkalkulation wird immer deutlicher.

In den arabischen Ländern hat sich eine machtvolle Welle des Widerstandes gegen die Kapitulantenpläne erhoben, die den Völkern dieser Länder aufgedrängt werden. Schon wird in aller Eile ein arabisches Gipfeltreffen diskutiert, um sich mit der Situation nach den ägyptisch-israelischen Verhandlungen zu befassen. Wie die Nachrichtenagenturen meldeten, haben sich u. a. Libyen, Algerien, Irak, Syrien, die VDRJ und die PLO bereit erklärt, an dieser Konferenz teilzunehmen.

■

NZ STREIFLICHTER

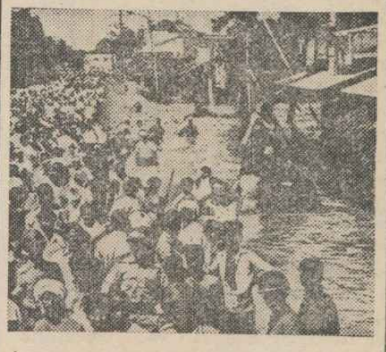
■ SPANIEN—PORTUGAL

Die Beziehungen zwischen Spanien und Portugal werden jetzt vom neuen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit bestimmt, der von den Regierungschefs beider Länder in Madrid unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag mit einer Laufzeit von 10 Jahren annulliert den sogenannten Iberischen Pakt, der zwischen den Diktatoren Franco und Salazar geschlossen worden war, um ihre Aktionen im „Kampf gegen den Weltkommunismus" zu koordinieren. Obgleich dieser Pakt im März 1939 unterzeichnet wurde, erlangte er faktisch bereits 1936 Gültigkeit, als in Spanien der faschistische Putsch erfolgte. Später, nach dem zweiten Weltkrieg, wurde der Pakt zu einem Verbindungsglied zwischen Spanien und der NATO, da Portugal diesem aggressiven Block beitrat.

Nach der Beseitigung der faschistischen Diktaturen in Spanien und Portugal war der Iberische Pakt überholt. Der neue Vertrag sieht eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in Politik, Wirtschaft und Kultur vor.

■ INDIEN

Die Küstengebiete des Staates Andhra Pradesh wurden von einem der verheerendsten Zyklone der letzten



Jahrzehnte heimgesucht. Hurrikane von 150—200 km/h, Regengüsse und viele Meter hohe Flutwellen wüteten einige Tage lang auf einem 100 km langen

——▶

PROBLEME ÜBER PROBLEME

Anatoli MEDWEDENKO

Spanien erlebt wirre Tage. Die vor fünf Monaten abgehaltenen Parlamentswahlen konnten die vom Franco-Regime hinterlassenen akuten Probleme nicht lösen. Zwar haben die Franco-Anhänger im Wahlkampf eine schwere Niederlage erlitten, aber sie kontrollieren noch immer viele Hebel der Wirtschaft und behalten feste Positionen in Staatsapparat, Armee und Justiz.

Die Rechtskräfte treten offen gegen die Gesundung des sozialpolitischen Lebens auf. Gestützt auf ihre Anhänger in den Machtorganen, ergreift die Reaktion jede Gelegenheit, um der linken demokratischen Bewegung und den Gewerkschaften einen Schlag zu versetzen und daran zu erinnern, „wer wohin gehört". Dieser Tage hat ein Madrider Gericht die Journalisten Antonio Ruiz de Arbona und Rafael Tamayo Porres zu einer unbestimmt langen Haft verurteilt. Der Grund ist das Erscheinen ihres Buches „Korruption im Stadtrat von Madrid", worin die häufigen Fälle von Amtsmißbrauch angeprangert werden. Ein Prozeß wurde ferner gegen Garcia Salve, Mitglied des Landessekretariats der Arbeiterkommissionen und Mitglied der KP Spaniens, angestrengt, und zwar wegen seines Buches „Ich glaube an die Arbeiterklasse". Dem Autor wird „Verleumdung und Beleidigung" einiger Minister, Geistlicher, Gerichtsbeamter und Vertreter der Organe zum Schutz der öffentlichen Ordnung zur Last gelegt.

Allerlei faschistoide Gruppierungen haben ihre Waffen nicht gestreckt. Durch Terrorakte versuchen sie, eine Atmosphäre von Chaos und Unsicherheit zu schaffen und Bedingungen für die Wiederherstellung der alten Zustände vorzubereiten. Täglich meldet die Presse Einbrüche in die Redaktionen demokratischer Zeitungen und die Räumlichkeiten der linken Parteien sowie Überfälle auf namhafte Politiker und Gewerkschafter.

Mitte November wurde der Moncloa-Palast (Regierungssitz) mehrmals von Unbekannten beschossen. Am 20. November fanden in Madrid und anderen Städten Manifestationen zum zweiten Jahrestag des Todes von Franco sowie zum Andenken an José Antonio Primo de Rivera, den Begründer der Falange, statt. Diese provokatorischen Zusammenrottungen wurden von der extremrechten Fuerza nueva und einigen anderen profaschistischen Gruppen aufgezogen.

Hinzu kommt, daß Spanien nach wie vor in einer sehr schweren Wirtschaftskrise steckt, deren Hauptlast die herrschende Klasse und die Monopole auf die Werktätigen abzuwälzen suchen. Der Stand der Industrieproduktion gehört noch immer zu den niedrigsten in Westeuropa. Die Lebenshaltungskosten, die Inflation, das Defizit der Handels- und der Zahlungsbilanz nehmen zu. Die Arbeitslosenzahl erreicht fast eine Million. Die Industriellen weigern sich weiterhin, in den wichtigsten Zweigen der nationalen Wirtschaft zu investieren.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Sackgasse forderte Ministerpräsident Suarez die Führung der politischen Gruppierungen auf, ein gemeinsames soziales und wirtschaftliches Programm auszuarbeiten. Das Angebot wurde angenommen. Im Oktober berieten in Moncloa Regierung und Opposition über einen weiten Fragenkreis. Nach langwierigen und hartnäckigen Diskussionen konnten sich die Teilnehmer über viele Punkte des Programms — des „Moncloa-Paktes" — einigen.

In wirtschaftlicher Hinsicht sieht das Abkommen u. a. vor, die Außenhandels- und die Zahlungsbilanz aufzubessern, die Ausgaben für den Staatsapparat abzubauen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, eine Finanz- und eine Steuerreform vorzunehmen, eine strenge Einkommenkontrolle einzuführen sowie Steuerhinterziehungen zu bestrafen.

Gesagt sei, daß gewisse der vorgemerkten Maßnahmen die Lage der spanischen Werktätigen nicht erleichtern, ja ihnen sogar schaden würden. So soll laut Programm die Lohn- bzw. Gehaltserhöhung für verschiedene Kategorien auf 20—22% begrenzt werden. Hierbei heißt es, die Preise dürften im laufenden Jahr nicht über diesen Stand hinaus ansteigen. Trotzdem lehnten sich die demokratischen Gewerkschaften gegen einen solchen Lohnstopp auf, denn nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten wird die Inflation Ende Dezember mindestens 30% erreichen.

Auf politischem Gebiet wurden Gesetzentwürfe fixiert, die ein neues Verfahren für die Durchführung von Versammlungen und Manifestationen

---

Über 11 000 Arbeiter und Angestellte der Zivilluftfahrt schlossen sich der Streikbewegung in Spanien an. Sie fordern Lohnerhöhung und garantierte Mindestlöhne.

TASS-Bild: Im bestreikten Madrider Flughafen



sowie für die Gründung politischer Vereinigungen festlegen. Das noch unter Franco erlassene Gesetz über den Schutz der öffentlichen Ordnung soll überprüft werden. Die Opposition erreichte, daß im neuen Gesetzentwurf der Passus gestrichen wurde, der die Verhängung des Notstands über das Land zugelassen hatte. Vereinbart wurde eine Milderung des Straf- und des Militärgerichtsverfahrens sowie die Anpassung der Gesetzesnormen an die neue politische Situation.

Bis jetzt hat das Parlament den Moncloa-Pakt insgesamt unterstützt und einige Gesetze, darunter über die Steuer- und die Finanzreform, gebilligt. Doch hängt die Ausführung des Programms nicht nur von den politischen Parteien ab, sondern auch von der Position der herrschenden Klasse und der Monopole, sie wollen aber ihre Einkünfte nicht der „Wirtschaftsstabilisierung" opfern und ungewohnte Steuern entrichten. Der Spanische Unternehmerverband verweigerte öffentlich ihre Unterstützung für den wirtschaftlichen Teil des Moncloa-Paktes. Geschäftsleute, Bankiers und Börsenjobber reagierten mit einem Aktiensturz und verstärkter Überweisung von Valuta und Wertsachen ins Ausland, hauptsächlich an die Banken der Schweiz.

Ablehnend verhalten sich auch die Gewerkschaften; man hatte es nicht für nötig gehalten, sie zu den Verhandlungen in Moncloa einzuladen. Die Regierung sah sich genötigt, mit Vertretern der Gewerkschaftszentralen und der Unternehmer zusammenzutreffen. Das Treffen war jedoch von rein informativem Wert und änderte praktisch nichts an den beiderseitigen Positionen. Die KP und die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei, die die Arbeiterkommissionen bzw. den Allgemeinen Arbeiterbund kontrollieren, konnten um den Preis großer Bemühungen die Führer der beiden Gewerkschaftszentralen zur Unterstützung des „Paktes" bewegen. Im Lande bestehen aber andere einflußreiche Gewerkschaften: der Nationale Arbeitsbund, die Unitarischen Syndikate, der Bund der Einheitssyndikate der Werktätigen. Diese Verbände treten bis heute entschieden gegen den Moncloa-Pakt auf.

Ein anschauliches Beispiel war der Ausstand des Personals der Zivilluftfahrt mit mehr als 11 000 Teilnehmern. Drei Tage lang blieben 38 Flügplätze geschlossen. Zur selben Zeit streikten 11 000 Lastautofahrer und über 20 000 Mediziner im System der Sozialversicherung.

Diese Streiks zeigten, daß nicht alle spanischen Werktätigen den Moncloa-Pakt unterstützen und eine größere Lohn- bzw. Gehaltserhöhung verlangen, als sie im Abkommen vorgesehen ist.

Die Streiks haben ein weiteres Problem deutlich gemacht. Vor dem Ausstand des Flughafenpersonals erklärten die Führer der politischen Gruppierungen, die den Pakt unterzeichnet hatten, dieser sei strikt zu befolgen, denn sonst könne das Land die Wirtschaftskrise nicht überwinden. Als der Streik begann, hielten es einige linke Parteien für angebracht, ihren Standpunkt zu revidieren, denn sie wollten sich nicht durch Zusammenarbeit mit der Regierung kompromittieren und so das eigene Ansehen bei den Werktätigen aufs Spiel setzen. So wurden Stimmen laut, der Pakt solle erst am 1. Januar 1978 in Kraft treten.

Besonders unzufrieden war man über einen kürzlichen Regierungsbeschluß, nach dem das Abkommen zwischen den Parteien (u. a. über die Einschränkung der Lohnerhöhung auf maximal 22%) rückwirkend in Kraft tritt, also auf alle Werktätigen ausgedehnt wird, ganz gleich, ob sie einen Kollektivvertrag geschlossen haben oder nicht; auch auf die Arbeiter und Angestellten, die eine 26- bis 28%ige Erhöhung bereits erkämpft haben. Gegen den neuen Beschluß treten entschieden die Gewerkschaften sowie die Sozialisten und die Kommunisten auf; sie erklären, der Moncloa-Pakt dürfe die schon geschlossenen Kollektivverträge nicht betreffen.

All das läßt einige politische Beobachter die Lebensfähigkeit des Moncloa-Paktes, besonders seines Wirtschaftsteils, bezweifeln. Die **Informaciones** schrieb: „Die kurze Atempause nach der Unterzeichnung des Paktes ist zu Ende, das Land macht erneut schwere Tage durch. Der Rausch ist verflogen, die Hoffnungen haben sich zerstreut, eine schwarze Gewitterwolke ballt sich über dem Land zusammen."

In der Tat, der Pakt ist nicht zum Allheilmittel geworden. Die Machthaber hoffen, er werde auf dem Papier bleiben. Spanien ist nach wie vor mit seinen Problemen konfrontiert, und die sind alles andere denn einfach.

Madrid, im November

NZ STREIFLICHTER

Uferstreifen. Nach vorläufigen Angaben sind 12 000 Menschen umgekommen oder verschollen. Zwei Millionen haben die überfluteten und zerstörten Ortschaften verlassen und sind obdachlos. Auf einer Fläche von 47 Mio ha wurde die Reis-, Zuckerrohr-, Tabak- und Baumwollernte vernichtet. Der Schaden beträgt viele Milliarden Rupien.

Die Zentralregierung und die Behörden des Staates haben Hilfsmaßnahmen veranlaßt für die Flutopfer, den Wiederaufbau der zerstörten Straßen und Deiche.

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an den indischen Präsidenten Sanjiva Reddy und an Premierminister Morarji Desai eine Botschaft, in der sie ihr Mitgefühl bekundeten. Die Botschaft enthält ferner die Bitte, den Familien der Hinterbliebenen aufrichtiges Beileid zu übermitteln.

VDRJ

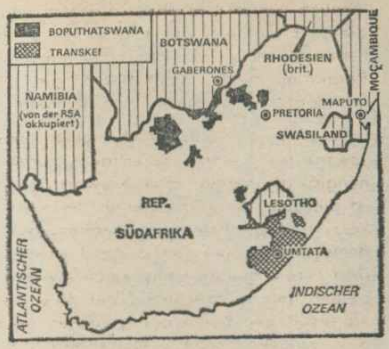
In Aden wurden die Ergebnisse der Wahlen zu den örtlichen Volksräten in der Volksdemokratischen Republik Jemen, die vom 16. bis 18. November stattfanden, bekanntgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug 93 Prozent. Die weitaus meisten Abgeordneten, die in diese ersten lokalen Staatsorgane des Landes gewählt wurden, sind Vertreter der Arbeiter, der Bauern und der revolutionären Intelligenz. Über ein Drittel der Abgeordneten gehören der Vereinigten Politischen Organisation Nationalfront an.

Der Vorsitzende des Präsidentschaftsrates der Republik, Salem Rubayyi Ali, unterstrich in einer Rede in Aden zu den Wahlergebnissen die ständig wachsende Rolle der Arbeiterklasse im Leben des Landes. Er betonte ferner, daß die Bildung örtlicher Volksräte ein wichtiger Schritt ist bei der Verwirklichung der Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution in der VDRJ. Zu den Aufgaben der Räte gehören die aktive Mitwirkung bei der Entwicklung der Volkswirtschaft und die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen.

——▶

DIE UNABHÄNGIGKEIT BOPUTHATSWANAS – EIN BLUFF DER RASSISTEN

Sergej PETUCHOW



Vorster, der Rassistenchef der RSA, und der Stammeshäuptling Mangope, „Chefminister" des Bantustans Boputhatswana, haben vereinbart, dieses zum „unabhängigen Staat" zu erklären. Wie aus Pretoria gemeldet wird, soll das feierlich am 6. Dezember geschehen.

Bantustane nennen die Rassisten Gebiete mit beschränkter Selbstverwaltung, die den in der RSA lebenden afrikanischen Völkerschaften angewiesen werden. Es ist kein Geheimnis, daß damit der Zweck verfolgt wird, der Stammbevölkerung des Landes die Staatsbürgerschaft der RSA zu entziehen (von den 26 Millionen Landesbewohnern sind über 18 Millionen Afrikaner) und diese dadurch zu einem „rein weißen" Staat zu machen, der dem Streben der Afrikaner nach Unabhängigkeit entgegengekommen sei.

Boputhatswana wird (nach der Transkei) das zweite „unabhängige" Gebiet. Es liegt im Norden des Landes und besteht aus sechs einzelnen Bezirken ohne gemeinsame Grenze und mit einer Fläche von 40 000 km². Eine Industrie fehlt dort so gut wie ganz. Die Bevölkerung treibt größtenteils Landwirtschaft. Sie besteht aus mehr als 2 Millionen Tswana. In dem Bantustan selbst lebt aber kaum ein Drittel von ihnen. Die übrigen leben und arbeiten in den „weißen" Gebieten der RSA. Dennoch verlieren, nachdem die „Unabhängigkeit" von Boputhatswana ausgerufen sein wird, sämtliche Tswana automatisch die südafrikanische Staatsbürgerschaft.

Der neue „souveräne Staat" wird vor allem ein Lieferant billiger Arbeitskräfte für die südafrikanischen und westlichen Monopole sein, die die Naturschätze Südafrikas ausbeuten. Das Bantustan ist reich an Mineralien. Die Platin-, Chrom-, Vanadium-, Asbest- und Manganerzminen werfen Hunderte Millionen Rand ab. Voriges Jahr wurden in Boputhatswana Bodenschätze für etwa 200 Mio Rand gewonnen. Wie der Arbeits- und Bergbauminister der RSA, Botha, ausgeführt hat, würden nach der Erklärung dieses Bantustans zum „unabhängigen" Staat dort „alle südafrikanischen Gesetzesbestimmungen gültig bleiben, die die Gewinnung von Bodenschätzen und die Montanindustrie betreffen".

Mit anderen Worten wird Boputhatswana genau wie die Transkei nur zum Schein von afrikanischen Ministern regiert werden. Diese werden nur Marionetten sein, die RSA will das Gebiet auch weiter ohne jede Kontrolle im eigenen Interesse beherrschen.

Mangope, der jetzige „Chefminister", der wahrscheinlich Ministerpräsident

„MIDLINK" UND ANDERE

Auf den südlichen Meeren ist der November eine Zeit der Stürme. Trotzdem hat man sich in gewissen Stäben gerade diesen ungünstigen Monat für große Marinemanöver ausgesucht. So sind am 21. November im Persischen Golf und im Golf von Oman (nordwestlicher Indik) zweiwöchige Marinemanöver der CENTO-Länder unter dem Decknamen Midlink 77 zum Abschluß gelangt, an denen Kriegsschiffe Englands, des Irans, Pakistans, der Türkei sowie der USA teilnahmen. Gleichzeitig wurden an der Südostküste Asiens, auf dem Südchinesischen Meer, von zwei Mitgliedern der ASEAN, Malaysia und Singapur, sowie von Australien, einem ANZUS-Partner der USA, gemeinsame Kriegsmarine- und Luftwaffenmanöver abgehalten.

Etwas früher hatte die Kriegsmarine von Indonesien und die von Australien an der australischen Küste Manöver. Neben den gemeinsamen Manövern und Übungen aktiviert Australien auch andere Formen der militärischen Zusammenarbeit mit einigen ASEAN-Ländern: Es stellt ihnen Kriegsgerät zur Verfügung und nimmt Militärs zur Schulung bei sich auf.

Deutlicher wird auch die Absicht des Pentagons, Japan im Indik-Pazifik-Grenzraum immer mehr in die amerikanische Strategie einzubeziehen. Dazu wird nicht mehr allein der amerikanisch-japanische „Sicherheitspakt" benutzt, sondern auch der „Freundschafts- und Beistandsvertrag" zwischen Japan und Australien.

Der japanische Hafen Yokosuka ist heute einer der größten Stütpunkte der 7. US-Flotte, deren operative Geschwader zusammen m Atomfahrzeugen regelmäßig Fahten in den Indik unternehmen. I November allein waren die amerkanischen U-Boote „Sargo", „Pitado" und „Swordfish" sowie d Flugzeugträger „Constellation" Yokosuka.

Was steckt hinter alledem? Offenbar wollen die imperialistisch Kreise mit Hilfe der CENTO u des ANZUS sowie des amerikanisc japanischen Pakts ein System z Überwachung der wichtigsten Sewege aufziehen und auch d ASEAN-Länder einschalten, sie zur Militarisierung drängen u deren ursprünglich für die regiona Wirtschaftszusammenarbeit gebilte Organisation sie in eine milit risch-politische Allianz umwande wollen, die an die Stelle der zerfalenen SEATO treten soll. Es ist ke

von Boputhatswana werden soll, hat kürzlich Europa besucht und dort denen, die in Boputhatswana Kapital investiert haben, nochmals versichert, die künftige Regierung denke nicht daran, die Interessen der Monopole zu schmälern.

Was wird die Völkerschaft der Tswana von einer derartigen „Unabhängigkeit" haben? Eine Antwort darauf ist die Lage der Afrikaner in der Transkei, dem ersten „unabhängigen" Bantustan, das seit Oktober v. J. besteht. Dort haben die Afrikaner kaum etwas zu beißen und zu brechen. Über 80% der arbeitsfähigen Bevölkerung müssen nach der „weißen Zone" auswandern, um völlig rechtlos in Erzminen und auf Plantagen zu arbeiten.

Manche Familien aus der Transkei nehmen — so die südafrikanische **Rand Daily Mail** — nur einmal in drei oder vier Tagen Nahrung zu sich. Viele wissen überhaupt nicht, wie Fleisch schmeckt.

Dem **Star** zufolge steigen die Preise für wichtigste Güter — Nahrung und Kleidung — unglaublich schnell. In der Transkei herrscht akute Wohnungsnot, und das ist auch kein Wunder — alles Geld, das für Bauzwecke bereitgestellt wird, wird für den Bau von Luxushotels für weiße Geschäftsleute und von Villen für die einheimischen „Minister" und Stammeshäuptlinge verbraucht.

Der Marionettenstaat Transkei ist wirtschaftlich ganz lebensunfähig. Wie der **Star** zugibt, wird er in Wirklichkeit von südafrikanischen Gesellschaften beherrscht.

Dieses und anderes Auslandskapital fühlt sich von der Transkei angelockt, weil dort so gut wie alle politischen Organisationen und Gewerkschaften verboten sind und Teilnahme an Streiks sowie andere Unmutsäußerungen mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Haft bestraft werden. Eigentlich unterscheiden sich die dortigen Gesetze nicht im geringsten von den Unterdrükkungsgesetzen der RSA. Die Staatssicherheit ist sogar nur eine Abteilung der Vorsterschen Geheimpolizei.

Weltpolitisch ist die Transkei völlig isoliert, sie ist nur von der RSA „anerkannt".

Dieses Schicksal droht auch Boputhatswana und noch acht Bantustanen. Die Vorbereitungen zur Ausrufung der „Unabhängigkeit" von Boputhatswana werden zu einer Zeit getroffen, wo das ganze Land von den nachdrücklichen Protesten der Afrikaner gegen die Apartheid und die rassistischen Repressalien erschüttert wird. Das will viel heißen. Pretoria braucht seinen neuen Bluff auch dazu, die Afrikaner zu entzweien und auf diese Weise die anwachsenden Proteste gegen die Apartheid zum Schweigen zu bringen. ■

Geheimnis, daß dieses System eine Art eisernes Gerüst in Gestalt von Militärstützpunkten bekommen soll, das von der US-Hauptbase Diego Garcia aus geleitet werden müßte.

In den Ländern Asiens, Afrikas und Ozeaniens verfolgt man besorgt die immer regeren militaristischen Vorkehrungen, die von den imperialistischen und proimperialistischen Kräften im Indik und im Pazifik getroffen werden. Solche Vorkehrungen haben sich schon wiederholt zu einer Gefahr für die Sicherheit der Küstenstaaten ausgewachsen. Diese Länder wollen ihre politische Unabhängigkeit erhärten, sich wirtschaftlich unabhängig machen und vor allem die Souveränität über ihre reichen Naturschätze erlangen. Ihre Völker werden sich immer mehr darüber klar, daß die Neokolonialisten alles daransetzen, sie ihre legitimen Rechte nicht ausüben zu lassen.

Man kann also verstehen, warum die Öffentlichkeit der Entwicklungsländer, die angeregt haben, daß der Indik zur Friedenszone erklärt wird, energisch fordert, in erster Linie die in diesem Raum bestehenden ausländischen Militärstützpunkte aufzulassen und die Anlegung neuer nicht zu dulden. Diesen Standpunkt vertritt auch die UdSSR, die weder die Absicht hatte noch sie jetzt hat, sich im Indik Militärstützpunkte zu schaffen. In diesem Sinne berät sie in letzter Zeit mit den USA über einige Fragen, die den Indik betreffen. Wie unlängst Leonid Breshnew bei dem Empfang erklärte, der im Kreml zu Ehren des indischen Ministerpräsidenten Desai gegeben wurde, läge eine Einigung über eine Beschränkung der militärischen Aktivitäten in diesem Raum im Interesse der Völker Asiens und des Weltfriedens.

D. JEFIMOW

NZ STREIFLICHTER

RHODESIEN

Der Führer des unrechtmäßigen rhodesischen Regimes, Smith, gab am 24. November in der Stadt Bulawayo den Beschluß bekannt, seinen Plan für eine „interne Regelung" beschleunigt voranzutreiben. Wie er sagte, sind in Zukunft Wahlen möglich — natürlich bei Aufrechterhaltung des gesamten Militär- und Polizeiapparats des Regimes —, wobei er hierbei das Prinzip „Ein Mann — eine Stimme" akzeptiere. Smiths Plan sieht insbesondere vor, einige „gemäßigte" Afrikaner an die Schalthebel der Macht zu lassen: etwa Bischof Muzorewa sowie Stammeshäuptlinge, die faktisch vom Rassistenregime ausgehalten werden. Hierbei sollen alle Schlüsselpositionen in der Wirtschaft und die wichtigsten Machthebel bei der weißen Minderheit verbleiben.

Wie progressive afrikanische Politiker meinen, soll dieses Manöver der rhodesischen Behörden die anerkannten Vertreter des kämpfenden Volkes von Simbabwe unter der Patriotischen Front von der politischen Macht im Lande fernhalten.

Die Patriotische Front hat dieses Manöver des Rassistenchefs entschieden zurückgewiesen. Jeder Plan, der die Patriotische Front ausschließt, erklärte ein Sprecher der Front in Lusaka, kann das Rhodesienproblem nicht lösen. Der bewaffnete Freiheitskampf geht bis zum endgültigen Sieg weiter.

BOLIVIEN

Der Präsident der Republik, Armeegeneral Hugo Banzer, ersuchte beim Oberkommandierenden des Heeres um seine Entlassung aus der Armee und um die Versetzung in die Reserve. Der Grund dürfte sein, daß Banzer bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 1978 als Zivilist kandidieren will. Der amtierende Präsident, der 1971 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, versprach kürzlich, zu einer verfassungsmäßigen Regierungsform zurückzukehren. Anfang November hob die Regierung das Parteienverbot auf. Die Behörden kündigen eine Wiederzulassung der Gewerkschaften an. In Oppositionskreisen wird betont, daß eine wahre Demokratisierung des politischen Lebens in Bolivien ohne eine umfassende Amnestie für die politischen Häftlinge unmöglich ist, die jetzt von den Fortschrittskräften des Landes angestrebt wird. ■

SOWJETUNION EN MINIATURE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Selbst vom Flugzeug aus kann man ganz Los Angeles auf einmal nicht sehen, erst recht verloren kommt man sich unten vor. Viele Menschen halten das Bummeln durch eine fremde Stadt mit Recht für die beste Art und Weise, sie kennenzulernen. Hier geht das nicht.

Grenzen quer durch die Stadt

Die Straßen von Los Angeles sind unendlich lang, die Stadt dehnt sich so weit aus, daß selbst die unermüdlichsten Touristen mit ihren knappen Terminen daran verzweifeln können.

Einen öffentlichen Verkehr im üblichen Sinne des Wortes gibt es hier nicht. In der City trifft man zwar auf gelbe Bus-Haltestellemasten mit kleinen Menschenansammlungen daneben. Einen Bus habe ich aber nie erlebt. Offenbar mein Pech. Hier heißt es, der Bus sei der letzte Ausweg, denn in der Regel muß man unterwegs zwei- bis dreimal umsteigen und jedesmal mindestens eine halbe Stunde auf den nächsten Bus warten. Da bleibt nur eins übrig, der Pkw. In welcher anderen Stadt erlebt man eine Kirche, deren Gemeindemitglieder beten, ohne aus ihrem Wagen zu steigen, und das Amen mit Hupen quittieren?

Die Straßen von Los Angeles sind ausgezeichnet und auch bei hohen Geschwindigkeiten zuverlässig. Die wichtigsten Stadtteile sind durch Freeways (ampelfreie Chausseen) miteinander verbunden. Staue gibt es morgens und abends aber auch auf ihnen, obwohl sich der Verkehr vier- bis fünfreihig in einer Richtung abwickelt. Hie und da erreichen die vielen Freeway-Auffahrten die Höhe vierstöckiger Häuser. Dann liegt die Stadt tief unten, vielleicht könnte man sie sogar überblicken, nur — die Geschwindigkeit läßt es nicht zu.

Los Angeles entstand auf einem geräumigen Gelände, und das hat die Stadt geprägt. Es gibt hier wenig Wolkenkratzer oder auch nur Hochhäuser; abgesehen von den Luxushotels stehen sie dicht aneinander gedrängt in der City. Von den Hügeln Hollywoods erblickt man weitere zwei bis drei Gruppen von Wolkenkratzern. Der Rest ist ein uferloses Villenmeer.

„Was ließe sich über Los Angeles sagen? Das ist eine lose Kette von ‚Vorstädten', die einer Stadt zustreben." Jede kurze Definition hat ihre Mängel, und diese, die ich in einem anspruchslosen Reiseführer durch Kalifornien aufgelesen habe, ist gewiß unvollständig und nicht einmal genau, aber in gewisser Hinsicht aufschlußreich.

Die „Vorstädte" sind voneinander getrennt, aber die Grenze verläuft nach der sozialen Stellung ihrer Einwohner. Das Negerviertel Watts ist mit den in Grün gebetteten blendend weißen Häusern von Santa Monica nicht zu verwechseln, und dessen Einwohner blicken sicherlich neidisch zu den majestätischen Villen von Beverly Hills hinter ihren hohen Mauern auf. Ebenso wie in vielen anderen amerikanischen Städten gibt es auch hier eine Chinatown, außerdem die größte japanische Siedlung Amerikas, genannt Klein-Tokio.

Diese Grenzen sind durchaus greifbar. Ich war lange genug in den Negervierteln und habe doch kein einziges weißes Gesicht gesehen, auch nicht in den vorbeirasenden Wagen.

Los Angeles ist sehenswert, und dies nicht nur für Touristen, die Hollywood und Disneyland überschwemmen. Für das Prestige der Stadt wird eifersüchtig gesorgt. Dafür ist ihr politisches Image nicht makellos. Dort betätigen sich ungestört die John-Burch-Gesellschaft, nazistische Gruppierungen, der Ku-Klux-Klan und sonstige rassistische und zionistische Organisationen.

Kommen und sehen

Begreiflicherweise beachtete ich die Atmosphäre in der Stadt vor der Eröffnung der nationalen Ausstellung der UdSSR. Sie galt dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und sollte am 12. November eröffnet werden. In der Gesellschaft für Kulturverbindungen USA—UdSSR in der Western Avenue und im Stadtkomitee der KP erfuhr ich, daß die Vorbereitung zur Eröffnung gut verlaufen sei. Schulen, Colleges und Universitäten sowie verschiedene Organisationen waren über die bevorstehende Ausstellung gut informiert, mehr noch, sie bereiteten sich aktiv darauf vor, die sich bietende Gelegenheit zu nutzen und die Sowjetunion besser kennenzulernen.

Weder anonyme Anrufe mit Drohungen gegen die Gesellschaft noch die Demonstranten unweit des Convention Center, wo sich die Ausstellung befand, konnten dagegen etwas ausrichten.

Die Reaktionäre setzten sich nicht durch. Der Direktor des Convention Center sagte Journalisten, er betrachte eine Veranstaltung, bei der die Besucherschlange an der Wand des langen Gebäudes noch nicht ende und um die Ecke biege, als einen Erfolg.

Am 12. November, als die Ausstellung eröffnet wurde, war es eine 5- bis 6reihige Riesenschlange. Man mußte schon eine bis zwei Stunden warten, bevor man in den Saal kam. Am ersten Tag gab es über 21 000 Gäste (die Höchstzahl für den Saal), am Ende der ersten Woche waren es über 100 000. Auffallend war die nationale Zusammensetzung der Besucher. Die Grenzen, die in der Stadt zwischen den verschiedenen nationalen Minderheiten errichtet waren, bestanden in der Ausstellung nicht mehr.

Die Ausstellung war lakonisch, sachlich, sehr optimistisch in der Aussage. Ein großes Gemälde, das dem ersten Dekret der Sowjetmacht — dem Dekret über den Frieden — galt, und ein Sojus-Raumschiff in der Mitte des gewaltigen Saals bildeten die thematische Dominante. Die zahlreichen Ausstellungsstücke veranschaulichten verschiedene Aspekte der sowjetischen Wirklichkeit, berichteten über die Leistungen der Industrie, über den

Umweltschutz, die Arbeitsorganisation und die Freizeitgestaltung. Eine Attraktion war das Kunstgewerbe.

Bekanntlich ist einer von je vier Wissenschaftlern der Welt in der UdSSR tätig. Die Ausstellung erhärtete diese Tatsache durch eine ganze Reihe von Sputniks und Raumschiffen, durch ein modellgetreues funktionierendes Mondmobil und ein ebensolches Modell der thermonuklearen Anlage Tokamak 10 (Abteilung „Atom für den Frieden").

Starken Zuspruch hatte das Modell einer Ölraffinerie mit geschlossenem Wasserkreislauf: Die Amerikaner wissen nur allzugut, wie sich die Vernachlässigung der Natur, der Raubbau an ihr rächen. Ein weiterer Anziehungspunkt: die Vitrinen mit künstlichen Kristallen, die den natürlichen in nichts nachstehen. Mit Interesse betrachteten die Besucher die ausgezeichneten Modelle der Wolgastadt Togliatti mit dem berühmten Autowerk, der experimentellen Wohnbauten im Moskauer Viertel Tschertanowo und des Kur- und Erholungskomplexes „Maschuk" in Pjatigorsk. Das Interesse der Amerikaner galt der Architektonik der sowjetischen Städte, aber vor allem dem demokratischen Verteilungssystem und den niedrigen Wohnungsmieten. Hier nun entdeckten sie eine ihnen unbekannte oder doch kaum bekannte Welt und überzeugten sich davon, wie viele Möglichkeiten sie den einfachen Menschen bietet.

Das Kernstück dieser Abteilung war ein Panorama von Moskau mit Blick auf den Kreml. Wenn die Führer von der sowjetischen Hauptstadt erzählten, wurden sie immer wieder von Beifall unterbrochen. Die sowjetischen Republiken waren durch die Ukraine und Armenien vertreten, und dies gut.

In den Gästebüchern, die rasch vollgeschrieben waren, und in Gesprächen äußerten die Besucher häufig den Wunsch: „Ich möchte Ihr Land unbedingt besuchen."

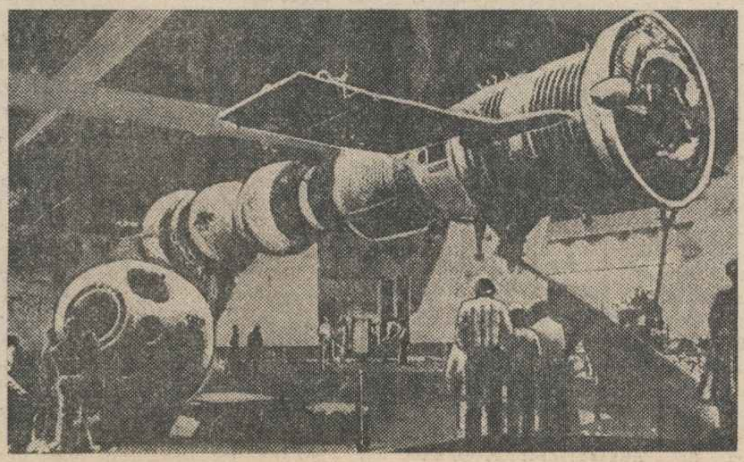
Presse und Fernsehen der USA verwöhnen die Amerikaner nicht eben mit objektiven Informationen über die UdSSR. Diese Lücke konnten die Besucher auf der Ausstellung ausfüllen. Daher die unersättliche Neugier, von der die Ausstellungsführer am Ende ihres 11stündigen Arbeitstages ein Liedchen singen können. Daher auch der stets überfüllte Vorführungssaal, wo ein Dokumentarfilm über die Geschichte des sozialistischen Aufbaus lief.

In den ersten Tagen besuchten 10 000 Schulkinder die Ausstellung. Für sie wurden täglich Spezialführungen veranstaltet. Ebenfalls täglich fanden in der Ausstellung erfolgreiche Rundtischgespräche und Pressekonferenzen statt. Sowjetische Ausstellungsmitarbeiter, meist Fachleute von hoher Qualifikation, hielten Vorträge in Colleges, Universitäten und gesellschaftlichen Organisationen der Stadt. Insgesamt trug die Ausstellung durch all das, was sich auf ihr und um sie herum abspielte, zur größeren gegenseitigen Verständigung bei.

Amerikanischerseits wußte man das sehr wohl zu schätzen. Am Tage der offiziellen Eröffnung gehörten der stellvertretende Außenminister Ph. Habib, der stellvertretende Bürgermeister von Los Angeles T. Bradley, der auch in der UdSSR bekannte Industrielle A. Hammer, der USIA-Direktor D. Reinhardt und General Thomas Stafford, Leiter der amerikanischen Besatzung im Sojus—Apollo-Programm, dem Ehrenpräsidium an. Übrigens machte Stafford den ersten Führer durch die Abteilung „Kosmos". Unter den Eingeladenen waren zahlreiche Vertreter der Industrie- und Handelskreise.

Die Ausstellungsbesucher haben es nicht leicht: Im Convention Center finden sie an die 10 000 Exponate

Telebild UPI—TASS



Businessmen und Business

Unter Berufung auf einen Vertreter der amerikanischen Firmen in Moskau schrieb die **New York Times** vor kurzem, nach Ansicht dieser Firmen seien die USA und die UdSSR natürliche Partner. „Wir repräsentieren die beiden mächtigsten Wirtschaftssysteme in der Welt, und wir ergänzen einander", zitierte das Blatt einen Vertreter dieser Kreise. „Aber die Kontakte zwischen uns sind äußerst mangelhaft."

Ich fragte den Vorstandsvorsitzenden der Lear Cypher Corp., einer der größten Firmen an der Westküste, wie er die Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern einschätze.

Mr. Campien meinte, vor kurzem habe seine Firma einen Auftrag für das Automobilwerk an der Kama ausgeführt; er kenne die Russen als solide Handelspartner, aber das Ausmaß der Geschäfte lasse viel zu wünschen übrig. Spreche man von der Westküste, so sei er hier fast gleich Null, bedauerte er.

Es liegt nicht im Charakter der Amerikaner, Chancen zu versäumen. Als der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew das Schreiben Leonid Breshnews an die Ausstellungsbesucher vorlas, antwortete der Saal mit Beifall. Es hieß darin u. a.: „Zusammenkünfte mit amerikanischen Bürgern haben mich davon überzeugt, daß die Möglichkeiten einer gegenseitig nützlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern sehr groß sind und daß das Volk der USA aufrichtig nach einer besseren gegenseitigen Verständigung, nach der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion strebt. Auch alle sowjetischen Menschen streben das an."

Wir wollen hinzufügen: auch alle Amerikaner, die sich in ihrer Haltung zur UdSSR nicht von Vorurteilen und Voreingenommenheit beeinflussen lassen.

Los Angeles—New York, im November

TREFFEN IN WARSCHAU UND WIEN

Wieder wurde etwas für die europäische Entspannung getan. In Österreich hielten sich der Vorsitzende des Ministerrats der Ungarischen Volksrepublik Lázár und der Ministerratsvorsitzende der ČSSR Strougal zu offiziellen Besuchen auf, in Warschau hatte der Erste Sekretär des ZK der PVAP Gierek Unterredungen mit dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Schmidt.

Die Beziehungen Ungarns und der Tschechoslowakei zu Österreich entwickeln sich schon seit langem recht positiv. Der Beginn der Normalisierung in den Beziehungen Polen—Bundesrepublik liegt erst etwa sieben Jahre zurück. Im Dezember 1970 hatten die VR Polen und die BRD in Warschau einen Vertrag unterzeichnet, in dem Bonn die Unverletzlichkeit der polnischen Nachkriegsgrenzen anerkannte. Obwohl also der Stand der Beziehungen unterschiedlich ist, ging es in Wien und in Warschau um das gleiche, um das, was alle Völker Europas am meisten bewegt: um die Vertiefung der guten Nachbarschaft und des Verständnisses im Geiste von Helsinki, um eine sachliche und konstruktive Zusammenarbeit, um den weiteren Ausbau ihrer materiellen Basis.

Die Pessimisten, die die positiven Wandlungen in Europa nicht sehen wollen, sollten sich ruhig einmal mit der Geschichte der polnisch-bundesdeutschen Beziehungen befassen. Wir alle wissen noch, wie sie vor kurzem aussahen. Daher ist der erzielte Fortschritt um so deutlicher. Gespräche zwischen den führenden Männern beider Länder wurden zur Alltagspraxis. Der jetzige Besuch von Bundeskanzler Schmidt war innerhalb von zwei Jahren das dritte polnisch-bundesdeutsche Gipfeltreffen. Die wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte entwickeln sich. Während der jetzigen Gespräche in Warschau wurde die Erweiterung der Wirtschaftszusammenarbeit ins Auge gefaßt. Die Seiten tauschten Noten über das Inkrafttreten eines Abkommens zur kulturellen Zusammenarbeit aus.

Natürlich ist die Ausweitung guter Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik nicht einfach. Man könte nichts aus der Vergangenheit auslöschen, aber man könne Schlüsse für die Zukunft ziehen, hatte Helmut Schmidt bei einem Besuch des ehemaligen KZ Auschwitz gesagt. Die neue Begegnung zwischen den Staatsmännern beider Länder bestätigte ihren Wunsch, die Beziehungen trotz des Widerstands rechtsnationalistischer Kräfte am Rhein auszudehnen.

In Warschau wurde erneut das Bemühen beider Staaten nach Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und nach Stärkung der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent hervorgehoben. Polen und die Bundesrepublik stimmen darin überein, daß die politische Entspannung durch die militärische ergänzt werden muß. Sie sind auch bereit, eine weitgehende Entwicklung der allseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa zu fördern, wozu ihrer Ansicht nach ein Abkommen über die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen RGW und EWG beitragen würde. Beide Staaten unterstützten die sowjetische Initiative zur Einberufung einer europäischen Energiekonferenz. In der von Edward Gierek und Helmut Schmidt unterzeichneten Erklärung wird die Hoffnung ausgedrückt, das Belgrader Folgetreffen werde positive Ergebnisse zeitigen.

Die Ergebnisse der Begegnungen in Wien und Warschau zeigten den Wunsch ihrer Teilnehmer, die Entspannung zu vertiefen.

A. SIMIN

Die Heraufsetzung der Zuckereinfuhrzölle beeinträchtigt wesentlich die Einnahmen lateinamerikanischer Länder aus ihrem US-Export.



„SÜSSER" RAUB

Zeichnung D. Agajew

SIE PACKEN IHREN KOFFER...

Arthur und Ingrid M. lernte ich an einem kalten Herbstabend kennen. Etwa eine Stunde, bevor das große Kaufhaus Wertheim schloß, erschien dort ein ärmlich gekleidetes junges Paar. Der junge Mann zog eine Gitarre aus ihrer Hülle, seine Begleiterin legte eine Decke auf den Bürgersteig, setzte ein kleines, vielleicht zweijähriges Mädchen darauf und stellte einen Holznapf daneben. Dann begannen sie zur Gitarre zu singen.

Autos sausten vorbei, das diesige Wetter veranlaßte die Passanten, rasch ins Warme zu kommen. Niemand achtete auf die Sänger. Besorgt schaute die Mutter auf die Kleine, die ununterbrochen hustete.

Wir machten uns bekannt. Arthur erzählte, er sei Student gewesen, habe aber aus Geldmangel das Studium abbrechen müssen. Das gleiche gal auch für seine Frau Ingrid. Schon mehr als ein Jahr sind sie ohne Arbeit.

„Die Tochter tut mir so leid" zeigte Arthur auf das Mädchen. „Di Frau natürlich auch. Keine Woh nung, keine Arbeit, kein Geld. D bleibt nichts anderes übrig, als z betteln. Wir werden wohl aus de Stadt raus müssen. Einen andere Ausweg haben wir nicht", schloß er

In jüngster Zeit ist in Westberli die Jugendkriminalität wesentlich gestiegen. In den ersten drei Mona ten d. J. wurden mehr als 5000 ver schiedene Verbrechen von Jugend lichen begangen. Die Ursache dafü ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit

Bei einem Blick in die Zeitunge fiel mir eine Meldung des **Tagesspie gel** auf: Im Bezirk Steglitz war ein

INKOMPETENZ

Auf die Falschmeldung von seinem Tode hatte Mark Twain bekanntlich geantwortet: „Die Gerüchte von meinem Tod sind übertrieben." Der französische Nouvel Observateur *hat die Literaturgeschichte nicht beachtet und noch eins draufgesetzt, als er in der Ausgabe vom 7. November den „sowjetischen Sozialismus" zu Grabe trug.*

Es wäre nicht fein, die Pariser Zeitschrift daran zu erinnern, wie oft innerhalb der 60 Jahre das „rote Moskau" im Westen, darunter auch in Frankreich, schon als erledigt erklärt wurde. Wollen wir hier nur ein paar Beispiele für „Grabinschriften" heutiger „Kritiker" anführen, die wir diesmal Nouvel Observateur *entnehmen.*

Er behauptet:

„Den Film ‚Andrej Rubljow' haben sowjetische Zuschauer nicht gesehen";

„Brecht" (der während der Hitlerjahre in die UdSSR kam und als einer der ersten eine Gastspielreise seines Theaters durch die UdSSR unternahm) „war in der Sowjetunion verboten";

„Es gibt 300 Millionen Sowjetbürger";

„Die Arbeitslosigkeit wird nur dadurch verhindert, daß Millionen sowjetische Jugendliche drei Jahre in der Armee gehalten und verschiedene Arbeiter mit dem gleichen Posten betraut werden" (!);

„Die UdSSR wünscht keinen Sieg der Linkskräfte in Europa..."

Und so weiter, im gleichen verleumderischen Ton, bis hin zu der Meldung, daß „die großartige Militärparade" in Moskau am 6. November stattfindet. Und das in einem Artikel des Chefredakteurs!

Kleine Ungenauigkeiten und große Lügen werden mit dem für einen Journalisten beschämenden Begriff Inkompetenz bezeichnet.

Wir haben Nouvel Observateur *schon öfter einer solchen Inkompetenz überführt, doch die Redaktion hat unsere Kritik niemals zur Kenntnis genommen oder gar versucht, sie zurückzuweisen. Es ist wirklich immer noch am besten, den Mund zu halten, wenn man nichts zu sagen hat.*

A. IGNATOW

BEIFALL VON RECHTS

Das Echo auf den Beschluß der USA, die Internationale Arbeitsorganisation zu verlassen, ist überwiegend negativ. Der Auszug, meint der **Christian Science Monitor,** erwecke im Ausland die Frage, inwieweit Washington geneigt sei, sich an anderen internationalen Organisationen zu beteiligen.

Das ist keine grundlose Befürchtung. Der reaktionäre Washingtoner Kommentator George Will hat sich z. B. folgendermaßen geäußert: Der Auszug der USA aus der IAO könne eine Warnung für die UNO — ein weiteres „Narrenschiff" — sein, aus dem die Vereinigten Staaten letzten Endes eventuell aussteigen wollten. Wie man sieht, ist man im Blätterwald Washingtons nicht schüchtern.

Doch nicht nur dort. Der eingefleischt konservative Londoner **Daily Telegraph** hat nicht nur Beifall dazu geklatscht, sondern auch verlangt, andere westliche Länder sollten dem amerikanischen Beispiel folgen. Außerdem gibt er dem US-Präsidenten den Ratschlag, er solle nun mal auch einen kritischen Blick auf die UNESCO werfen.

Wir sind weit davon entfernt, den Standpunkt hartschädliger Washingtoner wie George Will oder den Vielschreiber des **Daily Telegraph** mit der Haltung realdenkender Kreise im Westen gleichzusetzen. Immerhin sollten vielleicht manche Leute in Washington darüber nachdenken, warum dem Verzicht auf die Mitarbeit in der IAO Beifall zollt.

P. ANDREJEW

14jährige Schülerin tot aufgefunden worden. Todesursache war Rauschgift. Die auf Sensationen ausgehende Westberliner Presse hätte noch vor ein paar Jahren aus einem solchen Fall ein gutes Dutzend Kommentare und Reportagen herausgeholt. Heute ist das keine Sensation mehr, sondern ein ganz gewöhnlicher Vorfall.

In siebeneinhalb Monaten d. J. wurden in Westberlin 51 Rauschgifttote festgestellt. Im vergangenen „Rekordjahr" starben 54 Menschen an Narkotika. **Die Wahrheit** schreibt, gegenwärtig gebe es in der Stadt etwa 10 000 Süchtige.

Die Behörden suchen fieberhaft nach Möglichkeiten, mit dem Rauschgiftproblem fertig zu werden. Polizeikontrollen werden verstärkt, der Senat hat eine Sonderkommission zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die zwangsweise Heilung von Rauschgiftsüchtigen eingesetzt. Reale Ergebnisse haben diese Maßnahmen allerdings bisher nicht gebracht.

Die Zukunft der Jugend ist eine der brennenden Fragen in Westberlin, das schon lange als Stadt der Greise gilt. Demographen registrieren mit jedem Jahr eine Zunahme der Rentner und Alten und dementsprechend einen sinkenden Bevölkerungsanteil Jugendlicher.

Das Wirtschaftssystem der Stadt bietet der Jugend keinerlei Aussichten. Auf der 7. Konferenz der Freien Deutschen Jugend Westberlins sagte ihr Vorsitzender Volker Junge, die unzureichende Zahl von Berufsschulen und die eingeengten Möglichkeiten für eine Hochschulbildung seien zu einer traurigen Realität in Westberlin geworden.

Junge sagte weiter, die Arbeitslosigkeit sei eines der kompliziertesten Probleme für die heutige Jugend. In diesem wie im vergangenen Jahr auch können Tausende Schulabgänger keine Berufsausbildung und keine Arbeit finden.

Das Beschäftigungsproblem ist hier schon lange akut. Gewerkschaftlichen Angaben zufolge wurden in den Westberliner Siemens-Betrieben 1976 3000 Arbeitsplätze „eingespart", in der ersten Hälfte d. J. waren es 2000. Im April wurden in der Stadt 38 600 Arbeitslose und 6000 Kurzarbeiter registriert.

Es ist kein Wunder, daß die Abwanderung von Arbeitskräften anhält. Nach Mitteilung des Amtes für Statistik verringerte sich die Einwohnerzahl Westberlins allein in den ersten beiden Monaten d. J. um 4000. Einigen Schätzungen zufolge gab es in den letzten beiden Jahren 160 000 Abwanderer. Arthur und Ingrid stehen also mit ihrem Entschluß, Westberlin zu verlassen, nicht allein da.

B. LYSSENKO
Eigenbericht

Westberlin, im November

ALLE MACHT GEHT VOM VOLK AUS

Prof. Dr. jur. Boris TOPORNIN

Die auf der VII. Außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR angenommene neue Verfassung der UdSSR wird mit Recht das Lebensgesetz der entwickelten, reifen sozialistischen Gesellschaft genannt. Auf dieser Etappe der Herausbildung der kommunistischen Formation offenbart die neue Gesellschaft, die sich bereits auf ihrer eigenen, der sozialistischen Grundlage entwickelt, immer vollständiger ihre Potenzen, ihr zutiefst humanistisches Wesen.

In seinem Artikel „Historischer Markstein auf dem Wege zum Kommunismus" (veröffentlicht im Dezemberheft der Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus)* stellt Leonid Breshnew fest: „In der Etappe des reifen Sozialismus, unter den Verhältnissen des Staates des ganzen Volkes hat sich die immer breitere und aktivere Beteiligung der werktätigen Massen an der Verwaltung des Lebens im Lande fest als die Hauptrichtung in der politischen Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft durchgesetzt."

In der UdSSR wurde der Sinn der Demokratie erstmalig in seiner wahren Bedeutung — Macht des Volkes — aufgezeigt. Erstmalig haben die Werktätigen ihre reale Gleichberechtigung als Bürger und in politischer Hinsicht erreicht, die sie in keiner Ausbeutergesellschaft gekannt haben. Erstmalig wurden die Prinzipen der Demokratie auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft ausgedehnt, darunter auf ihre Basis, d. h. die Produktionsverhältnisse.

Basis der Demokratie

In Artikel 2 der Verfassung der UdSSR heißt es: „Alle Macht gehört in der UdSSR dem Volk." Manche bürgerliche Verfassungen verkünden ebenfalls, daß die Macht vom Volke ausgehe. Von welchem Volk kann aber die Rede sein, wenn die Gesellschaft in antagonistische Klassen gespalten, wenn in ihr ein heftiger Klassenkampf im Gange, wenn die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der Allmacht einer Minderheit im Grunde ausgeliefert ist?

Ein Mensch kann nicht frei sein, solange er wirtschaftlich unterdrückt ist. Zwei Menschen können nicht gleiche Rechte haben, wenn der eine ein millionenschwerer Unternehmer und der andere Lohnarbeiter ist. Die Macht über die Produktionsmittel transformiert sich stets in politische Macht, in die einen oder anderen Formen der sozialen Herrschaft. Die Konzentration des Nationalvermögens in den Händen der Großbourgeoisie bewirkt unvermeidlich die Entwicklung antidemokratischer Tendenzen, die Verstärkung der Plutokratie, d. h. der Macht der reichen, privilegierten Bevölkerungsschichten.

Wahre Demokratie ist nur in einer Gesellschaft möglich, die die soziale Gleichheit in bezug auf Produktionsmittel, Quellen des gesellschaftlichen Reichtums und Einkommenverteilung gewährleistet.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Verfassungen ist in der sowjetischen Verfassung die Rede nicht von einem abstrakten, klassenmäßig nicht differenzierten Volk, sondern von den Werktätigen. In ihr wird betont, daß der sozialistische Staat des ganzen Volkes den Willen und die Interessen der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz, der Werktätigen aller Nationen und Völkerschaften des Landes zum Ausdruck bringt. Die Arbeiterklasse ist in der sowjetischen Gesellschaft führend.

Im Sozialismus gehört den Werktätigen nicht nur die politische Macht, sondern auch der gesamte gesellschaftliche Reichtum. Artikel 2 der sowjetischen Verfassung hängt aufs engste mit Artikel 10 zusammen, in dem es heißt, daß das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln die Grundlage des Wirtschaftssystems in der UdSSR ist.

Etwa 90% der Produktionsfonds sind in der UdSSR staatliches Eigentum (Eigentum des ganzen Volkes). Dieses bildet die wirtschaftliche und soziale Basis der wirklichen Volksmacht, die materielle Grundlage des gesamten politischen Systems des Sozialismus.

Wie in der Verfassung fixiert ist, bildet die Wirtschaft der UdSSR einen einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplex, der alle Bereiche der gesellschaftlichen Produktion, der Verteilung und des Austausches auf dem Territorium des Landes erfaßt. Auf der Stufe des reifen Sozialismus erfahren die von W. I. Lenin formulierten Prinzipien der Wirtschaftsführung ihre Weiterentwicklung. Besondere Beachtung gilt dem Ziel, die Planung der Volkswirtschaft und des sozialen und kulturellen Aufbaus zu vervollkommnen. In der Sowjetunion läuft gegenwärtig der 10. Fünfjahrplan, der ein beträchtliches Wachstum des Nationaleinkommens vorsieht. Bei der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus wird das Zweig- und das Territorialprinzip berücksichtigt, die zentrale Leitung mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit und Initiative von Betrieben und Vereinigungen, die ständig größere Rechte erhalten, verknüpft und aktiv von ökonomischen Hebeln und Stimulis Gebrauch gemacht.

Flexibel und dynamisch

Der Sozialismus hat einen neuen Typus der politischen Leitung der Gesellschaft geschaffen. Diese Leitung hat die schöpferischen Kräfte des Volkes freigesetzt und der sozialen und politischen Aktivität der Massen ein weites Betätigungsfeld geboten. In seiner Rede zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sagte Leonid Breshnew: „Die sechs Jahrzehnte sozialistischen Aufbaus veranschaulichen überzeugend, wozu die arbeitenden Menschen fähig sind, die die politische Führung der Gesellschaft und die Verantwortung für die Geschicke des Landes übernommen haben. Diese Jahrzehnte haben bewiesen, daß es ohne die Macht der Werktätigen, ohne das sozialistische Staatswesen, daran vorbei, einen Weg zum Sozialismus weder gab noch gibt."

Ein höchst wichtiges Merkmal des politischen Systems des entwickelten Sozialismus ist es, daß die Volksvertretung umfassend und wirksam zur Ausübung der Staatsmacht herangezogen wird. Die Verfassung der UdSSR geht davon aus, daß das sowjetische politische System ein anpassungsfähiger, dynamischer und effektiver sozialer Mechanismus ist. Die Staatsmacht wird durch die Sowjets der Volksdeputierten als politische Grundlage der UdSSR ausgeübt. Gerade sie gewährleisten eine immer vollständigere Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten. Alle anderen Staatsorgane werden von den Sowjets kontrolliert und sind ihnen rechenschaftspflichtig.

Ein Merkmal der sozialistischen Demokratie ist ferner, daß beinahe

die ganze erwachsene Bevölkerung des Landes an der Leitung der staatlichen Angelegenheiten teilnimmt, u. zw. über die Gewerkschaften, den Komsomol, die Genossenschaften und sonstige Massenorganisationen. Zum politischen System gehören ferner die Arbeitskollektive als Grundzellen nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Organismus der UdSSR. Ein Arbeitskollektiv ist eine starke Kraft, sie wirkt am effektivsten gerade dort, wie auf dem XVI. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften hervorgehoben wurde, „wo die großen Begriffe von Politik und Wirtschaft in die Sprache der Praxis übertragen werden, wo die Einstellung der Menschen zum Leben, zur Gesellschaft in vieler Hinsicht gebildet wird".

Alle Gliederungen des politischen Systems des Sozialismus leisten einen gewichtigen Beitrag dazu, die Aufgaben des kommunistischen Aufbaus zu lösen. Sie helfen in hohem Maße die Bürger der UdSSR zur Ausarbeitung und Bewältigung der relevanten politischen und sozialökonomischen Aufgaben heranziehen. Aber das Wichtigste besteht wohl darin, daß das sowjetische Volk die Möglichkeit hat, Fragen des staatlichen Lebens unmittelbar, durch Volksaussprachen zu lösen.

Die Verfassung betont die wichtige Rolle, die der öffentlichen Meinung im Leben unseres Landes zukommt. Sie ist ein wirksames Mittel, die Politik sowohl auszuarbeiten als auch durchzuführen, ein aktiver Faktor des Funktionierens und Ausbaus des gesamten politischen Systems. Schon in der Anfangszeit der Sowjetmacht stellte Lenin fest: „Wir wollen, daß die Regierung stets unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung ihres Landes steht." Die Stärke und Wirksamkeit der öffentlichen Meinung nehmen mit dem Wachstum des politischen Bewußtseins der Volksmassen noch mehr zu. Eindrucksvoll war in dieser Hinsicht die Volksaussprache über den Entwurf der neuen Verfassung. An ihr beteiligten sich über 140 Millionen Sowjetbürger (über 80% der erwachsenen Bevölkerung) mit rund 400 000 Vorschlägen.

Im entwickelten Sozialismus erstarkt die Einheit der Macht weiter. Das äußert sich vor allem in der immer stärkeren ideologisch-politischen Geschlossenheit des ganzen Volkes um die Arbeiterklasse, in der größeren Bewußtheit, Organisation und politischen Aktivität der Werktätigen, in der Vervollkommnung der Rechtsnormen sowie der Prinzipien des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, in der Entwicklung der Traditionen der sozialistischen Demokratie.

Das politische System der UdSSR gewährleistet ein hohes Niveau von Bewußtheit, Kultur und gesellschaftlicher Aktivität der Bevölkerung. Dem sowjetischen Volk sind politische Passivität, Gleichgültigkeit gegenüber den Anliegen des Landes fremd. Die Verfassung verankert eigens die konkreten Formen, in denen sich die Bürger an der Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten, an der Besprechung und Annahme von Gesetzen sowie an Entscheidungen von gesamtstaatlicher und lokaler Bedeutung beteiligen.

Kern des politischen Systems

Die Verfassung der UdSSR definiert die Struktur der staatlichen Organisation der Gesellschaft des entwickelten, reifen Sozialismus und verbrieft gesetzmäßig die führende Stellung der KPdSU als Kern des gesamten politischen Systems unseres Staates. Die Partei ist es, die die wichtigsten Entwicklungsrichtungen der gesamten sozialistischen Demokratie, der Tätigkeit von Staatsorganen, Massenorganisationen und Arbeitskollektiven bestimmt. Die KPdSU ist die Avantgarde des ganzen sowjetischen Volkes, sein bewußtester und fortschrittlichster Teil, der sich vom Volk als Ganzes nicht trennen läßt. „Die KPdSU ist für das Volk da und dient dem Volk", heißt es in Artikel 6 der sowjetischen Verfassung.

Bei ihren Attacken gegen die Hauptbestimmungen der Verfassung der UdSSR bezeichnen die ideologischen und politischen Gegner des Sozialismus den Artikel über die führende Rolle der KPdSU als Proklamierung der „Diktatur der Partei", als ihr „Primat gegenüber dem Staat", als „gefährliche Verflechtung von Partei- und Staatsorganen" und „Beseitigung der Unterschiede zwischen Partei und Staat". Hierbei entstellen die westlichen Propagandisten und „Kremlastrologen" vorsätzlich die Wahrheit. Sie möchten es nur allzugern, daß die Rolle der Partei in unserer Gesellschaft abgebaut, daß unser Land, unsere sozialistische Ordnung geschwächt wird, unsere kommunistischen Ideale kompromittiert werden. Diese Hoffnungen waren umsonst.

Die zunehmende Rolle der Partei schränkt die Entwicklung der sozialistischen Demokratie keineswegs ein, im Gegenteil, sie bewirkt ihre immer tiefere Entwicklung und die Festigung der Volksmacht. Bereits 1919 wurde in einer Resolution des VIII. Parteitages, der unter Lenins Leitung verlief, konstatiert: „Die Funktionen der Parteikollektive dürfen mit denen der Staatsorgane, als die die Sowjets auftreten, auf keinen Fall verwechselt werden... Die Partei ist bemüht, die Tätigkeit der Sowjets *anzuleiten*, sie jedoch nicht zu ersetzen." Diesem Kurs bleibt die KPdSU treu.

Im Statut der KPdSU wird eigens hervorgehoben, daß die Parteiorganisationen nicht die Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und andere Massenorganisationen der Werktätigen ersetzen, das Überschneiden von Partei- und anderen Organen nicht zulassen. Die KPdSU leitet alle Organisationen der Werktätigen an, ist jedoch weit davon entfernt, sie zu befehligen, wie dies die antikommunistische Propaganda hinstellt. Die Leitung durch die Partei beruht auf Überzeugung und ideologischer Einwirkung, auf Beispiel und Organisation. Auf der VII. Außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR sagte Leonid Breshnew: „In dem Maße, wie die sowjetischen Menschen immer kompliziertere und verantwortungsvollere Aufgaben des kommunistischen Aufbaus lösen werden, wird die Rolle der Kommunistischen Partei mehr und mehr zunehmen."

Was ist die Ursache für das Wirksamwerden dieser Gesetzmäßigkeit? Vor allem der Umstand, daß die KPdSU die Avantgarde des ganzen Volkes, eine Partei ist, deren Tätigkeit auf dem festen Fundament des Marxismus-Leninismus — der einzig zuverlässigen, wissenschaftlichen Grundlage für die Ausarbeitung der richtigen Strategie und Taktik — beruht. Die Kommunistische Partei reagiert hellhörig auf Veränderungen im sozialen Leben des Volkes und bietet es zur Lösung immer neuer Aufgaben auf, die die beschleunigte gesellschaftliche Entwicklung mit sich bringt.

Die Politik der KPdSU ist wissenschaftlich begründet, sie ist ein konkretes und ausführbares Aktionsprogramm. Ein höchstwichtiges Anliegen sind für die Partei Fragen der langfristigen Planung und der sozialökonomischen Prognostizierung, ist die Festlegung der generel-

len Entwicklungsperspektive der sowjetischen Gesellschaft und der Bewältigung der Aufgaben beim kommunistischen Aufbau.

Die Festigung der führenden Rolle der KPdSU im entwickelten Sozialismus ist notwendig, damit das gesamte politische System der Gesellschaft wirksamer funktioniert. Der Sowjetstaat, die Gewerkschaften, der Komsomol und die anderen gesellschaftlichen Massenorganisationen sowie die Arbeitskollektive werden viel erfolgreicher und aktiver sein, wenn ihre Bemühungen noch besser koordiniert und auf das gemeinsame Ziel gelenkt werden. Mit dieser Aufgabe ist die KPdSU betraut.

Staat des ganzen Volkes

Der Eintritt der sowjetischen Gesellschaft in das Stadium des entwickelten Sozialismus hat die Klassennatur des Staates wesentlich verändert. In der Präambel der Verfassung heißt es: „Nach Erfüllung der Aufgaben der Diktatur des Proletariats ist der Sowjetstaat ein Staat des ganzen Volkes geworden."

In dieser Formulierung kommt die Dialektik der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes, die historische Kontinuität der Formen, in denen die Werktätigen ihre Macht ausüben, zutage. Zwischen dem Staat der Diktatur des Proletariats und dem sozialistischen Staat des ganzen Volkes kann es keine „chinesische Mauer" geben, denn ihnen liegt derselbe Typ der gesellschaftlichen Verhältnisse zugrunde. Ihre Kontinuität äußert sich vor allem in der Gemeinsamkeit der Hauptziele und -aufgaben der gesellschaftlichen Entwicklung. Der Staat der Diktatur des Proletariats leitete den Vormarsch der Gesellschaft zum Kommunismus in der Anfangsetappe der neuen Epoche der Menschheit; der Staat des ganzen Volkes sichert den Aufstieg der Gesellschaft zum Kommunismus.

Begreiflicherweise bietet der Staat des ganzen Volkes den Werktätigen viel umfassendere Möglichkeiten, an der Leitung des Landes mitzuwirken. Wie es in der Verfassung heißt, trägt der Sowjetstaat zur Verstärkung der sozialen Homogenität bei: zur Verwischung der Klassenunterschiede, der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zur allseitigen Entwicklung und Annäherung aller Nationen und Völkerschaften der UdSSR. Auf die Errungenschaften der sozialistischen Kulturrevolution, auf den hohen Entwicklungsstand von Wissenschaft, Bildung und Kunst gestützt, leistet unser Staat eine umfangreiche und vielfältige Arbeit, um das Klassenbewußtsein der Bevölkerung, ihre allgemeine und Berufskultur zu heben.

Der volksumspannende Charakter unseres Staates tritt am deutlichsten in der zunehmenden Rolle der Sowjets zutage, die, wie Lenin sagte, „die ständige und einzige Grundlage der gesamten Staatsmacht, des gesamten Staatsapparats" sind. Von nun an heißen sie Sowjets der Volksdeputierten. Der neue Name hat einen tiefen Sinn, widerspiegelt er doch den demokratischen Charakter unseres Staates. Auf Initiative der KPdSU wurden in den letzten Jahren wichtige Maßnahmen getroffen, um die Sowjets weiterzuentwickeln und ihre Schlüsselstellung im System der Staatsorgane zu stärken. Im Ergebnis wurde die Tätigkeit der Sowjets, wie der XXV. Parteitag unterstrich, viel reger.

Die steigende Rolle der Sowjets widerspiegelt gesetzmäßig das Erfordernis, die Staatsleitung zu vervollkommnen. Bei der weitverzweigten Wirtschaft, den viel komplizierteren als früher gesellschaftlichen Verbindungen, angesichts der Wechselwirkung von wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Faktoren erlangt die allgemeine staatliche Leitung, die die Sowjets ausüben, besonders große Bedeutung. Die Sowjets sind wirklich demokratische Organe, sie werden von der Bevölkerung gewählt, aber darüber hinaus sind sie in ihrer praktischen Tätigkeit eng mit ihr verbunden. Deshalb hängt eine erfolgreiche Lösung der vielfältigen Aufgaben des kommunistischen Aufbaus im ganzen Lande wie auf lokaler Ebene in vieler Hinsicht von den Sowjets ab.

Die Verfassung der UdSSR mißt einer stärkeren Volkskontrolle über die Arbeit des Staatsapparates große Bedeutung bei. Eine solche Kontrolle erfolgt auf verschiedene Weise: über die Sowjets, über die Massenorganisationen, über die demokratischen Formen der Teilnahme der Werktätigen an der Leitung von Staat und Volkswirtschaft. Von großer Wichtigkeit ist es, die Tätigkeit der Volkskontrolle, deren Leitung die Verfassung ebenfalls den Sowjets zuspricht, zu vervollkommnen.

Hauptprinzip der Organisation und Tätigkeit des Sowjetstaates des ganzen Volkes ist laut Verfassung der UdSSR das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Dieses Prinzip bedeutet die Wählbarkeit aller Organe der Staatsmacht, ihre Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk und den verbindlichen Charakter der Beschlüsse der übergeordneten Organe für die untergeordneten. Der demokratische Zentralismus verbindet die einheitliche Leitung mit der Initiative und schöpferischer Aktivität an der Basis.

Jawohl, der sozialistische Staat verlangt von seinen Bürgern straffe Organisation, Disziplin und ein hohes Pflichtgefühl. Die Verfassung der UdSSR legt fest: Der Sowjetstaat, all seine Organe wirken auf der Grundlage der sozialistischen Gesetzlichkeit, gewährleisten den Schutz der Rechtsordnung, der Interessen der Gesellschaft, der Bürgerrechte und -freiheiten. Die staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen sowie die Amtspersonen sind verpflichtet, die Verfassung und die sowjetischen Gesetze einzuhalten.

Im entwickelten Sozialismus sind die Hauptmethoden der staatlichen Tätigkeit Überzeugung, Organisation und Stimulierung. Zugleich behält sich der Sowjetstaat das Recht vor, sich zu schützen, und macht erforderlichenfalls von ihm Gebrauch. Das trifft sowohl für die Sphäre der öffentlichen Ordnung als auch für die Sphäre der Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen zu.

Die 60jährigen Erfahrungen der Sowjetunion zeugen davon, daß die Notwendigkeit eines Staates in keiner Weise dem Kurs auf Erreichung der kommunistischen gesellschaftlichen Selbstverwaltung widerspricht. Die Notwendigkeit, den Staat des ganzen Volkes zu festigen, ergibt sich aus zwei äußerst wichtigen Faktoren: einerseits aus dem objektiven Bedürfnis, die Leitung der sozialen Prozesse zu vervollkommnen, andererseits aus dem Umstand, daß gerade der Staat alle notwendigen Eigenschaften besitzt, die es ihm erlauben, die Hauptfunktionen dieser Leitung zu übernehmen. Deshalb widersprechen die Interessen des kommunistischen Aufbaus nicht dem konsequenten Kurs auf die weitere Stärkung des Sowjetstaates, vielmehr erfordern sie einen solchen Kurs. Das fand seinen Niederschlag in den Dokumenten des XXV. Parteitages der KPdSU und in der neuen Verfassung der Sowjetunion. ■

VON DER SOWJETUNION KANN MAN LERNEN

Vom Sowjetischen Friedenskomitee eingeladen, hat eine Delegation der Türkischen Arbeiterpartei unser Land besucht, geführt von ihrer Generalvorsitzenden, Frau Dr. Behice BORAN. Die Gäste wohnten den Festlichkeiten zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bei. Dr. Boran hat unserem Korrespondenten Juri Tjunkow folgendes Interview gegeben.

In letzter Zeit werden die sowjetisch-türkischen Beziehungen — die staatlichen und auch sonstigen — umfassender und enger, wovon auch die Tatsache zeugt, daß Ihre Delegation der Einladung des Sowjetischen Friedenskomitees gefolgt ist. Welche Aussichten hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit unserer Länder und Völker?

Wir begrüßen es, daß die Öffentlichkeit der UdSSR und die der Türkei immer engere Kontakte unterhalten. Gute Beziehungen zwischen Staaten werden fest und beständig, wenn sie zu wahrer Freundschaft zwischen den Völkern führen. Das ist auch gar kein Wunder. Jedes Volk ist ja friedliebend und aufgeschlossen, und außerdem bestehen zwischen den Völkern verschiedener Länder keine unüberbrückbaren Gegensätze.

Eins möchte ich besonders hervorheben: Die Entwicklung normaler, freundschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und der Türkei, die in einer wichtigen Weltgegend aneinander grenzen, ist sowohl für unsere Länder als auch für den Frieden in diesem Weltteil wichtig.

Da sich die Türkische Arbeiterpartei politisch das Endziel gesetzt hat, vom Kapitalismus zum Sozialismus überzugehen, war es uns besonders wichtig, das allererste und höchstentwickelte sozialistische Land zu besuchen und seine Erfolge aus den 60 Jahren seines Bestehens mit eigenen Augen zu sehen. Unserer Ansicht nach zeigen die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Leistungen Ihres Landes beim sozialistischen Aufbau,



daß andere Länder von der Sowjetunion lernen können.

Bitte ein paar Worte über die jetzigen Aufgaben der demokratischen Fortschrittsbewegung in der Türkei und über die Losungen Ihrer Partei.

Eine aktuelle Aufgabe dieser Bewegung ist es, die Gefahr des Faschismus zu bannen, die in den letzten Jahren deutlichere Umrisse angenommen hat. Die Türkei ist sehr von den imperialistischen Kräften abhängig, sie ist ihrem Druck ausgesetzt. Da der Imperialismus jederlei reaktionäre Bewegungen, auch die faschistische, unterstützt, ist es dringend notwendig, seine Ränke zu durchkreuzen.

Zum Programm der Türkischen Arbeiterpartei gehören die Zusammenarbeit und Solidarität aller patriotischen, fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, ihre Aktionseinheit gegen den Imperialismus und die faschistische Gefahr.

Die vorrangigen Ziele unserer Partei kann man kurz so umreißen: vor allem mehr demokratische Rechte und Freiheiten im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich. In der Türkei gelten viele Gesetzesbestimmungen, die die Grundrechte und -freiheiten einengen. Weiter meinen wir, daß mehr politische Demokratie nur möglich ist, wenn der Wirtschaftsmacht der Monopole und der Großbourgeoisie ein Ende gesetzt wird. Deshalb sehen wir den Kampf dafür als die zweitwichtigste Aufgabe unserer Partei an. In diesem Zusammenhang betrachtet sie es als ihre programmatische Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß die Schlüsselbetriebe, die Bodenschätze, die Banken und Versicherungsgesellschaften sowie der Außenhandel verstaatlicht werden.

Drittens setzt sich unsere Partei im Rahmen ihres antiimperialistischen Kampfes für den Austritt der Türkei aus den Militärblöcken NATO und CENTO und aus anderen imperialistischen Gruppierungen ein, dafür, daß die bilateralen Abkommen mit den USA gelöst, die ausländischen Militärstützpunkte in unserem Land aufgelassen und die Besitzungen ausländischer Konzerne dem Staat übergeben werden.

Ausführlicher sind die konkreten Ziele unseres antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes in der Deklaration über die Demokratie formuliert, die unsere Partei angenommen und veröffentlicht hat.

Dürfte ich Sie nach Ihren Eindrücken von der Sowjetunion fragen?

Wir hatten von der Sowjetunion viel gehört und viel über sie gelesen. Es ist aber etwas ganz anderes, alles mit eigenen Augen zu sehen. Ich bin zum ersten Male hier und konnte mich von den großartigen Erfolgen überzeugen, die die Sowjetunion in 60 Jahren erzielt hat. Das Gesehene überzeugt mich davon, daß Ihr Land die neuen grandiosen Aufgaben, die es sich gestellt hat, ebenso erfolgreich wie alle seine früheren Pläne erfüllen wird.

BERECHTIGTE UNRUHE

Georgi KRASSIN

Vor fünf Jahren haben Japan und die VR China ihre Beziehungen normalisiert, und doch gehört das Chinaproblem in Japan zu den meist umstrittenen innenpolitischen Fragen und ist noch immer nicht gelöst. Einer der Hauptgründe ist das beharrliche Streben Chinas, Japan in seine antisowjetische Großmachtpolitik einzubeziehen.

Zu diesem Zweck wirkt Peking darauf hin, in den sogenannten Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Japan und der VR China (die Verhandlungen über seinen Abschluß sind seit Januar 1975 im Gange) eine Formulierung darüber aufzunehmen, daß der „Hegemonie einer dritten Macht" (lies: der UdSSR) in Asien „entgegenzuwirken" sei. China hält diese Klausel für „grundsätzlich wichtig" als politische Grundlage der Freundschaft mit Japan und ist, falls japanischerseits dem zugestimmt wird, „jeden Augenblick" bereit, den Vertrag zu schließen.

Diese Eile kommt daher, daß Peking hofft, das Wirtschaftspotential und die wichtigen strategischen Positionen Japans in Asien und im Pazifikraum für die Erreichung der eigenen hegemonistischen Ziele zu benutzen. Die früheren Propagandalosungen über den Kampf gegen den „neu entstehenden japanischen Militarismus", die Wirtschaftsexpansion Japans in den Ländern Südostasiens und die Anlegung von US-Militärstützpunkten auf den japanischen Inseln sind nun vergessen. Heute wird Japan unverhohlen angeboten, Südostasien in Einflußsphären einzuteilen und den japanisch-amerikanischen „Sicherheitsvertrag" gegen die UdSSR auszuspielen. Im Oktober 1973 sagte Tschi Peng-fei, damals Außenminister der VR China: „Für Japan ist es völlig natürlich, den Sicherheitsvertrag aufrechtzuerhalten, um sich gegen die Bedrohung seitens der Sowjetunion abzusichern, und China versteht das."

Um den Vertrag rascher auf antisowjetischer Grundlage abzuschließen, sucht Peking eifrig nach Verbündeten in den reaktionären Kreisen Japans, darunter in so unverhohlen faschistischen Organisationen wie der „Patriotischen Partei Großjapans" oder der „Internationalen Liga für den Sieg über den Kommunismus". Peking verspricht ihnen Unterstützung „im Kampf des japanischen Volkes um die Rückführung der Nordgebiete" und versichert, die Aufnahme der antisowjetischen Formulierung in den Vertrag werde Japans Gebietsansprüchen an den Sowjetstaat mehr Wirkung verleihen und seine Haltung verändern lassen.

Solche Versprechungen sind für gewisse Kreise in Tokio offenbar verlockend. Sie sind bereit, dem Drängen Pekings nachzugeben und die japanische Regierung zur forcierten Errichtung eines antisowjetischen Bündnisses zu veranlassen. In diesem Zusammenhang werden Versuche unternommen, die eindeutig antisowjetische Formulierung über den Hegemonismus als ein universales „Friedensprinzip" auszugeben, das nicht gegen andere Länder gerichtet sei und die gutnachbarlichen Beziehungen zur UdSSR nicht beeinträchtige.

Solche propagandistischen Tricks können jedoch nicht über die wirklichen Ziele der Pekinger Diplomatie hinwegtäuschen. Realdenkende Politiker und Vertreter der Öffentlichkeit Japans beurteilen die ultimative Forderung Pekings mit Recht als einen gefährlichen Zug im außenpolitischen Spiel, dessen Ziel die Einbeziehung Japans in die Strategie Chinas heißt. Sie verweisen darauf, daß die Klausel über die Hegemonie im Widerspruch zur japanischen Verfassung stehe, die aufruft, keinem Land feindlich entgegenzutreten. Die **Sankei Shimbun** schrieb am 11. November: „Es ist nicht einzusehen, warum das friedliche Japan sein Schicksal an einen militaristischen Staat knüpfen soll." Auf diese Frage sollten die Leute antworten, die den Vertrag mit China um jeden Preis abschließen wollen. Denken sie dabei auch wirklich an die wahren nationalen Interessen, an die Zukunft ihres Landes?

Bezeichnenderweise beunruhigen die rücksichtslosen Forderungen Pekings, den Artikel über die Hegemonie in den Vertrag aufzunehmen, selbst das Verteidigungsamt Japans. Laut **Mainichi** äußerten die Chefs des Verteidigungsamtes und des vereinigten Stabskomitees auf einer Pressekonferenz in Tokio ihre tiefe Sorge im Zusammenhang damit, daß der Abschluß des Vertrages in der Form, auf der China bestehe, schwere Folgen für die Sicherheit des Landes nach sich ziehen könne. Ferner verwiesen sie darauf, daß der Vertrag die Stabilität der Lage im Fernen Osten und in Asien negativ beeinflussen würde.

Auch die Pläne Pekings, sein Militärpotential aufzustocken, rufen in Japan Besorgnis hervor. Außenminister Hatoyama nahm im Außenpolitischen Ausschuß des Hauses der Staatsräte Stellung zu der kürzlichen Erklärung Teng Hsiaopings, Stellvertretender Premier des Staatsrates der VR China, sein Land sei bereit, Waffen zu importieren, und betonte, die militärischen Pläne Chinas seien Japan unerwünscht.

Der unlängst unter dem Druck Pekings gefaßte Beschluß des japanischen Außenministeriums, die Verhandlungen über den Abschluß des Vertrags zu beschleunigen, hat auch die asiatische Öffentlichkeit alarmiert. Er enthält nämlich Bestimmungen, die die Unabhängigkeit, die politischen und wirtschaftlichen Interessen auch anderer Länder antasten könnten. Heute spricht man in China von einem „Kampf gegen die sowjetische Hegemonie", morgen könnte es den Kampf gegen jeden Staat aufnehmen, dessen Politik Peking nicht passen würde.

In Japan sollte man sich darüber im klaren sein, wie sehr ein Bündnis mit China zu den von Peking gestellten Bedingungen die Beziehungen zu anderen, darunter den asiatischen Ländern komplizieren könnte. Ein solches Bündnis ist unvereinbar mit den nationalen Interessen Japans.

Die Entscheidung liegt natürlich bei Japan, aber eine Entwicklung des Verhältnisses Tokio—Peking in der Richtung, die die Interessen der UdSSR antasten würde, wird sich selbstverständlich auch auf die sowjetische Haltung gegenüber Japan auswirken: Der Abschluß eines antisowjetischen Vertrages würde die sowjetisch-japanischen Verbindungen entsprechend beeinflussen.

Zu dieser Frage sagte Andrej Gromyko, daß es noch Kräfte gibt, die gegen die Entspannung sind und die Beziehungen zwischen den Staaten, darunter zwischen der UdSSR und Japan, zu komplizieren suchen. Ihnen passen Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen mehr. Wir weisen eine solche Politik zurück. Sie entspricht nicht den Interessen der Völker. Es liegt im gemeinsamen Interesse der UdSSR und Japans, ihre gegenseitigen Beziehungen gegen solche Versuche und deren Einfluß abzuschirmen. Wir hoffen, sagte der sowjetische Außenminister, daß dieser Standpunkt in Japan geteilt wird.

Die Schritte der Revolution

Von unserem Sonderberichterstatter
Albert PIN

Im Zentrum Vientianes steht ein einstöckiger heller, moderner Bau, die Residenz des Präsidenten, davor an einem Mast die Flagge der VDR Laos: ein von zwei roten Streifen gesäumter breiter blauer mit einer weißen Scheibe (dem Vollmond) in der Mitte. Das Rot symbolisiert das Blut des revolutionären Volkes, das Blau bedeutet Wohlergehen und das Weiß Gerechtigkeit.

Über drei Jahrzehnte haben die Patrioten von Laos unter dieser Fahne gekämpft. Vor zwei Jahren fand ihr opfermutiger Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit ein siegreiches Ende. Geführt von seiner kampfgestählten Avantgarde, der Revolutionären Volkspartei, ergriff das Volk die Macht. Am 2. Dezember 1975 wurde die VDR Laos gegründet, und damit lag für Laos der Weg zum Sozialismus frei.

„Die Schanze aus Sandelholz"

Vom Schloß des Präsidenten ist es nicht weit bis an den Mekong. Eine Sandbank, ein schmaler Streifen grünlichen, trüben Wassers, dahinter wieder eine Sandbank und das andere, rechtsseitige Ufer, das schon Thailand ist. Kaum vorstellbar, daß der Mekong zur Zeit der Monsune die Stadt zu überschwemmen droht.

Etwa 1500 km fließt der große Strom durch Laos und spendet den Reisfeldern, Zuckerrohrpflanzungen und Gärten Wasser. Auf dem Mekong und seinen Nebenflüssen wird Fischfang getrieben. Für viele Gebiete ist er (auch wenn er in der Trockenzeit seichter wird) die wichtigste oder sogar die einzige Verkehrsader. Das gebirgige Land hat keine Eisen- und nur kurze Autobahnen.

Zerzauste Palmen. Hölzerne Pfahlhütten neben imposanten Botschaftsgebäuden und luxuriösen Villen, die sich die einheimische Elite und Ausländer — Franzosen und Amerikaner — bauten. Neben den erst vor kurzem aufgetauchten großen und schnellen Autobussen Fuhren mit zwei hohen Rädern und Ochsengespann. Uralte Pagoden und der Flughafen Wattay... Das ist Vientiane.

Die Landeshauptstadt zieht sich etwa 10 km am Mekong hin. Um aber die Sehenswürdigkeiten zu genießen, braucht man nicht weit zu gehen. Sie liegen ziemlich dicht beisammen. So befinden sich fast alle hölzernen Pagoden (nur noch rund 20) in der Setthathirat-Straße am Mekong, die man einen Park nennen könnte, denn jede Pagode steht in einem kleinen Hain aus Kokospalmen, Elefantenapfelbäumen und Champas, deren duftende Blüten sich die Mädchen ins Haar stekken.

Die Phra Keo, die uralte Pagode des Smaragdenen Buddha, erfreut das Auge mit einer seltenen Harmonie und Zierlichkeit. Alles ist wohlproportioniert: das leicht geschwungene, dreistufige Dach, das dem Bau eine außergewöhnliche Leichtigkeit gibt, die reich geschnitzte, mit kleinen Türmen versehene Umfriedung, die steinernen Freitreppen mit ihren Geländern aus gewundenen Drachenleibern.

Am Eingang halten zwei Bronzeungeheuer Wache, die eher komisch als furchteinflößend aussehen. Nachdem wir für den Eintritt gezahlt haben (die Pagode ist jetzt Museum), steigen wir die Treppe hinauf und erreichen zuerst einen Altan mit einer langen Reihe von Statuen, sitzenden Göttern in der gleichen Haltung: eine Hand auf dem Knie, die andere herabhängend, die Mienen in sich gekehrt, dem weltlichen Treiben verschlossen.

Der Hof hinter der Pagode ist sonnig, dort stehen hohe Tiekholz- und Maulbeerbäume und Tamariskenbüsche. Mitten im dürren Gras erhebt sich ein hohler, krugähnlicher Stein, der — unerfindlich wie — aus dem Tal der Krüge hierher geraten ist, von dem jahrelang in Frontberichten die Rede war.

In den 60er Jahren des 16. Jahrhunderts entstand am Mekong die „Schanze aus Sandelholz" (das bedeutet der Name Vientiane). Bald darauf, eine halbe Wegstunde vom Ufer entfernt, der prächtige, von einem vergoldeten Spitzturm gekrönte Tempel That Luang.



In diesem Gebäude hat die Oberste Volksversammlung der Republik ihren Sitz

An noch ältere Zeiten erinnern die Namen des Lanxang — des elegantesten Hotels —, das sich am Mekong erhebt, und mehrerer Straßen im Zentrum. Der unabhängige Staat Lanxang entstand gegen Mitte des 14. Jahrhunderts, nachdem der Herrscher eines der Fürstentümer von Laos sie zusammengefaßt hatte. Zur Hauptstadt von Lanxang (was „das Land der im Morgengrauen Wachen", d. h. gut über ihr Land Wachenden) wurde Luang Prabang gemacht.

Im Werden

Es hat etwas Symbolisches, daß sich in der Lanxangstraße Regierungsgebäude der jungen VDR befinden und daß unweit eines massiven Triumphbogens das höchste Machtorgan, die Oberste Volksversammlung, ihren Sitz hat.

Vor dem Sturz der Monarchie hatte Laos zwei Hauptstädte: als Verwaltungszentrum Vientiane und als königliche Residenz Luang Prabang. Vientiane, die größte Stadt

des Landes, hatte 180 000 Einwohner, ganz Laos drei Millionen. Die Volksmacht paßte keineswegs allen. Finanz- und Geschäftsleute, Unternehmer und sonstige reiche Leute setzten sich mit ihrem Kapital nach dem benachbarten Thailand ab. Von der Feindpropaganda irregeführt, verließen auch viele tüchtige Facharbeiter, Ingenieure und andere Fachkräfte das Land.

Die revolutionäre Volksmacht sah sich vor schwierige Probleme gestellt. Die beiden Jahre seit Ausrufung der Republik waren nicht leicht. Wiederholt verübten äußere und innere Feinde Anschläge auf die Errungenschaften des jungen Staates. Regelmäßig begingen die thailändische Reaktion und die Konterrevolutionäre von Laos mit Hilfestellung der imperialistischen Kreise und des ausländischen Spionagedienstes in den Grenzgebieten Provokationen. Mit Hetzereien und Störakten suchen die Reaktionäre in den nahe der Grenze liegenden Dörfern Unruhe zu stiften. Vom anderen Mekongufer peitschten oft Schüsse herüber. Noch treiben vereinzelte Banden in Laos ihr Unwesen. Das Volk hat aber die revolutionäre Staatsordnung aufrechterhalten und die Sicherheit seiner Heimat gewährleisten können.

Dieser Sieg ist um so bedeutender, als er unter äußerst schweren Verhältnissen errungen worden ist. Vom früheren, besonders vom letzten, neokolonialistischen Regime hat die junge Republik eine armselige Wirtschaft, eine Arbeitslosigkeit und Inflation übernommen. Schwer geschädigt wurde das Land durch den langjährigen Krieg. Die Feinde prophezeiten Laos eine Hungersnot.

„Besonders schwer gestaltete sich die Lage in der ehemaligen Vientianer Zone, die die frühere Regierung noch in der Hand hatte", erzählte mir der Prosaiker und Journalist Chan Thi, stellvertretender Chefredakteur der Zeitung **Xieng Pasasone** (Volksstimme). „Vientiane und die anderen Städte dieser Zone waren aufs engste mit Thailand verbunden, von dort wurde alles Notwendige über den Mekong nach Vientiane geliefert."

Als Thailand Ende 1975 die Mekong-Grenze sperrte, schraubten die Kaufleute in Vientiane sofort die Preise in die Höhe. Die gewöhnlichen Nahrungsmittel waren für den Durchschnittsbürger sehr bald unerschwinglich. Aber die Versuche, über die junge Republik eine Wirtschaftssperre zu verhängen, konnten durchkreuzt werden. Die Volksmacht tat alles, damit die Bevölkerung die nötigen Nahrungsmtitel bekam. Wertvolle Hilfe leisteten die sozialistischen Länder. Die UdSSR, Vietnam und andere Bruderländer schickten Güter, die Laos dringend brauchte.

Allmählich kam das Leben in geregelte Bahnen, wozu Maßnahmen der Regierung zu einer staatlichen Verteilung von Reis und anderen Nahrungsmitteln beitrugen. In den vorläufig noch wenigen Fabriken läuft die Produktion normal an. In Vientiane sind eine Tabakwaren-, eine Textil- und eine Möbelfabrik, ferner eine Limonadenfabrik und eine Bierbrauerei wieder eröffnet worden. Der Staat hat die Betriebe der ins Ausland geflohenen Fabrikbesitzer übernommen. Die Wirtschaft von Laos hat jetzt auch einen gemischt staatlich-privaten Sektor, und der private wird aufrechterhalten. Nur kontrolliert der Staat die Produktion und den Absatz der Erzeugnisse sämtlicher Industriebetriebe.

Die Revolutionäre Volkspartei und die Regierung legen viel Gewicht darauf, daß die Industrie (in erster Linie die Branchen, die schon eine Basis haben) wiederhergestellt und fortentwickelt und daß der staatliche Sektor verstärkt und allmählich erweitert wird. Zu den nächstliegenden Aufgaben gehören eine umfangreichere Gewinnung von Tropenhölzern für den Export, der Bau von Fabriken für landwirtschaftliche Geräte und von Reparaturwerkstätten sowie die Mehrung der Kapazitäten in der Kraftwirtschaft.

Ansehnliche Leistungen hat die junge Republik im Bildungswesen aufzuweisen. Vor zwei Jahren konnten 60% der Landesbevölkerung weder lesen noch schreiben. Ende 1976 nur noch 40%. In Vientiane Stadt und Provinz kamen diesen Herbst über 130 000 Kinder in die Schulen. Der Unterricht wird im ganzen Land in der Muttersprache der Schüler erteilt, während früher in den wenigen Schulen der Vientianer Zone, wo man eifrig die westliche Lebensweise einzuführen bemüht war, französisch und englisch unterrichtet wurde.

Die Revolutionäre Volkspartei sieht es als unerläßliche Voraussetzung für die Erziehung eines neuen Menschenschlages, eines wirklichen Herrn in seinem Lande, an, daß das Kulturniveau der Landesbevölkerung gehoben wird. Wie Kaysone Phomvihan, Generalsekretär des ZK dieser Partei und Ministerpräsident der Republik, wiederholt hervorhob, kann nur auf diese Weise eine Revolution in den Produktionsverhältnissen, in Kultur, Wissenschaft und Technik vollbracht werden. Die Partei leistet tagtäglich eine emsige politische und ideologische Arbeit. In den Betrieben, Büros und Lehranstalten werden Kolloquien über Marxismus-Leninismus abgehalten.

Bemerkenswerterweise hat unlängst die Associated Press, die natürlich keine Sympathie für das neue Laos hegt, zugegeben, daß „die Regierung Phomvihan bei der Bekämpfung des Analphabetentums, bei der Einführung einer kostenlosen ärztlichen Betreuung und beim Bau neuer Lehranstalten bestimmt Fortschritte gemacht hat".

Das wichtigste Anliegen

Vientiane erwacht sehr früh. Schon um 5 Uhr sieht man kahlgeschorene Mönche und Bonzen in orange Gewändern durch die Straßen schreiten. Sie gehen von Haus zu Haus und bitten um milde Gaben. Neun Zehntel der Landesbevölkerung sind Buddhisten. Nach altem Brauch hat jeder Mann eine Zeitlang im Kloster gelebt. Früher konnte man nur in den Pagoden lesen und schreiben lernen. Nach buddhistischem Gebot dürfen die Mönche und Bonzen (die Priester) nichts als ihr

Auf dem Basar



Gewand besitzen und nur von Almosen leben. Viele Priester arbeiteten in den Jahren des Freiheitskampfes mit den patriotischen Kräften Hand in Hand oder sympathisierten mt ihnen, und heute helfen die über 20 000 Bonzen das Analphabetentum bekämpfen.

Schon zu so früher Stunde prangt der Nahrungsmittelmarkt in bunten Farben. Dort drängen sich Kundinnen in langen Röcken mit eingewebten Mustern und Falten am Vorderteil. Unter Sonnenschirmen sitzen die Händlerinnen in karierten Umschlagetüchern. Auf den Ständen liegen Bananenstauden verschiedenster Sorten, mit großen und kleinen Früchten, schuppige Ananas, große, goldgelbe Mandarinen und vielerlei Trauben. Etwas weiter saftstrotzende Mangofrüchte und die hiesigen grünlichen Zitronen, Kopfsalat, Tomaten, grüne Bohnen, merkwürdig geformte Wurzeln, Knollen der Bataten, Stengel mir unbekannter Pflanzen, die die tropische Erde in Fülle hervorbringt.

Noch weiter Körbe und Eimer mit Tieren der Flüsse und des Festlandes. Riesige Fische werden mit einem langen Messer in große Stükke gehackt. Gefleckte Tigerschlangen. Stachelschweine. Schildkröten. Einige Männer bieten gefesselte Warane an, die sie wahrscheinlich am Vortag in den Bergen eingefangen und lebend auf den Markt der Hauptstadt gebracht haben, damit ihr Fleisch frisch ist, aus dem schmackhafte Gerichte zubereitet werden.

Gemüse, Obst und Fleisch werden jetzt aus den Vororten und den Dörfern der Vientianer Ebene auf den Markt geliefert. Noch vor kurzem kamen sie, ebenso wie Industrieerzeugnisse, über den Mekong. So paradox das klingt, wurde sogar viel Reis eingeführt. Dabei wird Reis in Laos auf 90% der Anbauflächen gepflanzt. Der Ertrag hängt sehr von der Witterung ab, weil das Land wenig Bewässerungsanlagen und einen primitiven Ackerbau hat.

Die Landwirtschaft ist das wichtigste Anliegen der jungen Republik. Sie hat Kurs auf eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln genommen. Um die Erträge zu vergrößern, setzt man die zerstörten Wasserbauten instand und legt neue an. Die Anbauflächen werden ausgedehnt, auf dem Lande bürgern sich allmählich neue Produktionsverhältnisse ein.

Das alles ist nicht leicht. Nehmen wir beispielsweise eine so dringende Aufgabe wie die Erschließung von Neu- und Brachland, mit der die Rückwanderung einiger Hunderttausend Bauern, die vor den amerikanischen Luftangriffen geflohen waren, in die ländlichen Gebiete eng zusammenhing. Vor dem Pflügen müssen sie nichtexplodierte Geschosse und Bomben entschärfen. Es mangelt an den wichtigsten landwirtschaftlichen Geräten und an Büffeln (im Krieg sind viele dieser treuen Helfer der Bauern zugrunde gegangen).

In der Vientianer Ebene kann die Agrarproduktion ohne große Aufwendungen gesteigert werden. Die Möglichkeit dazu wird auf originelle Art und Weise ausgenutzt. Alle Ministerien, Büros und Betriebe haben in der Umgegend der Hauptstadt landwirtschaftliche Nebenbetriebe und auf ihrem eigenen Gelände Gemüsegärten. Gemüsebeete sieht man überall, bei der Lehrerbildungsanstalt Don Doc, ja sogar bei der Residenz des Präsidenten.

Alle müssen satt werden, und das ist nicht so einfach. Dieses Jahr haben die Monsune keinen Regen gebracht, was sich auf den Reisertrag ausgewirkt hat. Dem Mangel wird mit verschiedenen Maßnahmen abgeholfen. So ist beschlossen worden, dort, wo die Verhältnisse für den Reisanbau ungünstig sind, in der Trockenzeit (November—April) auf großen Flächen Mais, Maniok, Bataten und Soja anzubauen.

Die Luftfahrt der Republik

Im Flughafen Wattay landen und starten Maschinen, die ich gut kenne: TU 154, IL 18 und AN 24. Täglich fliegt ein AN-24-Flugzeug aus Vientiane nach Savannakhet und Pax im Süden und nach Luang Prabang im Norden; einmal wöchentlich eine AN 24 nach Hanoi und zurück, was in einer Richtung nur etwa eine Stunde dauert.

Die Turboprop-Maschinen AN 24 fliegen unter der Flagge der Luftfahrtgesellschaft von Laos. Bei ihrer Gründung hat die UdSSR geholfen, sie hat Laos diese Flugzeuge geliefert und hilft das Flug- und Bodenpersonal ausbilden. Flieger und Ingenieure unserer Aeroflot sind, wie ich selbst erkannt habe, in Vientiane sehr angesehen, was übrigens auch von den Angestellten des sowjetischen Kulturzentrums und von den Russisch-Lehrern gesagt werden kann. Das Interesse für die russische Sprache ist hier enorm. Es besteht die Absicht, eine Bildungsanstalt für Russisch-Lehrer einzurichten, um danach den Russischunterricht vom sechsten Schuljahr an einzuführen.



Der Hüter einer Pagode in Vientiane

Fotos des Verfassers

In Laos schätzt man die sowjetische Technik. Auf den Chausseen sieht man oft SIL-Lastkraftwagen und auf den Feldern der ersten Staatsgüter Belarus-Traktoren, sowjetische Maiserntekombinen, Drillmaschinen und Pflüge. Laut Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit liefert die UdSSR Laos auch Straßenbaumaschinen. Mit dem technischen Beistand unseres Landes wird eine Brücke über den Gebirgsfluß Nen in der nordöstlichen Provinz Houaphanh gebaut. Über diese größte Kraftverkehrsbrücke von Laos sollen die meisten Frachten aus den sozialistischen Bruderländern befördert werden.

Am Stadtrand von Vientiane war immer ein Morast. Im vergangenen Frühjahr stachen Tausende Einwohner der Stadt in freiwilligem Arbeitseinsatz einen Kanal, legten dadurch den Morast trocken, und jetzt dehnen sich dort Felder.

„Wir arbeiten gern, besonders jetzt, wo wir für uns und unser Land arbeiten."

Das sagten in Laos viele, und das ist, glaube ich, eine Gewähr dafür, daß das freie Volk mit dem Beistand seiner wahren Freunde aller Schwierigkeiten Herr werden und eine Gesellschaft aufbauen wird, in der Gerechtigkeit und allgemeines Wohlergehen walten.

Vientiane—Moskau

UNGARN

BUDAPEST — WELTSTADT MIT CHARME

Von unserem Sonderberichterstatter
Wladlen KUSNEZOW

Im letzten Sommer schaffte ich es wegen des sehr gedrängten Programms nicht, Gyula, die Heimatstadt des Malers György Kohán, zu besuchen. Seine Bilder hatten mich fasziniert und mir geholfen, das heutige Ungarn zu verstehen und ins Herz zu schließen.

„Macht nichts, dann kommst du eben nochmal", tröstete mich Gyula Lakatos, unser Betreuer vom Außenministerium. Er begleitete eine Delegation sowjetischer Journalisten und tat alles für einen vollen Erfolg unserer Reise.

Ehrlich gesagt, hätte ich allein den Wunsch, Gemälde wiederzusehen, nicht für ausreichend gehalten, um eine neue Ungarnreise anzutreten. Doch die Genossen in Budapest waren anderer Meinung, und in unserer Redaktion erschien József Birnbauer, ungarischer Botschaftsrat in Moskau, mit einer Einladung und einem Stapel Prospekte...

In Budapest war ich wiederholt — doch nicht im Herbst. Die Sonne geizte nicht mit ihrer letzten Wärme, die schöne und ein wenig melancholische Zeit des Abschieds vom Sommer wollte kein Ende nehmen. Die Tische in den Sommercafés und die Parkbänke waren gut besetzt. Der verführerische Duft gebratener Kastanien auf Straßen und Plätzen ließ einen manchmal vergessen, daß man in einer Großstadt war. Aus kochendem Wasser gezogene Maiskolben gingen weg wie warme Semmeln. Budapest erhielt durch die vielen Blumen und Früchte bunte Farbtupfen.

Dieser Herbst war reich. 10 bis 20% Gemüse mehr als im letzten Jahr sind geerntet worden. Die Ernte ist so gut gewesen, daß man sie nicht ganz einbringen konnte.

Wer nicht auf dem Budapester Markt gewesen ist, der hat die ganze Farbenpracht des Herbstes in der ungarischen Hauptstadt nicht gesehen. Hochgetürmte rotwangige Äpfel, große, appetitlich aussehende Kartoffeln, Girlanden roter Paprika, goldgelbe Zwiebeln und Maiskolben, Kürbisse und Birnen, saftige Weintrauben. Obst und Gemüse sind sehr preiswert. Auch für die Nichtvegetarier gibt es Interessantes auf dem Budapester Markt: saubere Rinderteile...

Herbstmotive fanden sich auch im renommierten Grand Hotel auf der Margareteninsel. Im Hauptsaal rufen Geweihe mit einem deutschsprachigen Werbeplakat zur „Jagd in Ungarn". Im Foyer wird eine Ausstellung ungarischer Gemälde mit Jagdthemen gezeigt. Auf Gepäckträgern von Autos mit bundesdeutschen und österreichischen Kennzeichen prangen Prachtgeweihe (auch Franz Josef Strauß hat hier sein Weidmannsheil versucht). Abends wird das Jagdglück in einem Restaurant begossen. Der feurige Zigeunerprimás spielt seine herzzerreißenden Weisen und sieht den Diananymphen tief in die Augen. Spiel, Cigány...

Im Gästebuch des Grand Hotel stieß ich auch auf einen interessanteren Namen. Billy Graham ist hier gewesen — der gleiche, der in der ganzen Nachkriegszeit nicht müde wurde, den „gottlosen Sozialismus" zu verdammen. Der bekannte baptistische Wanderprediger hat fast die ganze Erde abgeklappert. Doch in einem sozialistischen Land zu predigen — das war für ihn etwas Neues.

Vor seiner Abreise nach Ungarn wünschte ihm Präsident Carter telefonisch alles Gute. Carter sagte, er habe großes Interesse an der Reise und werde für Billy beten.

„Billy Grahams Besuch", sagte mir der Abteilungsleiter des Staatlichen Komitees für Kirchenfragen, László Pozsonyi, „wurde an die fünf Jahre vorbereitet. Der Prediger äußerte den Wunsch, Ungarn zu besuchen, und der Rat der ungarischen Freikirchen lud ihn ein. Wovon gingen wir aus, als wir uns bereit erklärten, ihn zu empfangen? Davon, daß die Entspannung zu konsolidieren bedeutet, überholte Vorurteile zu zerstreuen, danach zu streben, den Antikommunismus abzuschwächen, seine Basis und seinen Einfluß zu untergraben. Graham ist kein Einzelgänger. Er ist ein Sendbote nicht nur der Kirche, hinter ihm stehen einflußreiche Kreise. Viele folgen ihm."

Billy Graham erklärte, man habe ihm „keinerlei Beschränkungen für den Themenkreis seiner Predigten" auferlegt. Er sah alles, was ihn interessierte. Er sprach mit allen, die er sprechen wollte.

„Im Westen schrieben manche, wir würden uns nicht trauen, Graham einzuladen und ihn auf die Kanzel zu lassen. Man prophezeite, daß der Prediger in seinem Glaubenseifer Ungarn fast konvertieren würde", lächelte László Pozsonyi. „Anfangs wurde Billy gelobt und ermuntert. Dann begann man plötzlich, auf ihn zu schimpfen. Blieb doch das ‚Wunder', das die Antikommunisten inner- und außerhalb der Kirche so erwartet hatten, aus. Eine schwedische Zeitung schrieb: In Ungarn hat nicht Billy gesiegt. Ich würde nicht so kategorisch sein. Wenn sich zwei Seiten begegnen, denken sie nicht nur an das gemeinsame Ergebnis. Jede ist auch auf ihren eigenen Vorteil bedacht. Wenn ein Billy Graham, der für seinen Antikommunismus bekannt war, objektiver und gemäßigter dastehen wollte, mehr im Geiste der Entspannung, warum hätten wir ihm das abschlagen sollen?!"

Graham fand die Lage in Ungarn besser, als er sich vorgestellt hatte. Er gab zu, daß der Sozialismus seinen Bürgern die volle Freiheit der Religionsausübung gewährt. Graham sprach sich für die KSZE-Schlußakte aus und betonte die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche.

„Wenn wir es richtig verstanden haben", schrieb die Zeitung **Népszabadság**, „ist Baptistenpfarrer Graham schon nicht als ‚Streiter Gottes', sondern als Geistlicher gekommen, der bereit ist, neue Worte aufzunehmen — Worte, die im Osten wie im Westen verstanden werden." Das war, wie ich meine, auch

eine Antwort für jene, die meinten, man hätte den Prediger nicht einladen sollen.

Vor acht Jahren kam der Bau eines Hilton-Hotels in Budapest zum erstenmal ins Gespräch. Man diskutierte das Für und Wider. Sollte man wirklich einen Kasten aus Beton, Stahl und Glas nicht irgendwo hinsetzen, sondern unbedingt auf dem Burgberg in Buda, neben die St. Mátyás-Barockkirche und den Miklos-Turm, ein Bauwerk der Gotik? Und braucht man überhaupt ein „Hilton" in der Hauptstadt eines sozialistischen Landes? Noch hat sich dieser Streit nicht ganz gelegt.

Unterdessen ist das Hilton-Hotel auf dem Burgberg schon zu einem fast gewohnten Anblick geworden — das erste „Hilton" in einem Land der sozialistischen Gemeinschaft. Das Budapester „Hilton" ist ungarisches Eigentum und steht auf ungarischem Boden. Es ist ein sozialistischer Betrieb mit einem über 500köpfigen Kollektiv.

Vom Hotel aus sieht man die Sehenswürdigkeiten des Burgberges. Das „Hilton" ist zu einem organischen Bestandteil des architektonischen Komplexes geworden. Doch das Beeindruckendste ist nicht die Großzügigkeit der Räume, die Möbel, die luxuriöse Innengestaltung. Das „Hilton" ist zugleich sozusagen Teil eines historischen Museums. Seine Erbauer haben hier eine Brücke zur Vergangenheit geschlagen: ein mittelalterlicher Steinbrunnen, ein Garten, wo Musiker auf alten Instrumenten alte Weisen spielen; Kellerräume mit einem Kreuz- und einem Böttchergewölbe, Reste alter Mauern, Bögen und Decken... All das macht das „Hilton" zu einem Hotel ganz besonderer Art. Seinen Architekten Béla Pintér und László Kovács, seinen Erbauern ist es gelungen, Vergangenheit und Gegenwart, die strenge Einfachheit des Mittelalters und eine Innenausstattung des 20. Jahrhunderst miteinander zu verbinden.

Die Ungarn lieben das Alte, ihre Geschichte. Und wenn die Budapester das „Hilton" akzeptiert haben, dann mit gutem Grund. Allerdings sind die Preise dort gepfeffert, nicht alle können sich das leisten, doch eine Stippvisite auf eine Tasse Kaffee kann wohl jeder erschwingen.

„Einige Mitglieder des Stadtrates, denen der Bau des ‚Hilton' anfangs gegen den Strich ging, sind jetzt unsere Stammgäste", sagte mir Generaldirektor Károly Biró.

Im „Hilton" gibt es einige großartig eingerichtete supermoderne Konferenzsäle. Hier finden Pressekonferenzen und verschiedene Tagungen statt. Budapest wird immer mehr zu einer internationalen Kongreßmetropole.

Jedes Jahr verdoppelt sich sozusagen die Bevölkerung Ungarns und seiner Hauptstadt. Auf die über 10 Millionen Einwohner kommen fast ebenso viele Touristen aus dem Ausland. Doch auch die Ungarn sind reiselustig. Etwa vier Millionen fahren alljährlich ins Ausland.

Der Fremdenverkehr läuft auf Hochtouren — manchmal ist es fast zuviel. Und obgleich man sich in Budapest über einen Mangel an Bedienungspersonal beklagt, wird der Gast das kaum zu spüren bekommen.

In Budapest pulsiert das Leben. Früh am Morgen geht es los, und den ganzen Tag herrscht reges Treiben. In der ungarischen Hauptstadt macht man sich viele Gedanken darüber, wie man Arbeit und Leben ihrer Bewohner erleichtern, wie man die Tagesmüdigkeit und den Streß abschütteln kann, wie man für alles Notwendige sorgen und auch die heitere Seite des Lebens zu ihrem Recht kommen lassen kann. Deshalb spürt man in Budapest nicht nur den Rhythmus eines angespannten Arbeitstages, sondern auch wahre Entspannung, eine ungezwungene, gelöste und freudig gehobene Atmosphäre. Dafür sorgen die gemütlichen Restaurants, Cafés, Imbißstuben und Konditoreien (etwa 2000). Dort kann man sich verschnaufen, Zeitungen durchblättern oder das Treiben auf der Straße beobachten. Auch der besondere Budapester Chic bei der Schaufenstergestaltung schafft diese Atmosphäre. Doch vor allem — die Budapester sind freundlich, hilfsbereit, nehmen sich Zeit und sind tolerant — wie es einer Weltstadt mit Charme gebührt.

Wenn man einen Budapester fragt, wird er Mängel in der Konsumgüterindustrie und im Dienstleistungswesen nennen können. Als leidenschaftlicher Kaffeetrinker beklagt er sich darüber, daß nicht mehr so viele Sorten angeboten werden. Bis vor kurzem waren auch die Jeansfans unzufrieden. Doch jene, die sich eine bessere Versorgung angelegen sein lassen, verschließen die Augen nicht und bemühen sich, Abhilfe zu schaffen. Eine große Partie Jeans wurde angekauft, und jetzt werden sie in allen Konfektionsläden angeboten. Im nächsten Frühjahr wird dann die Jeansproduktion nach US-Lizenz anlaufen.

Das Leben der über zwei Millionen Budapester läuft in geordneten Bahnen, doch es ist keineswegs ohne Sorgen und Probleme. Besonders akut ist die Wohnraumfrage. Es wird nicht wenig und gut gebaut, doch trotzdem reicht es nicht. Bis Ende 1980 sollen in der Hauptstadt 100 000 neue Wohnungen übergeben werden, und 156 000 Bürger stehen auf der Dringlichkeitsliste. Eine Familie mit drei Kindern wartet zwei Jahre auf eine Wohnung. Noch gibt es in Budapest auch enge, deprimierende Viertel mit rußgeschwärzten Mietskasernen. Doch bald wird ihre letzte Stunde schlagen. In Budapest wie in ganz Ungarn wird viel genossenschaftlich gebaut. Doch das ist ein teurer Spaß. Und obgleich der Staat mit Krediten nicht geizt, und das zu günstigen Bedingungen — sie müssen ja zurückgezahlt werden.

Budapest braucht keine Komplimente. Es ist allen Vergleichen gewachsen — das gilt für die historischen Sehenswürdigkeiten, den architektonischen Reichtum und die Museen, die Schönheit der Straßen und Plätze, der Kais und der Brücken. Und, wie gesagt, läßt sich das auch vom Service und vom vielfältigen, regen kulturellen Leben sagen. Hier schätzt man die Kunst anderer Völker. Das Gastspiel der Dresdner Staatskapelle, eine französische Plakatausstellung, ein internationales Dichtertreffen und eine Tournee sowjetischer Theater- und Opernkünstler — das ist weitaus noch nicht alles, was diesen Herbst kulturell geboten wurde. Voller Ungeduld erwarten die Kunstfreunde die Premiere von Dostojewskis „Schuld und Sühne" in Juri Lubimows Inszenierung, die im Januar im Vig-Szinház-Theater ansteht.

... Auf der Margareteninsel sammeln zwei Schülerinnen Stücke für ihr Herbarium. Auf der Donau trainieren Ruderer, am Ufer hasten Läufer vorbei. Frauen packen in fröhlichem Gespräch Kartons mit holländischen Tulpenzwiebeln aus.

Der nächste Frühling kommt bestimmt.

Budapest—Moskau

VORSICHT, REVANCHISMUS!

Der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Abelein gab dieser Tage eine Erklärung zu den Beziehungen BRD—Polen ab, die von der gesamten Rechtspresse der BRD groß aufgemacht wurde. Die Erklärung war zum Besuch von Bundeskanzler Schmidt in der VR Polen gedacht. Man kann ihren Inhalt kaum anders als schändlich bezeichnen.

Abelein empfahl dem Bundeskanzler dreist, die Polen an den „deutschen Rechtsstandpunkt" zu erinnern, d. h., er sollte erläutern, daß die „zur Zeit unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete jenseits der Oder und Neiße nach wie vor Bestandteil des Deutschen Reiches seien". Die Volksrepublik Polen solle, „zu keinen illusionären Forderungen verleitet werden, die nur zu neuen Mißhelligkeiten zwischen beiden Völkern führen" könnten. Abelein wandte sich ferner gegen eine Revision der bundesdeutschen Lehrbücher entsprechend den polnisch-bundesdeutschen Schulbuchempfehlungen, da er der Ansicht ist, in den Empfehlungen werde versucht, den „Raub der Ostprovinzen des Deutschen Reiches zu rechtfertigen". Den bundesdeutschen Schulkindern soll also weiterhin von Anfang an eingebleut werden, daß die Bundesrepublik ihren „Besitz im Osten" zurückbekommen muß.

Für Abelein und andere Unverbesserliche existiert anscheinend die Tatsache der totalen Zerschlagung und bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands nicht, ganausowenig wie die Beschlüsse von Jalta und Potsdam über die Ausweitung des polnischen Staatsgebietes nach Westen oder wie schließlich die von der Bundesrepublik unterzeichneten Verträge mit den sozialistischen Ländern, in denen die Bundesrepublik die Unverletzlichkeit der Oder—Neiße-Grenze sowie die territoriale Integrität und Unantastbarkeit des sozialistischen Polen anerkannt hat. Diese Herrschaften tun so, als ginge sie das alles nichts an, als habe es keinen Krieg, keine Nachkriegsgeschichte gegeben, als müsse sich die Welt auf der Basis des von ihnen erdachten „deutschen Rechtsstandpunkts" entwickeln. Diese Leute denken noch immer in den Kategorien der Revanche und der Politik des „Dranges nach Osten". Um des lieben Anstands willen reden sie manchmal von Frieden und Aussöhnung, während sie an etwas ganz anderes denken.

Es ist natürlich sinnlos, diesen Leuten ins Gewissen zu reden oder sie zur Räson bringen zu wollen. Am besten verstehen sie noch die Sprache, in der sie selbst zu reden versuchen. Deshalb sollten sie es sich gesagt sein lassen, daß es ihnen nicht gestattet werden wird, auch mit noch so vielen Erklärungen europäische Geschichtsklitterung zu betreiben. Sie werden den vom Deutschen Reich 1945 verlorenen Krieg durch ihre parlamentarischen Stellungnahmen oder Gerichtsbeschlüsse nicht mehr gewinnen.

Die polnischen Westgrenzen wie die europäischen Grenzen überhaupt von heute basieren nicht auf frommen Wünschen der bundesdeutschen revanchewütigen Politiker. Ihr Fortbestand hängt ebensowenig von frommen Wünschen ab. Abelein wird sie auch künftig nicht antasten dürfen. Gewisse Erklärungen des Bundestages, Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts, Reden von Strauß, Dregger, Abelein und anderen ihrer Sorte sind nicht mehr als leere Deklarationen von Verkündern einer unrealistischen und verantwortungslosen Politik. Die heute von den polnischen Westgebieten als von einem Bestandteil des Deutschen Reiches sprechen, werden keinen Schritt über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus tun und niemals irgendwelche Ostprovinzen des Reiches zurückgewinnen.

Die sozialliberale Koalitionsregierung hat wiederholt betont, die Bundesrepublik werde ihre in den Verträgen mit der Sowjetunion, der VR Polen, der DDR und der ČSSR eingegangenen Verpflichtungen strikt einhalten. Die Anerkennung und Achtung der in Europa bestehenden territorialen und politischen Realitäten ist die Grundlage für Verständnis und Zusammenarbeit als die für die Bundesrepublik einzig mögliche und zweckdienliche Politik.

Der Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß Voigt sagte zu den Äußerungen Abeleins, sie sollten offensichtlich als „Störfeuer" das freundschaftliche Klima in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen beeinträchtigen. Das stimmt. Aber es handelt sich nicht nur um das Klima. Die Erklärungen der Abeleins sind völlig unvereinbar mit den internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik. Es sind revanchistische Erklärungen, von denen man sich in aller Öffentlichkeit distanzieren sollte.

Übrigens, wie kommt es eigentlich, daß im Bericht der Bundesregierung für das Jahr 1976 in dem Abschnitt über die Tätigkeit des Verteidigungsministeriums eine Karte prangt, die Deutschland in den Grenzen von 1937 darstellt? An der Zusammenstellung dieser Berichte sind ja wohl Vertreter der CDU-Fraktion nicht beteiligt?

J. KRASNOJAROW

Elegant wie der Ford-Consul 2000 mit dem Nummernschild HNP-368 waren auch seine Insassen. Die lächelnden schwedischen Staatsbürger Bengt Sareld und Nils-Erik Engström strahlten förmlich Zufriedenheit mit ihrer Tour aus, die sie nach Lwow, Kiew, Moskau, Smolensk, Minsk und Brest geführt hatte.

Ihre gute Stimmung griff auch auf den Zollbeamten über, der mit der üblichen Prozedur begann. Ein rascher Einblick in die Papiere, ins Gepäck und in den Wagen, allerdings erst nach der obligaten Frage, ob die Herren nicht etwas Verzollbares bei sich hätten. Es kann ja vorkommen, daß jemand etwas in der Zollerklärung aufzuführen vergessen hat. Immer noch lächelnd, schüttelten die Herren verneinend die Köpfe. Also alles in Ordnung.

Das war es aber doch nicht ganz oder vielmehr ganz und gar nicht. Es zeigte sich nämlich, daß der Kofferraum einen doppelten Boden hatte, gut getarnt und nicht selbst gebastelt, sondern schon in der Fabrik eingebaut. Der Beamte bekam ihn nicht auf, und die Touristen weigerten sich, ihn zu öffnen. Ihr Lächeln war wie weggewischt, aus den Mienen sprachen Angst und Feindseligkeit.

Der Beamte erklärte, falls die Herren bei ihrer Weigerung blieben, werde er den Kofferraum von einem Schlosser öffnen lassen.

„Wenn nichts drin ist, wer bezahlt uns dann die Reparatur des Schlosses?"

„Sie haben einen ganz einfachen Ausweg", versetzte der Beamte ruhig. „Sie brauchen nur mit Ihrem Schlüssel aufzuschließen."

„Wir haben keinen."

„Dann müssen wir den Kofferraum eben gewaltsam öffnen."

Der Schlosser kam, und da tat Herr Sareld etwas, das im Protokoll über den Fall „handgreiflicher Widerstand gegen eine Amtsperson" genannt ist.

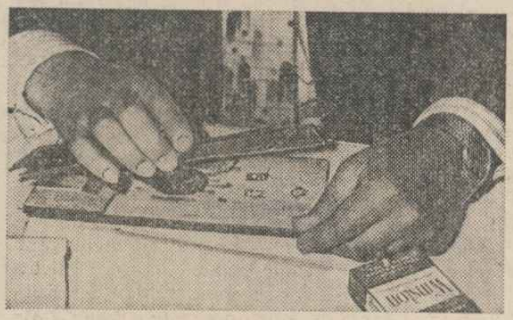
Trotzdem tat der Schlosser seine Pflicht. Der Beamte hatte danach keinen Anlaß mehr, sich für sein „rigoroses" Vorgehen zu entschuldigen, denn er fand im Kofferraum fest verpackte sowjetische Dokumente, die nicht ausgeführt werden dürfen, und 424 Seiten starke verleumderische Aufzeichnungen über die Lage der Gläubigen in der UdSSR.

Die Selbstsicherheit der Herren war verschwunden, man merkte, daß sie fieberhaft überlegten, wie sie

SCHMUGGLER

Leonard JUSHAKOW, Jakow SCHESTOPAL

sich aus der Patsche ziehen könnten. Herr Sareld stotterte die dumme Ausrede, der Ford gehöre nicht ihm, er habe ihn sich für die Reise von einem entfernten Verwandten ausgeliehen, habe also keine Ahnung von dem Geheimfach gehabt und könne deshalb für den Inhalt nicht verantwortlich gemacht werden.



In der Holzunterlage einer Ziselierarbeit fand ein Zollbeamter Diamanten und Goldmünzen

Wie das Hornberger Schießen

Heutzutage kommt es kaum noch vor, daß Schmuggler schwerbeladen auf Geheimpfaden eine Grenze überschreiten. Noch seltener wechseln sie mit Grenzern Schüsse. Auch Tarnmäntel sind bei ihnen aus der Mode gekommen. Ihre Aufmachung ist oft höchst respektabel, und sie haben echte Papiere.

Solche Papiere hatten auch die Touristen Damsson und Kraus aus der Bundesrepublik, die mit einem Volkswagen-Minibus nach der UdSSR kamen. Bei der Einreise waren sie während der Zollkontrolle merkwürdig aufgeregt, man konnte das aber dem Umstand zuschreiben, daß sie zum ersten Male in unser Land kamen. Beim Visitieren des komfortablen Wageninneren mußten jedoch selbst die Zollbeamten staunen, die doch schon allerhand erlebt hatten: Der Fonds war vollgestopft mit religiösen Schriften in russischer Sprache, deren Herkunft und Bestimmung die Touristen nicht plausibel machen konnten.

In der Zollerklärung, die sie ausgefüllt hatten, steht aber: „Mir ist bekannt, daß ich nach den Gesetzen der UdSSR verpflichtet bin, Antiquitäten, Kunstwerke, Druckschriften, Manuskripte usw. zur Kontrolle vorzulegen." Hält sich ein Gast an diese Vorschrift, so darf er die Druckschriften mit ins Land nehmen, antisowjetische und sittenwidrige ausgenommen. Auch religiöse dürfen zur massenhaften Verbreitung nicht eingeführt werden. Bei uns werden nicht wenig solche Schriften herausgegeben: die Bibel, der Koran, theologische Bücher, Gebetbücher und Kirchenkalender.

Das sollten Leute, die so etwas mitführen, eigentlich wissen. Trotzdem versuchen antisowjetsiche Zentralen im Ausland oft, über den Fremdenverkehr derartiges einzuschmuggeln.

Der Italiener Carlo Salvatore Mighali, Steward auf der norwegischen „Royal Viking Star", die Kreuzfahrten ausführt, gewöhnte sich schon als Kind an Rauschgift. Diese Leidenschaft ist aber bekanntlich nicht billig, und der Steward ist zu allem bereit, bloß um sich Geld zu verschaffen.

An Verhältnisse in einer Welt gewöhnt, wo alles käuflich ist und wo einer, der Geld macht — ganz gleich wie —, als tüchtig gilt, beschloß Mighali, die Fahrten nach Odessa, Jalta und Sotschi zum Geschäftemachen zu benutzen. Doch erst nach langem Suchen trieb er in einer dieser Städte einen (bisher noch nicht ermittelten) Teilhaber auf, der ihm für Haschisch zwei Ikonen alter Meister zu besorgen versprach.

Als das Schiff wieder einmal Istanbul anlief, kaufte der Steward ein Kilo Haschisch, verpackte es in Foliesäckchen und steckte sie in Futterale für Kameras und Fotolinsen. Das Geschäft fiel ins Wasser: In Jalta wurde er mit seiner Ware festgenommen, und in seiner Kajüte fand sich noch eine Partie Haschisch. Ein Gericht der Krim verurteilte Mighali zu drei Jahren.

Nicht minder gefährlich war Schmuggelgut, das sich bei Jean Lanens aus Belgien fand. Er kam im eigenen Peugeot und schrieb in der Zollerklärung, er habe ein Gewehr mit Patronen bei sich, weil er hier zu jagen hoffe. Er habe schon viel von den Jagdmöglichkeiten in der UdSSR gehört. Der „vergeßliche" Herr hatte aber einen Revolver mit Patronen unerwähnt gelassen, den er aus unerfindlichen Gründen unter dem Fahrersitz zwischen Päckchen mit Klinex verstaut hatte.

Waffenschmuggel ist ein Verbrechen. In der UdSSR wird der Kauf, der Verkauf und das Tragen von Waffen ohne entsprechende Erlaubnis bzw. ohne Waffenschein streng bestraft, ihre Einfuhr erst recht. Herr Lanens mußte an der Grenze kehrt machen, seine Jagd ging aus wie das Hornberger Schießen.

Geldscheine in Kugelschreibern

Es gibt Leute, die sparen weder an Zeit noch an Geld, um Verwandte wiederzusehen. In der UdSSR wird die Erlaubnis dazu an keinerlei Bedingungen geknüpft außer an die eine, unsere Gesetze einzuhalten. Leider tun das manche Gäste nicht, sondern versuchen, sich gesetzwidrig zu bereichern.

Eines Tages bekam Frau Barsegian aus Kuweit mit Mann und zwei Kindern die Einreiseerlaubnis, und die Familie traf in Armenien ein. Aber lassen wir die Eltern in Leninakan und die zugereiste Tochter unter sich bis zum Abschied im Flughafen von Jerewan. Da gab es wie üblich Küsse, Tränen und — die Zollkontrolle.

Das Ehepaar zeigte keine Spur von Aufregung. In einem Koffer lagen Geschenke der Eltern: Ringe, goldene Uhren, Andenken. Und Kleidungsstücke. Nichts Verbotenes außer einer Kleinigkeit: In der Zollerklärung des Mannes waren mehr Dollars als bei der Einreise angegeben, wieso, das sagte er nicht.

Nun mußten die Beamten die Gäste gründlicher unter die Lupe nehmen. In Kleidungstaschen gut versteckt, fanden sich undeklarierte 3000 Dollar, die sie nicht auszugeben geschafft hätten, ferner Silbersachen und goldene Ringe.

Im Prozeß stellte es sich heraus, daß das Ehepaar das Unternehmen schon in Kuweit geplant hatte. Es beschaffte sich Dollars und führte einen Teil davon heimlich in unser Land ein, um möglichst viel Wertgegenstände zu kaufen und später mit Gewinn zu verkaufen.

Das Gericht ließ Gnade vor Recht ergehen, es verurteilte die Frau mit Bewährungsfrist zu drei Jahren Freiheitsentzug. Der Mann allerdings

muß drei Jahre in einer Strafanstalt von allgemeinem Typus absitzen. Alles außer seinen Sachen ist beschlagnahmt worden.

Bei der Zollkontrolle fiel auf, daß die zugereiste Frau Kenitzer, Hausfrau ihres Zeichens, aus der Bundesrepublik eine Unmenge von Kugelschreibern bei sich hatte. Der kontrollierende Beamte schraubte einen auf und fand einen zusammengerollten 100-Rubel-Schein darin. Die übrigen Kugelschreiber waren auch so gespickt, ebenso die massiven Schuhabsätze. Frau Kenitzer mußte eine Geldstrafe zahlen.

Der Verlockung können auch manche Sowjetbürger nicht widerstehen, die Verwandte im Ausland besuchen. So war N. M. Sadowy aus Luzk bei seiner Schwester in der VR Polen. Bei der Ausreise schrieb er in die Zollerklärung, er nehme nichts Verbotenes und das Erlaubte nur in den zulässigen Mengen mit. Dabei hatte er in Geheimtaschen 67 goldene, darunter 25 Trauringe, 15 mit Edel- oder Halbedelsteinen und einen Brillantring sowie Rubel. Sein Versuch, das Gesetz zu übertreten, brachte ihn in eine Strafanstalt.

Manchmal sind die Aussagen von Leuten, die unsere Gastfreundschaft mißbraucht haben, einfach zum Staunen. Man könnte meinen, sie hielten uns für Kinder, die von den anerkannten Gesetzen für den internationalen Verkehr keine Ahnung haben.

Einer will die bei ihm entdeckten Wertgegenstände im Hotelbett unter dem Kissen gefunden, sie eingesteckt und beschlossen haben, sie mitzunehmen.

Ein anderer wie z. B. der Afghane Najafa Mehrdada, der in Geheimfächern seines Koffers viel sowjetisches und anderes Geld versteckt hatte, sagte aus, in Hamburg habe ihn jemand gebeten, den Koffer mit Valuta nach Teheran mitzunehmen. In seiner schriftlichen Erklärung heißt es: „Ich wußte, daß das verboten ist, deshalb habe ich die Valuta in der Zollerklärung nicht angegeben und sie auch nicht vorgezeigt."

Der Iraner Agadjani Almas und seine Frau hatten bei der Ausreise aus der UdSSR in den Schuhabsätzen und anderwärts Gold und Brillanten für mehr als 90 000 Rubel versteckt. Er sagte: „Die Halbschuhe gehören mir, aber wer die Goldsachen hineingesteckt hat, weiß ich nicht."

Es ist doch merkwürdig: Viele Festgenommene bitten um Verzeihung, obwohl sie doch genau wissen, daß sie keine Kinderei begangen, sondern gegen das Alleinrecht der UdSSR auf Handelsbeziehungen zu anderen Staaten verstoßen haben. Übrigens haben auch alle anderen Länder Zollämter, nehmen Gepäckkontrollen vor und belangen Personen, die schmuggeln.

Und dabei gibt es Ausländer, die in unseren Zollbestimmungen fast Verstöße gegen die Vereinbarungen von Helsinki sehen, lauthals protestieren und sich über „Ungelegenheiten" beklagen. So benehmen sich gerade Leute, die unsere Gastfreundschaft mißbrauchen.

Die Sowjetunion hat Gäste gern und nimmt jedes Jahr Millionen Touristen, Geschäftsleute, Wissenschaftler und Kulturschaffende auf. Auch die Zahl der ins Ausland reisenden Sowjetbürger steigt. Die sowjetischen Zollämter betätigen sich im Sinne der gegenseitigen Achtung, der Verständigung, der guten Nachbarschaft und des Wohlwollens.

Wer mit reinem Gewissen und guten Absichten zu uns kommt, wird überall mit der bekannten Freundlichkeit aufgenommen. ■

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Schlüssel zu Lektion 11

Übung 2. Долговременный — возникновение — победа.
Расшириться — разъединиться — разнообразный — конкретный.

Übung 3. События, которые определили...; буржуазия, которая напугана...; страна, которая вступила на путь...; народ, который решает...

Übung 4. 1. Пропаганда воздействует на общественное мнение. 2. Напуганное выступлениями народных масс, буржуазное правительство вступило на путь репрессий. 3. В силу политической зрелости советского народа враждебная антисоветская пропаганда западных радиостанций не имеет и не может иметь успеха. 4. По воле миллионов людей доброй воли кампания за укрепление разрядки будет развертываться.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich bin der Ansicht, daß die Verfasser des Artikels „Recht und Pflicht" (NZ 39/77) völlig ungerechterweise behaupten, in den westlichen Ländern sei die freie Kritik in den Wind geredet. Man könnte viele Beispiele dafür anführen, da sich die Kritik gegen höchste Machtbereiche richtete und recht spürbare Resultate erbrachte. Überhaupt halte ich die Möglichkeit, allen alles sagen zu können, für ein äußerst wichtiges Recht.

Maurice AUDIN
Student, Paris



Es diskutiert Redaktionsmitglied Viktor GUSTSCHIN

Zunächst, M. Audin, möchte ich als einer der Verfasser des genannten Artikels auf folgendes aufmerksam machen: Bevor wir die in den westlichen Ländern bestehende Freiheit der Kritik als Gerede in den Wind bezeichneten, hatten wir extra betont, daß keineswegs jede Kritik, möge sie auf wie hohe Machtbereiche auch immer abzielen, zur Beseitigung negativer Erscheinungen im Leben selbst führt. Aber eben das ist ja der Sinn von Kritik. Anders wäre sie, ich wiederhole, in den Wind geredet.

Das heißt jedoch absolut nicht, daß wir der Ansicht sind, wenn die Öffentlichkeit in den kapitalistischen Ländern die dort bestehende Ordnung kritisiert, sei dies ein nutzloses Unterfangen. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß ein erfolgreicher Kampf für die Verbesserung der politischen Atmosphäre in den kapitalistischen Ländern, für die Befriedigung der Grundinteressen der Werktätigen ohne eine solche Kritik undenkbar wäre. Es ist nur wichtig, daß sie sozial und politisch genau adressiert wird, damit sie auch wirklich an die Wurzeln geht, nicht aber auf bloße Platzpatronenkritik beschränkt bleibt.

Ich stimme Ihnen zu: Man könnte viele Beispiele dafür anführen, wie unter dem Druck der öffentlichen Meinung Präsidenten aus dem Sessel gehoben wurden, Minister und Ministerprä-

sidenten ab- und ganze Regierungen zurücktreten mußten. Es kam auch vor, daß in den größten kapitalistischen Ländern geheime Pläne von Militärdienststellen und politisches Gangstertum von Geheimdiensten scharfer Kritik unterzogen wurden. Infolge dieser Kritik wurden manchmal auf den ersten Blick radikale Maßnahmen ergriffen und der oder jener mußte seinen Kopf hinhalten.

Das Schlimme aber ist, daß sich die Geschichte nach einiger Zeit wiederholte. Immer neue Tatsachen des Machtmißbrauchs, der Gesetzesverletzung und himmelschreiender Korruption kamen ans Licht. Weshalb? Die einfache Antwort lautet: Etliches oder sogar vieles änderte sich unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung in der Struktur der Machtorgane. Die einen Präsidenten — Hauptpersonen von Skandalen — wurden von anderen abgelöst. Die Grundlagen dieser Ordnung und dieser Lebensweise, die gestern wie heute all diese Erscheinungen hervorbringen, blieben unangetastet. Deshalb muß man kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß wir bestimmt noch nicht weniger skandalöse Enthüllungen erleben werden, als wir sie schon erlebt haben.

Hinsichtlich des „äußerst wichtigen Rechts", wie Sie es nennen, möchte ich Ihnen eine recht vielsagende Geschichte erzählen, die ich von einem kürzlich aus Frankreich zurückgekehrten Kollegen habe. Auf einer Straße in Paris kam er zufällig mit einem jungen Arbeitslosen ins Gespräch. Wie Sie war auch dieser Pariser Bürger stolz darauf, daß ihm niemand verbieten konnte, alles, was er denkt, zu sagen, und zwar wem und wo auch immer. Anscheinend um das zu beweisen, machte er sich daran, in voller Lautstärke das Wirtschaftsprogramm der Regierung zu zerreißen. Passanten drehten sich um, einige blieben sagar für einen Augenblick stehen. Der Pariser aber blickte triumphierend auf den sowjetischen Journalisten und gab zu verstehen, daß er das Gleiche selbst dem Ministerpräsidenten ins Gesicht sagen könnte.

„Dürften Sie in der gleichen scharfen und offenen Weise auch dem Meister an Ihrer Arbeitsstelle die Meinung sagen?" fragte mein Kollege. Der junge Mann stutzte und begann dann anscheinend aus vollem Herzen zu lachen. Es stellte sich heraus, daß man ihn gerade wegen seiner spitzen Zunge aus dem Betrieb gefeuert hatte. Als Antwort auf die weitere Frage, ob er glaube, mit seiner „freien" Kritik die Regierungspolitik beeinflussen oder wenigstens die Behörden auf seine eigene üble Situation aufmerksam machen zu können, winkte er nur ab.

Mir scheint, dieser sozusagen Einzelfall zwingt zu ernsthaftem Nachdenken. Wenn die Kritik, so scharf sie auch sei, unorganisiert und anarchistisch bleibt, wenn sie nicht den Weg zur Beseitigung negativer Erscheinungen weist und die gesunden Kräfte der Öffentlichkeit, die am gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt interessiert sind, nicht zur Erreichung dieses Ziels mobilisiert, dann wird diese Kritik zwangsweise zur reinen Lärmkulisse. Wir sind für jenes Ideal der Kritik, das die kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern und alle fortschrittlich gesinnten Menschen vertreten: Sie soll nicht nur in Worten scharf sein, sie muß auch die Werktätigen zusammenschließen und zum Kampf für radikale soziale Umgestaltungen führen, die nicht die Folgen, sondern die Ursachen jener Erscheinungen ausmerzen, gegen die sich die Kritik richtet.

Alte Landkarten weisen eine „neutrale Zone" zwischen Irak und Saudi-Arabien auf. Was ist das?

L. DONADSE
Tbilissi, Georgische SSR

Auf der Konferenz in Oqair 1922 zwang Großbritannien Ibn Saud, den damaligen Sultan vom Nedschd (seit 1932 Saudi-Arabien), einen Vertrag über die Festlegung der nordöstlichen Grenze des Landes zu unterzeichnen. Nach ihm ging ein Gebietsteil des Nedschd an die von Großbritannien damals abhängigen Länder Irak und Kuweit ab. Zwischen dem Nedschd und Irak sowie zwischen dem Nedschd und Kuweit wurden zwei Grenzzonen angelegt. Ihr Bestehen spitzte die Beziehungen zwischen den arabischen Ländern zu und festigte die Positionen Großbritanniens in diesem Raum.

Der Nedschd und Kuweit regelten ihre Grenzfragen 1930. Der Grenzstreifen zwischen Saudi-Arabien und Irak hieß ab 1942 die neutrale Zone. In den 60er Jahren wurde dort Erdöl entdeckt und mit seiner Gewinnung begonnen. Im Jahre 1975 kamen Saudi-Arabien und Irak überein, diese Zone unter sich aufzuteilen.

NZ POST

Die US-Propaganda tut alles, um Washington als eifrigen Verfechter der Menschenrechte in der ganzen Welt darzustellen. Doch beim besten Willen könnte ich mich nicht daran erinnern, daß die USA gegen die massierten Brutalitäten der Pinochet-Junta aufgetreten wären. Über die Demokratenverfolgungen in Chile schweigen sich diese „Verfechter" der Menschenrechte aus — wohl deshalb, weil Pinochet die Macht mit Hilfe der CIA an sich gerissen hat und die USA folglich mitverantwortlich dafür sind, daß die Junta die Menschenrechte mit Füßen tritt.

N. BENEZKI
Baltisk, Gebiet Kaliningrad, RSFSR

Dank Ihrer Zeitschrift hatte ich die Möglichkeit, die Verfassung der UdSSR kennenzulernen. Dieses höchst wichtige Dokument verdient es, studiert zu werden, denn darin sind die Prinzipien der Beziehungen der UdSSR zu den anderen Staaten formuliert. Besonders wesentlich sind da die Artikel 28 und 29. Damit ist denjenigen eine Abfuhr erteilt, die die Menschen weismachen wollen, die UdSSR suche anderen Staaten in Politik und Wirtschaft den eigenen Willen aufzuzwingen. Nein, die Sowjetunion wird die Rechte der Völker anderer Länder nie antasten.

Abdur RAZZAQ
Jessore, Bangladesh

Ihr vortrefflicher Artikel „Der Mensch und die Wüste: Wer wird Sieger?" ließ mich erneut daran denken, daß in der Welt jährlich Unsummen für die Aufrüstung ausgegeben werden. Wenn ein Teil dieser Mittel doch zur Bekämpfung der Wüsten verwendet werden könnte! Die Parlamente und Regierungen sollten gründlicher die Empfehlungen der Weltkonferenz zur Wüstenbekämpfung prüfen. Das berüchtigte „Übervölkerungsproblem" sollte nicht mittels verbrecherischer Kriege gelöst werden, sondern durch Versorgung der Völker mit Nahrungsmitteln, die u. a. in den heutigen Wüsten bzw. auf brachliegenden Ländereien angebaut würden.

A. TSCHERWOW
Werchnjaja Salda, Gebiet Swerdlowsk, RSFSR

PS

Merkwürdige Vergeßlichkeit



Die **Humanité** gab die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich im Oktober mit 1,65 Millionen an, das Arbeitsministerium dagegen mit „nur" etwa 1,2 Millionen. Wo die übrigen 450 000 geblieben sind? Das Ministerium hat „vergessen", diejenigen mitzurechnen, die Gelegenheitsarbeit suchen, und die Kurzarbeiter hat es schon gar nicht berücksichtigt. Außerdem zählt es Leute zu den Beschäftigten, die sich, sei es auch nur einmal, an die Beratungsstelle des Nationalen Arbeitsamtes gewandt haben, ganz gleich, ob sie eine dort angebotene Stelle angenommen haben oder nicht. Mit diesem und ähnlichen Tricks will das Ministerium den Anschein erwecken, als nehme die Zahl der Arbeitslosen nicht zu, sondern ab. Die einzige Schwierigkeit besteht darin, wie man das den „vergessenen" Arbeitslosen plausibel machen soll.

Da hilft nur eine Amnestie

Wie **Paese Sera** (Rom) schreibt, herrscht unter den Senatoren und Abgeordneten der christdemokratischen Regierungspartei Angst und Schrecken, weil viele Funktionäre dieser Partei in letzter Zeit wegen Amtsmißbrauchs und Korruption abgeurteilt worden sind. Der namhafte Christdemokrat Darida, ein früherer Oberbürgermeister von Rom, jetzt stellvertretender Innenminister, sagte, falls es so weitergehe, „kann uns nur noch eine Amnestie retten. Sonst sitzt eines Tages die Hälfte meiner Kollegen hinter Gittern."

Amateure als Raubtierfänger



Die britischen Behörden haben angeordnet, daß der Tierpark Dudley, der seit 40 Jahren besteht, geschlossen werden soll, weil der Unterhalt der Tiere mehr kostet, als die Eintrittsgelder einbringen. Die Gesellschaft Scotia Investments, der Dudley gehört, will die Insassen an andere zoologische Gärten abgeben. Das Personal will sich aber nicht auf die Straße setzen lassen, es streikt und hat erklärt, es werde beim Abtransport der Tiere nicht Hand anlegen. Also werden die eventuellen Käufer wohl oder übel die Löwen, Gazellen, Krokodile, Klapperschlangen und das sonstige Getier selbst einfangen müssen.

Demokratie à la Nikaragua



Arbeitsminister Cardoze hat für das Personal seines Ministeriums angeordnet, daß es vollzählig an allen Kundgebungen für den Diktator Somoza teilzunehmen habe. Wer es wagt, nicht zu erscheinen, werde fristlos entlassen.

Versicherung gegen Angst

In den USA fordern Versicherungsgesellschaften ihre Kunden auf, sich gegen die Folgen der zahlreichen Einbrüche versichern zu lassen. In Gegenden mit starker Kriminalität beläuft sich der Beitrag je 1000 Dollar auf 20 Dollar, bei mittlerer auf 30 und bei geringer auf 40. Den materiellen Schaden können die Gesellschaften natürlich ersetzen, aber eigentlich müßte es auch eine Versicherung gegen die ständige Angst geben, beraubt oder totgeschlagen zu werden.

Ein Weg ins Jenseits

Der Weltgesundheitsorganisation zufolge sterben jedes Jahr in den Industrieländern 33 von je 10 000 Personen im Alter über 45 Jahre am Raucherkrebs. Die vielen Maßnahmen gegen das Rauchen haben bisher nicht besonders gefruchtet. Herr Yoshika, Inhaber eines japanischen Kleinbetriebs für Werkzeug, ging die Sache von einer anderen Seite an. Seit 1968 zahlt er den Angehörigen seines Personals, die die schädliche Gewohnheit aufgegeben haben, eine Prämie, und von 26 Personen haben 20 tatsächlich das Rauchen aufgegeben. Was den Inhaber, einen Kettenraucher, betrifft, so findet er, daß ihm nicht mehr zu helfen ist, und er verpafft genau wie vor 20 Jahren täglich drei Schachteln Zigaretten.

Mäuschen als Menschenfresser



Zu den vielen Sorgen des Personals der britischen Botschaft in Saudi-Arabien ist jetzt die hinzugekommen, wie es sich der Mäuseplage erwehren soll, die den Diplomaten Tag und Nacht keine Ruhe läßt. Sogar den Botschafter in eigener Person haben die lieben Tiere schon zweimal gebissen. Da faßte er sich ein Herz und schrieb an die **Times** einen offenen Brief, in dem er mitteilte, daß die wegen der kärglichen Botschaftsküche ausgehungerten Mäuse die reinsten Menschenfresser geworden seien. Die Entgegnung des Foreign Office, das sich mit Recht getroffen fühlte, war von echt britischer Gelassenheit: „Wir sind gesetzlich nicht verpflichtet", erklärte ein Vertreter des Ministeriums, „die Mäuse in der Botschaft zu füttern oder aber die Kosten für ihre Vernichtung zu zahlen."

Zeichnungen I. Smirnow

UNABHÄNGIGE FRACHTREEDEREI

ODESSA OCEAN LINE

ERSTKLASSIGER SERVICE
GÜNSTIGE FRACHTTARIFE
FESTE ABFAHRTSTAGE
ZUVERLÄSSIGE FRACHTBEFÖRDERUNG

Unsere modernen Schiffe vom Typ „Beshiza", „Murom", „Simferopol" und „Kommunist" verkehren regelmäßig zwischen Häfen Europas (Oslofjord, Hamburg, Bremen, Antwerpen, Rotterdam, Dunkerque, Le Havre und Liverpool) und Südostasiens (Penang, Klang, Singapur, Bangkok, Hongkong und Manila).

VIERMAL MONATLICH laufen Schiffe aus europäischen Häfen nach Südostasien aus.

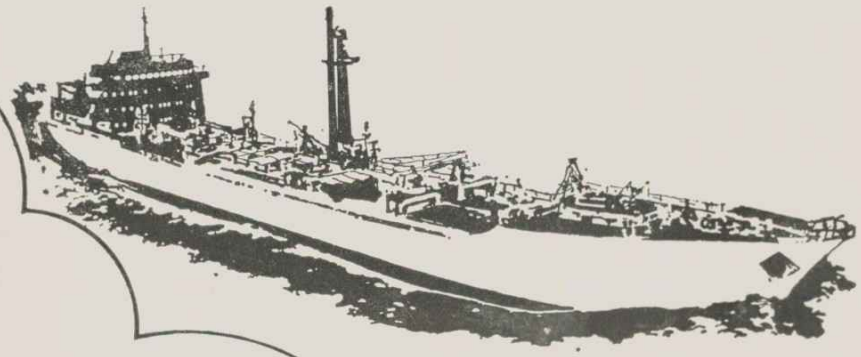
FÜNFMAL MONATLICH laufen die Schiffe Europa und EINMAL MONATLICH Häfen des Mittelmeers an.

ODESSA OCEAN LINE

EIN ZUVERLÄSSIGER PARTNER

Angebote
und Informationen
bei der
SCHWARZMEER-REEDEREI
Adresse:
UdSSR, 270026, Odessa
ul. Lastotschkina 1
Telegrammanschrift:
ODESSA MORFLOT
Telex: 417, 466, 143, 184

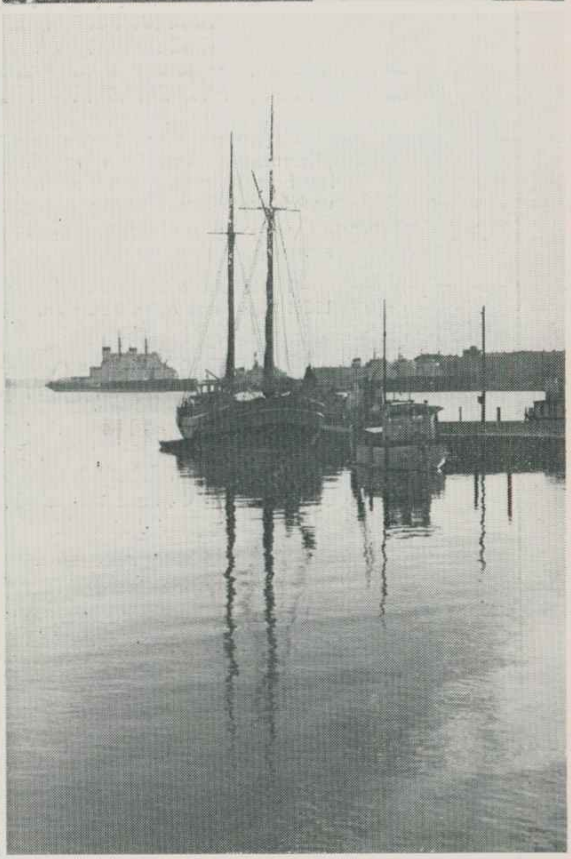
oder
beim Generalagenten
der sowjetischen Reedereien —
V/O Sovinflot,
UdSSR, 103759, Moskau,
ul. Shdanowa 1/4
Telegrammanschrift:
MOSKAU, SOVINFLOT
Telex: **7217, 7636, 7922, 7923**
oder
bei den Agenten der Odessa Ocean Line in Ihrem Land.

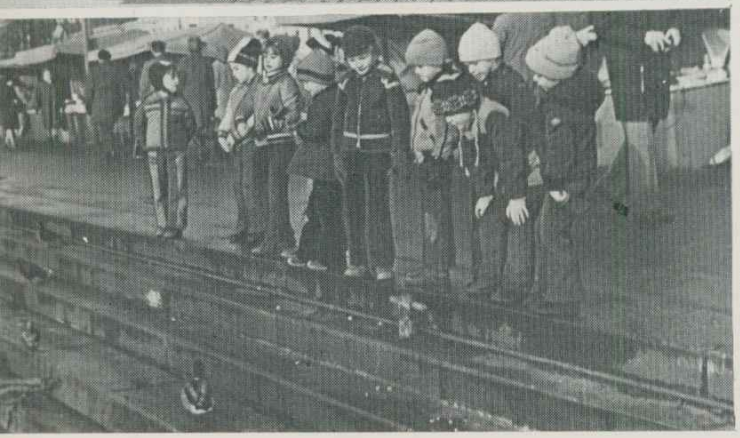












Im Objektiv: HELSINKI

Von der Hauptstadt Finnlands sagt man, sie sei der blauen Ostsee entstiegen. Der Hafen, die Werften und Trockendocks, der Fischer in seinem schwarzen Logger und die von den Kindern verwöhnten Wildenten an der Mole — sie alle sind mit dem Meer verbunden und leben sogar von ihm. Im Jahre 1550 rief der Überseehandel diese Stadt ins Leben, die heute ein wichtiges politisches, industrielles und kulturelles Zentrum Nordeuropas ist. In den letzten Jahren haben in Helsinki mehrere wichtige internationale Treffen stattgefunden, und nach der bedeutungsvollen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist der Name der Hauptstadt Finnlands ein Wahrzeichen positiver Wandlungen nicht allein auf unserem Kontinent, sondern auf der ganzen Welt.

Helsinki hat viele Gesichter. Die neueste Schöpfung der finnischen Baukunst ist die leichte Finlandia-Halle aus weißem Marmor, die sich neben dem massiven Säulengang des Parlamentsgebäudes erhebt. Die Baukomplexe im Zentrum ähneln dem alten Petersburg, und dort, wo die Ostsee bis an eine Straße reicht, erinnert ein leichtes Segelschiff neben einem modernen Eisbrecher daran, daß die Hauptstadt unseres Nachbarn im Norden immer eine Hafenstadt war.

Fotos S. Goljakow

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
Индекс 70624

„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ
Soviet airlines